

Die Europäisierung der rechten EU-Gegner

Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014

Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung¹

Thilo Janssen

Januar 2013

¹ Überarbeitung und inhaltliche Aktualisierung der Studie: „Was macht die politische Rechte im Europäischen Parlament? Herausforderungen für eine demokratische Linke“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mai 2013

Inhalt

	Seite	
Kapitel 1	Einleitung	3
	1.1 Die politische Rechte in der EU und die fortschreitende EU-Integration	3
	1.2 Methodische Anmerkungen	4
Kapitel 2	Europäische Zusammenschlüsse und Strategien der politischen Rechten	6
	2.1 Alliance of European National Movements (AENM)	7
	2.2 European Alliance for Freedom/European Foundation for Freedom (EAF/EFF)	11
	2.3 Alliance of European Conservatives and Reformists/New Direction (AECR/ND)	14
	2.4 Turkey Assessment Group der EFD-Fraktion (TAG)	17
	2.5 Reconciliation of European Histories Group (REHG)	18
Kapitel 3	Einbindung rechter Abgeordneter in die parlamentarischen Prozesse des EP	23
	3.1 Die Einbindung der NI-Rechten in die parlamentarischen Prozesse	23
	3.2 Die Einbindung der EFD in die parlamentarischen Prozesse des EP	24
	3.3 Die Einbindung der ECR in die parlamentarischen Prozesse des EP	24
Kapitel 4	Inhaltliche Arbeit und Kooperationen rechter Abgeordneter im EP	25
	4.1 Die fraktionslose Rechte im EP (NI)	27
	4.1.1 Das Verhältnis der fraktionslosen Rechten zur europäischen Integration	28
	4.1.2 Einwanderungs- und Asylpolitik	31
	4.1.3 Minderheitenpolitik	32
	4.1.4 EU-Türkei-Beziehungen	34
	4.1.5 Haushaltspolitik	36
	4.1.6 Wirtschaft, Währung, Beschäftigung und Soziales	36
	4.1.7 Klimawandel, Umwelt, Energie	39
	4.1.8 Außenpolitik	40
	4.2 Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD)	42
	4.2.1 Das Verhältnis der EFD zur europäischen Integration	45
	4.2.2 Einwanderungs- und Asylpolitik	46
	4.2.3 Minderheitenpolitik	48
	4.2.4 EU-Türkei-Beziehungen	50
	4.2.5 Haushaltspolitik	51
	4.2.6 Wirtschaft, Währung, Beschäftigung und Soziales	52
	4.2.7 Klimawandel, Umwelt, Energie	55
	4.2.8 Außenpolitik	56
	4.3 Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (ECR)	58
	4.3.1 Das Verhältnis der ECR zur europäischen Integration	59
	4.3.2 Einwanderungs- und Asylpolitik	61
	4.3.3 Minderheitenpolitik	62
	4.3.4 EU-Türkei-Beziehungen	64
	4.3.5 Haushaltspolitik	65
	4.3.6 Wirtschaft, Währung, Beschäftigung und Soziales	67
	4.3.7 Klimawandel, Umwelt, Energie	68
	4.3.8 Außenpolitik	69
Kapitel 5	Fazit und Ausblick: Die Europäisierung der Gegner der EU-Integration	71
	5.1 Die Europäisierung der rechten EU-Gegner	71
	5.2 Rechte europäische Parteien als flexible Kooperationsgeflechte	72
	5.3 AENM: Rettungsanker für völkisch-nationalistische Traditionalisten?	73
	5.4 Das „europäische Paradigma“ der ECR/AECR: Nation plus Binnenmarkt	74
	5.5 EFD-Fraktion und EAF: Wie die Politik des Ressentiments salonfähig wird	75
	5.6 Die rechte Geschichtspolitik der REHG	76
	Verwendete Abkürzungen	77
	Abbildungen	
	Abb. 1: Fraktionen im Europäischen Parlament, Januar 2013	4
	Abb. 2: Verhältnis rechter Europaparteien zu EP-Fraktionen	6
	Abb. 3: Europäisches Parlament: Mitglieder je Mitgliedstaat und Fraktion – 7. Wahlperiode	25
	Abb. 4: European Party Groups Cohesion Rates - 14.07.2009 bis 14.07.2011	26
	Abb. 5: Zuordnung der nationalen rechten Parteien zu Europaparteien und Fraktionen im EP	80

Kapitel 1

Einleitung

1.1 Die politische Rechte in der EU und die fortschreitende EU-Integration

Gegen die „Europäische Sowjetunion“ mobilisierten Neonazis im Oktober 2011 anlässlich einer Demonstration gegen die Europäische Union (EU) in Wien. In dem Aufruf dazu hieß es: Wenn „Du wie wir es nicht mehr länger erträgst, wie man Dein Volk tagtäglich erpreßt und erniedrigt, dann schließe Dich uns an und kämpfe mit im nationalen Widerstand! Wir geben den Kampf für unser Vaterland nicht auf“². Nationale, identitäre und völkische Programme der politischen Rechten in Europa erhalten in den unsicheren Zeiten der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen Teilen der EU Zuspruch. Elektorale Erfolge feierten rechte Parteien in Finnland (Perussuomalaiset), Dänemark (Dansk Folkeparti), Belgien (Vlaams Belang), Niederlande (PVV), Frankreich (Front National), Italien (Lega Nord), Großbritannien (BNP), Ungarn (Jobbik) und Österreich (FPÖ) bis nach Griechenland (Chrysi Avgi). Diese Parteien sind entweder bereits im Europäischen Parlament (EP) vertreten oder haben gute Chancen, bei den kommenden Wahlen im Juni 2014 hineingewählt zu werden. Mit dem Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2010 in Kraft trat, ist der Einfluss des EP im Gefüge der Institutionen der EU gewachsen. Mit der Krisenpolitik der EU und den Weichenstellungen des Europäischen Rates für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion geht eine fortschreitende Europäisierung der politischen Meinungsbildung einher. Voraussichtlich werden 2014 erstmals europäische Parteien mit Spitzenkandidatinnen oder -kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten antreten. Europäische Wahllisten und die Einführung eines einheitlicheren EU-Wahlrechts werden diskutiert.³ Diese Herausforderungen hatten zur Folge, dass die Zusammenarbeit rechter Parteien auf europäischer Ebene – von nationalkonservativen bis zu völkisch-nationalistischen⁴ – mit der Gründung offizieller europäischer Parteien nach den Europawahlen 2009 eine neue Qualität erreichte. Das parlamentarische Kräfteverhältnis verschob sich insgesamt nach rechts. Die konservative Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) ist die stärkste Kraft im EP. Rechts von ihr haben sich mit den Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) sowie Europa der Freiheit und Demokratie (EFD) zwei neue Fraktionen gegründet. Daneben finden sich im Lager der fraktionslosen Abgeordneten (NI – fr. „Non Inscrits“) eine Reihe rechter Parteien, die während der letzten Legislatur 2004 bis 2009 teil- und zeitweise in der rechtsradikalen Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS) zusammengeschlossen waren. Diese Abgeordneten wurden nach den Europawahlen 2009 nicht in die EFD integriert und waren zahlenmäßig zu klein sowie untereinander zu uneinig, um erneut eine eigene Fraktion gründen zu können. Traditionelle rechte Parteien haben auf europäischer Ebene sowohl neue Partner als auch neue Konkurrenten gefunden. 2014 werden voraussichtlich weitere rechte Parteien hinzukommen, wie die im Zuge der Austeritätspolitik in Griechenland erstarkte neonazistische Partei Chrysi Avgi (CA.gr). Durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde⁵ zur nächsten Europawahl 2014 steigen die Chancen auch für Rechtsparteien aus Deutschland, Abgeordnete zu entsenden.

Die vorliegende Darstellung richtet den Blick direkt auf die Aktivitäten rechter Parteien im EP und auf europäischer Ebene. Die Studie beschreibt die strategische Vernetzung der

² DiePresse.com, Artikel, 18.10.2011, Neonazis mobilisieren für Anti-EU-Demo in Wiener City:

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/702106/Neonazis-mobilisieren-fuer-AntiEUDemo-in-Wiener-City?from=rss>

³ Europäisches Parlament: Reform des Wahlrechts: Parlament soll europäischer werden, 19.04.2011:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20110415STO17908/html/Reform-des-Wahlrechts-Parlament-soll-europ%C3%A4ischer-werden>

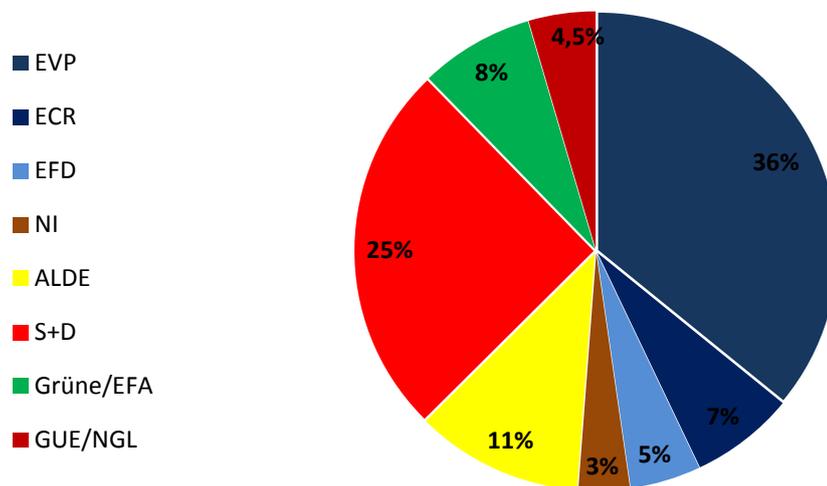
⁴ Eine Typologisierung rechter Parteien findet sich bei: Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010, S. 183: <http://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf>

⁵ Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung Nr. 70/2011 vom 9. November 2011, Fünf-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht verfassungswidrig: <http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg11-070.html>

europapolitischen Akteure und analysiert die inhaltliche europaparlamentarische (Zusammen-) Arbeit der politischen Rechten von Juli 2009 bis zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode Ende 2012. Es soll nachgezeichnet werden, wie die politische Rechte innerhalb des EP und, mit den Mitteln des EP, auf EU-Ebene agiert. Es wird den folgenden Fragen nachgegangen:

- Welche Zusammenschlüsse rechter Parteien und Abgeordneter des EP gibt es und welche Strategien werden – auch hinsichtlich der Europawahlen 2014 – entwickelt? (Kapitel 2)
- Wie sind rechte Abgeordnete in die parlamentarische Arbeit des EP eingebunden? (Kapitel 3)
- Welche Inhalte werden in den parlamentarischen Prozess eingebracht und wer kooperiert bei welchen Themen mit wem? (Kapitel 4)
- Der beschreibenden Darstellung in den Kapiteln 2 bis 4 folgt die Bewertung und Einordnung der politischen Aktivitäten rechter europäischer Parteien in Kapitel 5.

Abbildung 1: Fraktionen im Europäischen Parlament, Januar 2013



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung

1.2 Methodische Anmerkungen

Eine Auflistung der einzelnen Abgeordneten mit fraktioneller und nationaler Parteizugehörigkeit findet sich jeweils am Anfang der Kapitel über parlamentarischen Fraktionen. Die parlamentarischen Quellen, die der qualitativen Analyse zur Verfügung standen, waren:

- Anfragen an die Kommission und den Rat,
- Berichte,
- Entschließungsanträge,
- Schriftliche Erklärungen und
- Wortmeldungen im Plenum.

Darüber hinaus wurden weitere Quellen⁶ verwendet, darunter:

- Parlamentsöffentlich im EP versendete E-Mails von Abgeordneten (Pressemitteilungen, Einladungen zu Veranstaltungen),

⁶ Die in Quellenverweisen enthaltenen Internet-Links wurden zuletzt am 11. Januar 2013 überprüft.

- Presseberichte, Meldungen und Artikel aus europäischen Medien sowie
- Webseiten von einzelnen Abgeordneten, Fraktionen und Europaparteien.

Wie oft und in welcher Form Abgeordnete sich im Parlament auf einem der genannten Wege äußern, hängt nicht nur von der individuellen Performanz, sondern auch von den zur Verfügung stehenden Strukturen ab. Abgeordnete ohne Fraktionszugehörigkeit verfügen nicht über die Mitarbeiterapparate und finanziellen Ressourcen, die Fraktionen zur Verfügung stehen. Je größer eine Fraktion ist, desto mehr Redezeiten in den Plenarsitzungen erhält sie. Außerdem ist das EP ein Arbeitsparlament. Das bedeutet, dass die inhaltliche Arbeit nach Ausschüssen aufgliedert ist und die Abgeordneten sich spezialisieren. Große Fraktionen mit vielen Abgeordneten können die Arbeit breiter aufteilen.

Die EU hat 23 Amtssprachen. Offizielle Äußerungen der Abgeordneten (Plenarreden, parlamentarische Anfragen, Berichte, Resolutionen, Schriftliche Erklärungen, Änderungsanträge) werden in alle Amtssprachen übersetzt. Die hier verwendeten Aussagen von Politikerinnen und Politikern wurden in der Regel auf Grundlage der offiziellen deutschsprachigen Übersetzung des jeweiligen Originalbeitrages zitiert. Einige Zitate wurden in der englischen, französischen oder niederländischen Originalversion belassen.

Alle Aussagen von Abgeordneten, die in offiziellen Kontexten des Europäischen Parlaments getätigt wurden, werden auf die folgende Weise zitiert: Nachname des Abgeordneten, Art der Äußerung, Datum, Thema. Beispiel: *Soini, Plenardebatten, 13.09.2009, Fortschrittsbericht über die Türkei 2008*. Dies entspricht dem Ordnungsschema des Internetauftritts des Europäischen Parlaments. So kann über die Abgeordnetensuche jede Äußerung gefunden werden unter: <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/search.html>.

Um im Fließtext die Zuordnung der Abgeordneten zu erleichtern, ist jeweils in Klammern dahinter ein Kürzel für die nationale Parteizugehörigkeit sowie die Top-Level-Domain des jeweiligen Mitgliedsstaates angegeben. Beispiel: (FN.fr) = Front National, Frankreich.

Kapitel 2

Europäische Zusammenschlüsse und Strategien der politischen Rechten

Das EP bietet optimale Möglichkeiten für den Austausch sowohl inhaltlicher als auch strategischer politischer Konzepte zwischen den Abgeordneten unterschiedlicher rechter Parteien. Nicht zuletzt diese Kooperation im EP hat zur Gründung rechter europäischer Parteien beigetragen. Wird ein Parteienzusammenschluss offiziell als europäische Partei anerkannt, zahlt die EU finanzielle Zuschüsse. Finanziert werden können mit diesen Mitteln die Verwaltungen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Kampagnen und Internetauftritte der Parteien sowie die entsprechende Arbeit parteinaher Think Tanks. Diese können, vergleichbar mit den parteinahen Stiftungen in Deutschland, Studien veröffentlichen, Veranstaltungen durchführen oder Strategiepapiere erstellen. Die Kriterien für die Zuschussfähigkeit lauten wie folgt: „Um Anspruch auf einen Zuschuss erheben zu können, muss eine politische Partei auf europäischer Ebene die in Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 genannten Voraussetzungen erfüllen; sie muss: a) in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Sitz hat, über Rechtspersönlichkeit verfügen; b) in mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten durch Mitglieder des Europäischen Parlaments oder in den nationalen oder regionalen Parlamenten oder in den Regionalversammlungen vertreten sein oder in mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament mindestens 3 % der abgegebenen Stimmen in jedem dieser Mitgliedstaaten erreicht haben; c) sie beachtet insbesondere in ihrem Programm und bei ihrer Tätigkeit die Grundsätze, auf denen die EU beruht, d. h. die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; d) an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilgenommen oder die Absicht bekundet haben, dies zu tun.“⁷

In der Legislaturperiode 2009 bis 2014 wurden drei rechte Europaparteien - die Alliance of European National Movements (AENM), die European Alliance for Freedom (EAF) und die Alliance of European Conservatives and Reformists (AECR) - und einige informelle, thematische Gruppen – die Turkey Assessment Group (TAG/EFD-Fraktion) und die Reconciliation of European Histories Group (REHG) – gegründet.

Abbildung 2: Verhältnis rechter Europaparteien zu EP-Fraktionen

Rechte Europaparteien 2012 (offizielle Parteien auf EU-Ebene, finanziert von der EU)		
AECR	Alliance of European Conservatives and Reformists	(→ kongruent mit ECR-Fraktion)
EAF	European Alliance for Freedom	(≈ teilweise verbunden mit EFD-Fraktion)
EANM	Alliance of European National Movements	(– keine Fraktionszugehörigkeiten; ehem. ITS-Parteien)
Rechte Fraktionen im Europäischen Parlament seit 2009 (nicht immer kongruent mit Europaparteien)		
ECR	Fraktion European Conservatives and Reformists	(→ kongruent mit AECR-Europapartei)
EFD	Fraktion Europe of Freedom and Democracy	(≈ teilweise verbunden mit EAF-Europapartei)

Quelle: Eigene Darstellung

⁷ Amtsblatt der Union, 30.06.2011, Finanzhilfen an die politischen Parteien auf europäischer Ebene – 4.1 Kriterien für die Zuschussfähigkeit: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:190:0026:0030:EN:PDF>

2.1 Alliance of European National Movements (AENM)

“The EU is an insidious Communist cabal which dictates virtually every law, in every EU members' country, and it is well past its sell-by date. The AENM was established to create a bond between all fellow nationalists who look forward to freedom and ditching the totalitarian 'elected dictatorship', which is the EU.”⁸ (AENM)

Am 24. Oktober 2009 wurde auf Initiative von Jobbik (Jo.hu) und des Front National (FN.fr) die AENM⁹ gegründet. Ihr gehören zurzeit neben den bereits genannten Parteien die British National Party (BNP.uk) sowie mehrere kleine Parteien an, die nicht im EU-Parlament vertreten sind: Fiamma Tricolore aus Italien (FT.it), Movimiento Social Republicano aus Spanien (MSR.es), Front National du Belgique (FN.be), Nationaldemokraterna aus Schweden (ND.se), die Partido Nacional Renovador aus Portugal (PNR.pt) und die finnische Vapauspuolue – Suomen tulevaisuus (VP.fi). Mit der ukrainischen Svoboda (Sv.ua) ist darüberhinaus eine Partei eines Staates außerhalb der EU dabei. Außerdem trat im Oktober 2012 der bulgarische EP-Abgeordnete Dimitar Stoyanov mit seiner neuen Nationaldemokratischen Partei (Национал-демократична партия, NDP.ua) der AENM bei¹⁰. Ziel des Zusammenschlusses war es zunächst, als offizielle europäische Partei anerkannt zu werden, um auf finanzielle Ressourcen der EU zugreifen zu können. „*The alliance is going to become an official, European party to be registered in Belgium or Strasbourg*“, wurde Zoltan Balczó (Jo.hu) im Oktober 2009 zitiert.¹¹ Anfang 2012 ist dieser Schritt gelungen. Mit der offiziellen Anerkennung konnte die AENM für das Jahr 2012 auf bis zu 289.266 Euro¹² zurückgreifen. Der Registrierung als europäische Partei folgte keine Fraktionsgründung im EP. Ein wesentliches Hindernis dafür ist zum einen die zu geringe Anzahl der Abgeordneten, zum anderen der sich wechselseitig exkludierende Chauvinismus einiger rechter Parteien. Soltan Balczó (Jo.hu) wird beispielsweise im EU Observer zitiert: „*Millions of ethnic Hungarians live [outside] Hungary and the Jobbik Movement for a Better Hungary will never work together with parties that are not patriotic or nationalist, but instead chauvinist. We will never work with the Slovak National Party or the Greater Romania Party. This is a declaration!*“¹³

Das kurze gemeinsame Programm¹⁴, das sich die AENM gegeben hat, lautet wie folgt:

Political Declaration European Alliance of National Movements

- *Conscious of our common responsibility for the European peoples and the diversity of cultures and languages they represent,*
- *Mindful of the inalienable values of Christianity, natural law, peace and freedom in Europe,*
- *Bearing in mind the numerous threats that powerful forces of globalisation pose to this priceless heritage.*

Representing the national parties and movements in Europe, we demand:

⁸ British National Party, BNPTv, AENM Alliance of European National Movement, auf Youtube: <http://www.youtube.com/playlist?list=PLZuDg6IHm1enuSCHUjPsg0RzSIsYOZrAY>

⁹ Die Alliance of European National Movements (AENM) wird im EU-Register als European Alliance of National Movements (EANM) geführt. Die Akteure selbst nutzen aber fast ausschließlich erstere Variante, weshalb diese zugunsten der Einheitlichkeit im Text übernommen wurde.

¹⁰ British National Party, Another experienced MEP joins our Alliance!, 18.10.2012: <http://www.bnp.org.uk/news/national/another-experienced-mep-joins-our-alliance>

¹¹ EUBusiness.com, Artikel, 25.10.2009, Far-right European parties forge alliance: <http://www.eubusiness.com/news-eu/politics-parties.13f>

¹² European Parliament, Grants from the European Parliament to political parties at European level 2004-2012: http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant_amounts_parties_01-03-2012.pdf

¹³ EUobserver.com, Artikel, 12.11.2009, Far-right alliance fails to get EU parliament cash: <http://euobserver.com/843/28982>

¹⁴ AENM, Political Declaration, 15.09.2009: <http://aemn.eu/political-declaration/>

1. *The creation of a Europe of free, independent and equal nations in the framework of a confederation of sovereign nation states, refraining from taking decisions on matters properly taken by states themselves.*
2. *The rejection of any attempt to create a centralist European Super State.*
3. *The promotion of the freedom, dignity and equal rights of every citizen, and opposition to all forms of totalitarianism.*
4. *The primacy of direct votes by the people or their elected representatives over any administrative or bureaucratic body.*
5. *The effective protection of Europe against new threats, such as terrorism and religious, political, economic, or financial imperialism.*
6. *A peaceful and humane settlement of immigration problems through, among other measures, international cooperation aiming at development and self sufficiency of third world countries.*
7. *Strong policies in favour of families aiming at solving the demographic deficit in Europe and promoting traditional values throughout society.*
8. *The preservation of the diversity of Europe that results from the variety of our identities, traditions, languages and indigenous cultures.*
9. *A common fight of the European peoples against social dumping and the destructive effects of globalisation.*

Bei einer Pressekonferenz am 18. Juni 2010 in Straßburg wurde Bruno Gollnisch (FN.fr) als Präsident, Nick Griffin (BNP.uk) als Vizepräsident und Bela Kovacs (Jo.hu) als Schatzmeister vorgestellt. Generalsekretär ist der Italiener Valerio Cignetti (FT.it). Bei der AENM-Konferenz vom 20. bis 21. Oktober 2012 in Hérdevár/Ungarn wurde Luca Romagnoli (FT.it) anstelle Griffins zum Vizepräsidenten gewählt, die anderen Ämter wurden bestätigt. In einem Grußwort formulierte Jean-Marie Le Pen (FN.fr) das Motto der Nationalisten: *„Patriotes de tous les pays, unissez-vous !“*¹⁵

Bela Kovacs (Jo.hu) gab in einem auf der Plattform YouTube veröffentlichten Konferenzbericht an, für das EU-Haushaltsjahr 2013 habe die AENM eine eigene politische Stiftung registriert. Diese solle, EU-finanziert, die Arbeit der Europapartei unterstützen. Bruno Gollnisch (FN.fr) erklärte, die gemeinsamen „enemies“ – „communists, ecologists, Christian democrats“ – würden sich europäisch vereinigen und so von der offiziellen Finanzierung durch die EU profitierten. Mit dem Zugriff der nationalistischen Parteien auf diese Ressourcen über die AENM könne man nun den Völkern Steuergelder zurückgeben. Eine weitere Funktion der AENM sei es, so Gollnisch, *„to meet, to discuss, to help each other, to exchange information“*, denn man sehe, *„that the problems of our countries are quite similar although our countries are quite different. We are fighting globalism, have the same enemies [which are] using the same methods trying to make devils of us and we are trying to answer this challenge.“*¹⁶

Ein weiterer Grund für die Gründung der AENM sei die Vorbereitung auf zukünftige gesamt-europäische Wahllisten. *„European nationalists must be ready to compete in elections on a continent-wide basis when that system is implemented by the globalists who run the European Union, even though all true nationalists are opposed to the concept“*, hieß es dazu in einer Meldung vom Dezember 2010 auf der Webseite der British National Party. Die Nationalisten seien *„of course [...] opposed to this plan“*, wird Gollnisch zitiert: *„But unfortunately it is now here, and we think it best for our supporters to ensure that their voice of opposition to Marxism, socialism and globalism is heard.“*¹⁷ Im August 2010 fuhr eine

¹⁵ Jean-Marie Le Pen, Le message de soutien de Jean-Marie Le Pen à l'AEMN, 24.10.2012:

<http://www.gollnisch.com/2012/10/24/le-message-de-soutien-de-jean-marie-le-pen-a-laemn/>

¹⁶ So Bela Kovacs in einem Video über die Ergebnisse einer AENM-Konferenz in Hérdevár/Ungarn, Youtube, 30.10.2012:

<http://www.youtube.com/watch?v=M2OAz-I9iMQ>

¹⁷ British National Party, Bericht, Dezember 2010, European Nationalists Must be ready to Compete on Continent-wide Lists:

<http://www.bnp.org.uk/news/european-nationalists-must-be-ready-compete-continent-wide-lists>

Delegation mit Vertretern der AENM nach Japan, um mit den japanischen Nationalisten der Partei *Issuikai* gemeinsam zu konferieren. Laut Webseite der British National Party soll solch ein „*World Gathering of Nationalists*“ alle zwei Jahre stattfinden¹⁸.

Um den strategischen Austausch ging es auch bei einer Konferenz der AENM am 24. Juli 2012 in der Nähe von Chester/Großbritannien. Die Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern hörten Vorträge zu den Konzepten des „*Culturalism*“¹⁹ und des „*Community Activism*“²⁰, zu dem Erfolgsrezept von Jobbik in Ungarn und über Strategien gegen gemeinsame politische Gegner. Jobbiks internationale Medienkoordinatorin Georgina Bernath (Jo.hu) erklärte den Konferenzteilnehmern den politischen Erfolg der Partei (knapp 17% der Stimmen bei den nationalen Parlamentswahlen 2010) mit einem vierfachen politischen Tabubruch: Als erste Partei habe Jobbik offen über „*kriminelle Zigeuner*“ und die negativen Folgen der EU-Integration gesprochen, „*israelisches Kapital*“ in Ungarn angeprangert und den NATO-Einsatz in Afghanistan kritisiert. Die Partei habe zudem eine sehr erfolgreiche Internetstrategie, mit der sie, beispielsweise über das Online-Netzwerk *Facebook*, junge Wählerinnen und Wähler direkt erreichen könne, ohne dabei dem Filter medialer Kritik wie im Fernsehen ausgesetzt zu sein. Zudem gebe es eine sehr aktive Jugendorganisation, die regelmäßig Fortbildungen organisiere sowie Kultur-, Familienprogramme und andere Veranstaltungen durchführe.²¹ Bruno Gollnisch (FN.fr) sprach in einem Vortrag unter dem Titel „*Protecting Identities*“ über mögliche gemeinsame Strategien gegen die „*common enemies*“ der Nationalisten und über die Erscheinung der Parteien in der Öffentlichkeit. Durch direkten Austausch zwischen den nationalistischen Parteien solle die politische und mediale Isolierung, das „*international system of lies*“, überwunden werden. Ein gemeinsames Netzwerk von Anwälten könne helfen, gegen Diffamierungen vorzugehen. Das Internet müsse stärker genutzt werden. Mit einer Art „*Surprise*“-Strategie könne der politische Gegner aus dem Konzept gebracht werden; zum Beispiel könne ein Symposium zu Entwicklungsproblemen in Dritte-Welt-Ländern organisiert werden: „*Our defense of particular identities [...] fits perfectly to the defense of universal values. By defending our freedom and our identity we also [...] defend the identity of other peoples, wether African, Asian or whatsoever [...]. All people will suffer, rich or poor, from globalist dictatorship and we are the only ones to fight this.*“ Gegen den Versuch der „*LGBT people*“ „*to dictate the new moral values*“ könnten Konferenzen zu Kinderrechten organisiert werden. Weil die AENM derzeit nur knapp das Minimum der Zulassungskriterien für europäische Parteien erfülle, müsse bisher marginal gebliebenen „*national movements*“ in den Mitgliedsstaaten moralisch und finanziell geholfen werden, um so mittelfristig neue Mitglieder zu rekrutieren. Die AENM will zu diesem Zweck ein eigenes Programm entwickeln. Zudem müsse man verstärkt auf junge Menschen zugehen.²²

Nick Griffin (BNP.uk) referierte zum Problem der Auseinandersetzung zwischen traditionellen und neuen nationalistischen Bewegungen und Parteien. Er beschrieb am Beispiel der anti-islamischen International Civil Liberties Alliance (ICLA) und der English Defence League (EDL) das seiner Darstellung nach in Europa und den USA stattfindende „*battle for the soul of nationalism*“. Es sei ein „*battle between two different views. On the core question of the dangers of Islam we agree completely. It's a battle between people who are genuinely nationalists of our own countries, of Britain, of France, of Italy, of Hungary, and people who are primarily quite simply nationalist for one country which is Israel.*“ ICLA und EDL würden von „*ultra-Zionists*“ für ihre Propaganda bezahlt werden.²³ Anshel Pfeffer schrieb in dazu in der Zeitung *Haaretz*, „*Griffin is playing a desperate balancing act, trying to connect the old racist, anti-Semitic camp with the new far-right which is seeking to create an alliance with the Jews to fight the Muslims.*“²⁴

¹⁸ British National Party, Bericht, August 2010, World Gathering of Nationalists Will Take Place Every Two Years <http://www.bnp.org.uk/news/world-gathering-nationalists-will-take-place-every-two-years>

¹⁹ Youtube, BNPTv, Thomas Imrie, Community Activism, 17.10.2012: <http://www.youtube.com/watch?v=OWqBkfHizwE>

²⁰ Youtube, BNPTv, Jack Buckby, National Culturalists, 20.10.2012: <http://bnptv.org.uk/2012/10/national-culturalists/>

²¹ Youtube, BNPTv, Georgina Bernath, Introducing Jobbik, 17.10.2012: <http://www.youtube.com/watch?v=fsx1F1t354o>

²² Youtube, BNPTv, Bruno Gollnisch, Protecting Identities, 17.10.2012: <http://www.youtube.com/watch?v=dotunE9Ti60>

²³ Youtube, BNPTv, Nick Griffin, EDL exposed, 31.07.2012: <http://www.youtube.com/watch?v=B3zRHsGGm00>

²⁴ Anshel Pfeffer, The U.K. extreme right is undecided on who to hate: Jews or Muslims? 29.08.2012:

Die AENM verfügt erst seit dem Frühjahr 2013 über eine eigene Webseite²⁵. Schon vorher fanden sich Informationen, Pressemitteilungen, Berichte und Videos von Konferenzen und Kundgebungen auf den Internetseiten der Mitgliedsparteien (insbesondere bei FN.fr, BNP.uk und Jo.hu) und auf der Internetplattform *YouTube*. Wie eine Strategie gegen die politisch-mediale Isolation rechter Parteien gestaltet sein könnte, testete Nick Griffin (BNP.uk) auf seiner persönlichen Webseite unter dem Titel „*Positive nationalism - working to break the controlled media's dehumanisation campaign*“ mit Hilfe von sogenannten „*humanising videos*“. Registrierte Nutzer konnten dazu ein erstes Testvideo kommentieren. Internet und neue Videotechnologie würden neue Möglichkeiten eröffnen, schreibt Griffin: „*That's why I'm working with a small video team on experiments in 'humanising' videos.*“ Anstatt wie üblich über „*hardcore politics and about problems*“ zu sprechen, verfolge das Projekt einen „weicherer“ Ansatz und solle als „*an additional weapon in our armoury*“ eingesetzt werden. „*Once we find the right formula, I'll encourage our colleagues in the Alliance [AENM] to take note.*“ Es würden nur zwei Jahre verbleiben bis zur Europawahl 2014, um der AENM „*identity and image*“ zu geben und damit auf europäischen Wahllisten erfolgreich Sitze zu gewinnen.²⁶

Wie moralische Unterstützung für befreundete nationalistische Parteien aussehen kann, zeigte der Franzose Bruno Gollnisch (FN.fr), als er bei einer Veranstaltung in Ungarn am 23. Oktober 2012 zum Jahrestag des Aufstands von 1956 öffentlich den Vertrag von Trianon, einen der wichtigsten Bezugspunkte der nationalistischen Propaganda Jobbiks, unter großem Applaus als „*unjust and shameful*“ bezeichnete.²⁷

Mit der Gründung der AENM verfolgen die beteiligten Akteure, zusammengefasst, mehrere strategische Ziele:

1. Kandidatur auf möglichen zukünftigen gesamteuropäischen Wahllisten bei Europawahlen;
2. Zugang zu EU-Finanzmitteln;
3. Aufbau neuer europäischer Arbeits- und Kommunikationsstrukturen;
4. Best-Practice-Austausch inhaltlicher und strategischer Konzepte sowie Bezogen auf die Nutzung neuer Medien;
5. Durchbrechen politischer und medialer Isolation in den Mitgliedsstaaten durch internationale Zusammenarbeit und gemeinsames Auftreten bei öffentlichen Veranstaltungen;
6. Finanzielle und moralische Unterstützung für bisher marginale nationale Bewegungen in den Mitgliedsstaaten um neue Mitglieder zu werben und damit die eigene Existenz als offizielle europäische Partei zu sichern;
7. Gemeinschaftliche Bewältigung der Herausforderungen durch neue rechte Bewegungen (z.B. ICLA, EDL, PVV, Generation Identitaire) und politische Gegner (z.B. durch „*surprise*“-Strategie, Netzwerk von Anwälten).

<http://www.haaretz.com/news/features/the-u-k-extreme-right-is-undecided-on-who-to-hate-jews-or-muslims-1.461335>

²⁵ AENM, Webseite: <http://aemn.eu/>

²⁶ British National Party, Nick Griffin, Positive nationalism - working to break the controlled media's dehumanisation campaign, 07.03.2012: <http://www.bnp.org.uk/news/national/positive-nationalism-working-break-controlled-medias-dehumanisation-campaign>

²⁷ Jobbik, Bruno Gollnisch, Trianon is unjust – speech on Jobbik's 23 October commemoration, 24.10.2012: http://www.jobbik.com/bruno_gollnisch_trianon_unjust_-_speech_jobbik%E2%80%99s_october_23_commemoration

2.2 European Alliance for Freedom / European Foundation for Freedom (EAF/EFF)

Mit der Ende des Jahres 2010 gegründeten europäischen Partei European Alliance for Freedom (EAF) existiert ein weiteres rechtes Netzwerkprojekt auf EU-Ebene, das aus der parlamentarischen Zusammenarbeit einiger Abgeordneter des EP hervorgeht. Die EAF ist ein Versuch, strategische Fehler bei der Bündnispolitik rechter Parteien aus der Vergangenheit zu vermeiden: Sie bietet Politikerinnen und Politikern aller Parteien durch Einzelmitgliedschaften die Möglichkeit, individuell in der Europapartei mitzuwirken, ohne zu versuchen, eine programmatische Konvergenz der nationalen Parteien herbeizuführen. „Auf nationaler Ebene, müssen daher die EAF Mitglieder nicht notwendiger Weise die Politik und den Glauben anderer Mitglieder der Allianz teilen“²⁸, heißt es auf der EAF-Webseite. Präsident der EAF ist seit November 2012 Franz Obermayr (FPÖ.at/NI), die beiden Vizepräsidenten sind Philip Clayes (VB.be/NI) und Marine Le Pen (FN.fr/NI), deren Partei Front National auch in der AENM mitwirkt und dort den Präsidenten stellt. Frank Vanhecke (parteilos.be/EFD, früher VB.be/NI) ist der Vorsitzende der parteieigenen Stiftung European Foundation for Freedom (EFF). Weitere Abgeordnete des EP, die in der EAF mitwirken, sind Godfrey Bloom (UKIP.uk/EFD), Andreas Mölzer (FPÖ.at/NI) sowie Rolandas Paksas und Juozas Imbrasas (TIT.lt/EFD). Jobbiks Spitzenkandidatin zur EU-Wahl 2009, Krisztina Morvai, hat die EAF zwar mitbegründet, verließ sie aber auf Betreiben der FPÖ im Juli 2011 wieder.²⁹ Bei einer Konferenz der EAF im EP mit dem Titel „Peace in the Middle East“ am 15. Mai 2012 trat auch Fiorello Provera (LN.it) von der Lega Nord als Organisator auf.³⁰ Hinzu kommen Akteure, die nicht im EP vertreten sind: Torsten Groß von der Partei *Bürger in Wut* (BIW.de), Kent Ekeroth von der Partei Sverigedemokraterna (SD.se) und Sharon Ellul-Bonici (PL.mt) aus Malta, dem offiziellen Sitz der EAF. Ellul-Bonici, die Generalsekretärin der EAF, kandidierte für die maltesischen Sozialdemokraten bei der Europawahl 2009, schaffte es aber nicht ins EP. Außerdem war sie Vorsitzende der *No2EU – Yes to democracy!* – Kampagne in Malta vor dem EU-Beitritt des Landes sowie Koordinatorin von *The European Alliance of EU-critical Movements* (TEAM), ein sich als „democratic and non-racist“ verstehender, europäischer „centre, left and right“ Anti-EU-Zusammenschluss³¹. In Letzterem partizipieren unter anderem die dänische *Folkebevægelsen mod EU* (FmEU.dk), die mit Søren Søndergaard einen Abgeordneten der Linksfraktion GUE/NGL im EP stellt, die britische UKIP sowie die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ.at), die als Beobachterin aufgeführt wird.

Die EAF kann wie die AENM auf finanzielle Ressourcen der EU zugreifen, für das Jahr 2011 umfasste dies 372 753 Euro, für das Jahr 2012 360.455 Euro³². 2011 kamen Spenden von Mitgliedern (Jan Timke - BIW.de, Philip Clayes - VB.be), Parteien (Vlaams Belang), Unternehmen (Usvom Ltd. und World Food Ltd. aus Malta) und Privatpersonen in Höhe von ca. 70.000 Euro hinzu. Für 2012 liegen die Zahlen noch nicht vor.³³

Die EAF versucht in der Öffentlichkeitsarbeit betont moderat und politisch seriös aufzutreten. Die Nutzung des Internets durch Webseiten, *Facebook*, *YouTube* oder *Twitter* ist qualitativ hochwertig, professionell und modern aufgemacht. Auf der Plattform *YouTube* betreibt die EAF einen eigenen Kanal, auf dem über 400 Videos mit Plenarreden der EAF-Abgeordneten im EP abgerufen werden können.³⁴ Auf den Webseiten von EAF und EFF und bei *Facebook* werden eigene Statements vermischt mit internationalen Pressemeldungen (unter anderem

²⁸ European Alliance for Freedom, Über EAF: <http://www.eurallfree.org/?q=node/325>

²⁹ DerStandard.at, Artikel, 30.06.2011, Strache will Jobbik nicht in neuer EU-Rechtspartei
<http://derstandard.at/1308680071418/EU-Strache-will-Jobbik-nicht-in-neuer-EU-Rechtspartei>

³⁰ European Foundation for Freedom, Peace in the Middle East - Conference Report, 15.05.2012:
<http://www.eurfreedom.org/press-release/peace-middle-east-conference-report>

³¹ TEAM: „A network defending democracy - TEAM is an information network linking 49 organisations, political parties and non-parties, from 18 countries across Europe. It includes democratic and non-racist organisations from the centre, left and right of the political spectrum.“ The European Alliance of EU-critical Movements (TEAM). Members: <http://teameurope.info/node/9/>
About us: <http://www.teameurope.info/node/12>

³² European Parliament, Grants from the European Parliament to political parties at European level 2004-2012:
http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant_amounts_parties_01-03-2012.pdf

³³ Europäisches Parlament, EAF final report 2011: http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/parties/EAF_final_report_2011.pdf

³⁴ European Alliance for Freedom, YouTube: <http://www.youtube.com/user/eurallfree/videos?view=0>

von The Guardian, EU-Observer, Telegraph, CNBC oder BBC) präsentiert. Das Parteisymbol ist ein stilisierter bunter Schmetterling, die Webseite und der Facebook-Auftritt präsentieren sich in freundlichem hellblau. Dass dies auch die Farbe der EFD-Fraktion im EU-Parlament ist, scheint kein Zufall zu sein. Der Slogan „*The people’s voice in Europe*“³⁵ lehnt sich ebenfalls an die EFD an („*People’s voice*“)³⁶. Zudem ähneln sich die Programme zum Teil wörtlich (siehe unten und vgl. Kapitel 4.2). Ein Bericht auf der Webseite des parteinahen Think Tanks EFF soll darüberhinaus zeigen, wie groß die Übereinstimmung bei Abstimmungen im EP zwischen der UKIP, welche die EFD dominiert, und EAF-Mitgliedern ist.³⁷ Das Video einer Plenarrede von Nigel Farage (UKIP.uk), dem Vorsitzenden der EFD-Fraktion, steht auf der Webseite der EAF (Januar 2013). Franz Obermayr gab nach seiner Wahl zum Präsidenten der EAF am 8. November 2012 an, die EAF bereite sich auf die Europawahlen 2014 vor, auch im Hinblick auf die Gründung einer neuen rechten Fraktion im EP. Dies sei jedoch „*Zukunftsmusik*“.³⁸ Teilweise benutzt die EAF aber ein Vokabular, das von den gemäßigeren nationalkonservativen Parteien in der Europapartei AECR/Fraktion ECR (vgl. Kapitel 2.3 und 4.3) geprägt wurde, wie beispielsweise den Begriff „*euorealistisch*“ im Titel des EAF-Kongresses „*A Eurorealist Vision*“ am 28. Dezember 2012 auf Zypern anlässlich der zyprischen Ratspräsidentschaft.³⁹

Das sichtliche Bemühen der radikalen Rechten, in der Öffentlichkeit seriös zu erscheinen, spiegelt auch der Versuch wider, die eigenen politischen Positionen mittels wissenschaftlicher Studien zu untermauern. In dem „*2011 Report – An in-depth analysis of the research conducted by EAF and EFF*“ heißt es, man habe eine Telefonbefragung in sechs Mitgliedsstaaten (Österreich, Deutschland, Belgien, Schweden, UK, Frankreich) zu Fragen der EU-Politik durchgeführt. Die Fragen seien aufgebaut gewesen nach dem Muster „*Stimmen Sie zu, dass...*“; Antwortmöglichkeiten waren etwa: „*The European Multicultural Society has been a success*“; „*Islam is a threat to our way of living*“; „*There should be a Referendum on important EU issues*“; oder „*In the future, Immigration should be... less, the same, more, don’t know*“. Als Ergebniss der Studie sei unter anderem herausgekommen, die Wähler hätten gezeigt, dass sie eine „*improved active family policy over further immigration*“ bevorzugten. In einem anderen Fall hieß es: „*One of the questions posed to the interviewees was whether they agree that Europe needs more Immigration from non-EU states. To this, an overwhelming majority of 74% voted no. ...*“.⁴⁰ In einer weiteren Studie zur Situation in Malta vom Mai 2012 wurden unter anderem Fragen gestellt zu den Themenbereichen „*Turkey, Muslims and the EU*“, „*In favour or skeptical of EU*“ oder „*Homosexuals’ Rights*“. Einzelne Fragen lauteten hier etwa „*Do you think that the Muslim influence could be dangerous to the Maltese and European society?*“ oder „*Would you vote for that party whose agenda includes total disagreement with further immigration?*“⁴¹

Eine anschauliche Beschreibung der Ziele und der Funktionsweise der EAF gab deren erster Präsident (2010 bis 2012) Godfrey Bloom (UKIP.uk) in einem Artikel auf der Webseite von UKIP unter der Überschrift „*Eurosceptic parties entering new paradigm*“. Es sei sein Plan gewesen, so Bloom, „*to form an alliance of sceptics within the parliament. The only criterion is agreement with the mission statement, to create a Europe of sovereign states with freely negotiated trade or defence agreements.*“ Über die Beziehung zu den politischen Partnern in der EAF schrieb er: „*I am a Libertarian neo Austrian economist. I share a glass of wine a few*

³⁵ European Alliance for Freedom, Webseite, Home: <http://www.eurallfree.org/>

³⁶ Offiziell besteht keine Beziehung zwischen EFD und EFA, weil einige Mitgliedsparteien der EFD, z.B. die Dansk Folkeparti oder die Wahren Finnen Perussuomalaiset, nicht mit allen vertretenen Akteuren zusammenarbeiten wollen.

³⁷ European Alliance for Freedom, Roll Call Votes Report January to July 2010: <http://www.eurfreedom.org/sites/default/files/documents/files/Roll%20Call%20Votes%20Report.pdf>

³⁸ PolitikHeute.at, Franz Obermayr, FPÖ-Mann ist Führer der Rechten im EU-Parlament, 08.11.2012: <http://www.heute.at/news/politik/art23660.823074>

³⁹ European Alliance for Freedom, EAF Congress 2012: A Eurorealist Vision, 28.09.2012: <http://www.eurallfree.org/sites/default/files/BANNER-CONGRESS-LARGE.jpg>

⁴⁰ European Alliance for Freedom, 2011 Report - An in-depth analysis of the research conducted by EAF and EFF: <http://www.eurallfree.org/sites/default/files/researchreport.pdf>

⁴¹ European Alliance for Freedom, Ressearch Analysis Profiling: Malta, 05/2012: <http://www.eurallfree.org/sites/default/files/Research%20Report%20-%20May%202012%20-%20Profiling%20Malta%20-%20Final%20%281%29.pdf>

times a year with Marine le Pen, protectionist and socialist. We have almost nothing in common politically, save a desire for self-government [...] None of us represent our respective political parties or come with cultural or social baggage, this removed most of the bases for disagreement.” Auch ein Kommunist habe Interesse bekundet, der EAF beizutreten: „He would be most welcome.“⁴² Unter der Überschrift „Politische Plattform“ heißt es dementsprechend auf der Webseite der EAF, ihre Mitglieder würden „quer aus dem gesamten politischen Spektrum“ kommen. Die EAF wolle die „politischen links/rechts Paradigmen“, die von den „großen Gruppierungen“ auf die EU-Ebene übertragen worden seien, überwinden. Sie sei stattdessen vor allem gegen einen „Prozess der Zentralisierung von Macht“ in der EU, weil „ein ‚einziges europäisches Volk‘ – ‚ein europäischer Demos‘ nicht“ existiere „und auch nicht kreierte werden“ könne. In der EU liege heute die „wahre Macht [...] in der EU-Kommission, die ein Monopol über EU-Richtlinien und Gesetzgebung“ habe. Die „Völker“ besäßen „nur eine Scheinrepräsentanz“ und die „Zentralisierungsphilosophie“ der EU stelle „sicher, dass die Völker Europas weiterhin die Kontrolle über ihr Leben und ihre Zukunft verlieren.“ Der heutigen EU stellt die EAF das Konzept „einer europäischen Familie von freien Nationen“ gegenüber, „als dezentralisiertes, flexibles Kooperationsgerüst, in dem freie europäische Völker ihre Bemühungen für ihren gemeinsamen Vorteil koordinieren, abgestimmt auf gemeinsame, allgemeine Standards“⁴³. Unter der Überschrift „Statuten“ heißt es weiter, die EAF wolle „sichern, dass es für die Völker und Nationen Europas rechtens ist, ihre historischen, traditionellen, religiösen und kulturellen Werte zu stärken“. Außerdem wolle sie, „dass sich in einer andauernden politischen Entwicklung der EU, keine Charakteristika totalitärer Natur entwickeln“. Die Europapartei tritt somit als Kämpferin für die „Freiheit der Nationen und deren rechtsstaatliche Demokratien“ gegen einen „Europäischen Superstaat“ auf.⁴⁴

Das zentrale gemeinsame Thema ist also die Ablehnung der europäischen Integration. Am 24. November 2012 veranstaltete die EFF eine Konferenz im flämischen Parlament in Brüssel unter dem Titel „For Europe, against this EU!“, bei der die Autoren Thierry Baudet und Sam Van Rooy ihre Bücher „The assault on the nation state“ sowie „The abduction of Europe by the EU“ vorstellten und eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Jugendorganisationen der Parteien Vlaams Belang, FPÖ, Front National und Sverigedemokraterna stattfand.⁴⁵ Für das Referendum im Februar 2012 in Kroatien, zur Entscheidung über den EU-Beitritt des Landes, produzierte die EAF einen Flyer⁴⁶, mit dem kroatische Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt werden sollten, gegen den Beitritt zu stimmen.

Ein weiteres wichtiges gemeinsames Thema der EAF ist die plakative Ablehnung des Beitritts der Türkei zu EU (vgl. dazu die Kapitel 4.1.4 und 4.2.4). Auf ihrem ersten großen Kongress vom 24. bis 26. Juni 2011 auf Malta beschloss sie, die mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte Europäische Bürgerinitiative (EBI)⁴⁷ zu nutzen, um gegen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu mobilisieren. Auf der Startseite der EAF-Webseite findet sich eine Spalte mit einer Online-Umfrage zum Thema Türkeibeitritt. In einem Meinungsartikel auf der Webseite der EAF mit der Überschrift „Why Turkey should NOT join the EU“ werden Behauptungen aufgestellt wie „Turkey does not belong in Europe“, „In Turkey, human rights violations are the norm“, „Turkey's accession brings heavy costs“, „The prospect of membership has encouraged the Islamisation of Turkey“, „Millions of Turks would move to Europe“ oder „The geo-strategic argument is a sham“⁴⁸. Die deutsche EAF-

⁴² Godfrey Bloom, Eurosceptic parties entering new paradigm, 06.12.2012: http://www.ukipmeps.org/news_665_Godfrey-Bloom-Eurosceptic-parties-entering-new-paradigm.html

⁴³ European Alliance for Freedom, Politische Plattform: <http://www.eurallfree.org/?q=node/326>

⁴⁴ European Alliance for Freedom, Statuten: <http://www.eurallfree.org/?q=node/327> (Fehler bei der Kommasetzung im Original)

⁴⁵ European Foundation for Freedom, For Europe Against this EU, 24.11.2012: <http://www.eurfreedom.org/press-release/europe-against-eu>

⁴⁶ European Foundation for Freedom, Croatia Leaflet: <http://www.eurfreedom.org/sites/default/files/documents/files/croatia-leaflet.pdf>

⁴⁷ European Commission, European Citizen's Initiative: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=en>

⁴⁸ European Foundation for Freedom, Why turkey should NOT join the EU: <http://www.eurfreedom.org/site-page/why-turkey-should-not-join-eu>

Mitgliedspartei Bürger in Wut betreibt eine ganze Webseite mit dem Titel „Für ein europäisches Europa – Nein zum EU-Beitritt der Türkei!“⁴⁹

Die Gründung der EAF erscheint somit als strategisches Experiment rechter Parteien in mehrfacher Hinsicht:

1. Vereinigung rechter Akteure gegen die fortschreitende EU-Integration ohne die Gefahr des Konflikts aufgrund programmatischer Divergenzen;
2. Austesten der Bündnisbereitschaft EU-kritischer Akteure über das rechte politische Lager hinaus (z.B. linke EU-Kritiker);
3. Annäherung zwischen Parteien des parteilosen Spektrums des EP und der EFD-Fraktion im Hinblick auf die Europawahlen 2014 und eine mögliche neue rechte Fraktion in der folgenden Legislaturperiode;
4. Aufbau eines professionellen, wissenschaftlich und seriös wirkenden Images, mit dem Ressentiments auf neue Weise („wissenschaftlich“) transportiert werden können;
5. Zugang zu EU-Finanzmitteln;
6. Aufbau europäischer Arbeits- und Kommunikationsstrukturen;
7. Austesten der internationalen Kampagnenfähigkeit bei gemeinsamen Themen (EBI gegen Türkeibeitritt)

2.3 Alliance of European Conservatives and Reformists / New Direction (AECR/ND)

Die Europapartei AECR wurde auf Initiative der britischen Conservative Party und der tschechischen ODS im Juli 2009 als Pendant zur neuen Fraktion ECR im EP und als Abspaltung von der EVP/ED-Fraktion aus der vorhergehenden Legislaturperiode gegründet. Bereits 2003 hatten Conservative Party, ODS und PiS eine gemeinsame Erklärung für eine „euro-realist policy that does not support further centralization and federalization of the EU“ veröffentlicht. Im Jahr 2006 gründeten die Parteien Conservative Party und ODS das Movement for European Reform (MER) mit einer antiföderalen EU-Agenda. Im März 2009, wenige Monate vor den Europawahlen, unterschrieben die Conservative Party, die ODS, die PiS und drei weitere Parteien die „Prague Declaration and principles“. Aus dieser Kooperation gingen nach den Wahlen 2009 die ECR-Fraktion und die AECR hervor.⁵⁰ Zu den Mitgliedsparteien der AECR gehören außer den im EU-Parlament vertretenen ECR-Mitgliedern (vgl. Liste in Kapitel 4.3) die luxemburgische Alternativ Demokratesch Reformpartei (ADR.lu), die isländische Sjálfstæðisflokkurinn (Sj.is) sowie die K’ristianul-Demokratiuli Modzraoba (KDM.ge) aus Georgien.

Die AECR besitzt einen Rat, den „supreme policy-making body“, zurzeit bestehend aus MdEP Derk Jan Eppink sowie Luc Rohtus (beide LD.be), Sen. Alexandr Vondra (ODS.cz) und Thomas Chalupa (ODS.cz). Dem Rat verantwortlich sind die Board Members, welche die „overall political direction of the Alliance“ vorgeben. Präsident des Boards ist derzeit Jan Zahradil (ODS.cz); Generalsekretär und damit zuständig für das tägliche Geschäft ist Daniel Hannan (CP.uk). Rat und Board wurden zuletzt am 9. November 2012 für zweieinhalb Jahre gewählt. Als offizielle europäische Partei konnte die AECR im Jahr 2012 auf maximal 1.285.913 Euro EU-Finanzmittel zugreifen.⁵¹ Die AECR und der dazugehörige Think Tank New Direction (ND) unterhalten eigene Webseiten und sind präsent auf den Internetplattformen Facebook, YouTube und Twitter. Die Webseite der AECR wird eingerahmt von einem dunkelblauen Löwen, dem Parteisymbol, und Portraitfotos des

⁴⁹ Bürger in Wut: <http://www.tuerkei-beitritt-nein.de/cms/>

⁵⁰ Zur Geschichte der ECR/AECR: European Conservatives and Reformists, Brief History of the ECR Group: http://ecrgroup.eu/?page_id=954

⁵¹ Europäisches Parlament, Grants from the European Parliament to political parties at European level 2004-2012, November 2012: http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant_amounts_parties_03-12-2012.pdf

britischen Premier David Cameron (CP.uk), des tschechischen Premier Petr Nečas (ODS.cz), des ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Kaczyński (PiS.pl) und der Schirmherrin der AEER, Margaret Thatcher (CP.uk).

In einer Broschüre⁵² bezeichnet sich die AEER als „*main organisation campaigning against deeper European federal and fiscal integration.*“ Die europäischen Institutionen würden eine „*drastic reform, through a reduction in budget and bureaucracy and the transfer of powers from Brussels back to the nation states*“ brauchen. Ziel der AEER sei die Verbreitung jener konservativen Werte, die in der Prague Declaration verankert seien (nicht zu verwechseln mit der in Kapitel 2.5 dieser Studie erwähnten *Prague Declaration on European Conscience and Communism*):

The Prague Declaration

Principles of the European Conservatives and Reformists Group

Conscious of the urgent need to reform the EU on the basis of Eurorealism, Openness, Accountability and Democracy, in a way that respects the sovereignty of our nations and concentrates on economic recovery, growth and competitiveness, the European Conservatives and Reformists Group shares the following principles:

1. Free enterprise, free and fair trade and competition, minimal regulation, lower taxation, and small government as the ultimate catalysts for individual freedom and personal and national prosperity.
2. Freedom of the individual, more personal responsibility and greater democratic accountability.
3. Sustainable, clean energy supply with an emphasis on energy security.
4. The importance of the family as the bedrock of society.
5. The sovereign integrity of the nation state, opposition to EU federalism and a renewed respect for true subsidiarity.
6. The overriding value of the transatlantic security relationship in a revitalised NATO, and support for young democracies across Europe.
7. Effectively controlled immigration and an end to abuse of asylum procedures.
8. Efficient and modern public services and sensitivity to the needs of both rural and urban communities.
9. An end to waste and excessive bureaucracy and a commitment to greater transparency and probity in the EU institutions and use of EU funds.
10. Respect and equitable treatment for all EU countries, new and old, large and small.

Mit dem Ziel der Verbreitung dieser Prinzipien habe die AEER seit 2009 viele Veranstaltungen organisiert. Die Europapartei wolle weiter wachsen, befinde sich im Dialog mit anderen Europaparteien und arbeite an internationalen Verbindungen, vor allem „*affiliations with the wider anglosphere*“. Außerdem sei man „*keen to promote free-market, western values in countries which might one day join the European Union*“; beispielsweise habe die AEER die demokratischen Oppositionen in Belarus und Serbien unterstützt. Enge Verbindungen pflegt die AEER mit der Republican Party in den USA. Im August 2012 besuchte eine Delegation die Republican National Convention in Tampa Bay/Florida, wo der ECR-Abgeordnete Daniel Hannan (CP.uk) in einer Rede vor dem kontinental-europäischen „*Sozialismus*“ warnte.⁵³ Abgeordnete der AEER nahmen auch an der Conservative Political Action Conference (CPAC) am 7. Februar 2012 in Washington, D.C. teil. Bei anderen transatlantischen Veranstaltungen der AEER ging es gegen europäische Föderalisten („*The New Global Challenge to European and American Conservatives: How Post-Democratic*

⁵² Alliance of European Conservatives and Reformists, Brochure:
http://www.aecr.eu/sites/default/files/public/AECR_brochure.pdf

⁵³ Ralph Z. Hallow, Euro conservatives warn of the temptations of socialism. In: Washington Times, 28.08.2012:
<http://www.washingtontimes.com/news/2012/aug/28/euro-conservatives-warn-temptations-socialism/>

Transnationalists Threaten Democratic Sovereignty and Liberty“, 15. Mai 2012) oder um die Bewahrung des Erbes Ronald Reagans („*The Liberty Conference 2011*“, 7. Februar 2011).⁵⁴ Die britische Conservative Party war vielfach dem Vorwurf ausgesetzt, mit der AECR den diskriminierenden oder geschichtsrevisionistischen Positionen europäischer Partnerparteien zu Legitimität zu verhelfen⁵⁵. Die mediale Kritik wurde mit homosexuellenfeindlichen Standpunkten von Abgeordneten der PiS oder der Teilnahme von Mitgliedern der Tēvzemei un Brīvībai/LNNK (TB/LNNK.lv) an Aufmärschen zu Ehren der lettischen Waffen-SS-Legion in Riga begründet. In der Öffentlichkeitsarbeit von AECR und ND werden rechte Positionen, die von den politischen Standpunkten der Conservative Party abweichen, allerdings bisher nicht transportiert.

Schirmherrin des parteieigenen Think Tanks ND ist ebenfalls Margaret Thatcher (CP.uk). Der Text, mit dem sie auf der Webseite von ND vorgestellt wird, gibt einen Einblick in Politik- und Gesellschaftsverständnis des nationalkonservativen Bündnisses: „*First, she re-established Britain's broken morale and international reputation after decades of failure and humiliation. After the Falklands victory, Britain was once again respected around the world. As the indomitable 'Iron Lady', she forged a partnership with President Reagan that brought about the end of the Soviet Union and its world-wide communist network and set Eastern Europe on the path of freedom. ¶ Second, she overcame systemic problems that had contributed to Britain's headlong economic decline and restored the country's dynamism, setting the course for a quarter century of increasing prosperity and success.*“⁵⁶ Der Vorstand des Think Tanks ND setzt sich aus den drei MdEP Geoffrey Van Orden (Präsident, CP.uk), Derk Jan Eppink (Vizepräsident, LD.be) und Tomasz Piotr Poręba (Vizepräsident, PiS.pl) zusammen. Auch verfügt ND über einen akademischen Rat. Darin vertreten ist etwa Professor Norman Stone, ein ehemaliger Berater von Margaret Thatchers, der zuletzt 2010 ein Buch mit dem Titel *The Atlantic and its Enemies* über den Kalten Krieg veröffentlichte. Darin, so wurde ihm etwa von DD Guttenplan in *The Guardian* vorgeworfen, verharmlose er die Pinochet-Diktatur und bediene bezüglich der kommunistischen Regimes in Ungarn und Rumänien antisemitische Klischees.⁵⁷ Ein weiterer Berater, Fritz Bolkestein, der ehemalige niederländische EU-Kommissar, wurde berühmt durch die von ihm forcierte und nach ihm benannte EU-Dienstleistungsrichtlinie: „*During this period he steered the Services Directive and gained the reputation as 'the Conservatives' Commissioner*“, heißt es auf der Webseite von ND. Als Ratgeber fungiert außerdem Giles Merrit, Journalist und Direktor der Security & Defence Agenda (SDA), einem Think Tank für Sicherheits- und Verteidigungsfragen, dessen Vizepräsidenten Jaap De Hoop Scheffer⁵⁸ und Javier Solana⁵⁹ heißen. Auch Vikram Sood, ehemaliger Chef des indischen Geheimdienstes, sowie Professor Zdzislaw Krasnodebski von der Cardinal Stefan Wyszyński Universität in Warschau sind als Berater tätig. ND hat zudem 26 Partner-Think-Tanks in ganz Europa, darunter auch das *Berlin Manhattan Institut* aus Deutschland.⁶⁰

Für die AECR-Parteien im EP gibt ND Studien in Auftrag und führt Veranstaltungen durch. Die Studien behandeln Themen wie die Währungsunion, Steuerbelastung, die Dienstleistungsrichtlinie oder Immigration. In einer Studie mit dem Titel „*Ending the Excess – Cutting the Costs of the European Parliament*“ (Oktober 2011) heißt es, „*Translation services could be slashed without pain*“ und „*EU propaganda is wasteful, misleading and should be cut*“. Eine weitere Studie behandelt das Thema „*The Tax Burden of Typical Workers in the EU 27*“⁶¹. Mit einer Arbeit, die der Hauptgeschäftsführer des Bundes der Deutschen Industrie

⁵⁴ Vgl. Alliance of European Conservatives and Reformists: Calendar: <http://www.aecr.eu/calendar>

⁵⁵ Rajeev Syal, Gay rights critic fights to lead David Cameron's allies in Europe. In: *The Guardian*, 17.02.2011: <http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/17/conservatives-eu-poland-allies-ryszard-legutko>

⁵⁶ New Direction, Patron and Board: <http://newdirectionfoundation.org/page/aboutus/patron-and-board/>

⁵⁷ DD Guttenplan, *The Atlantic and Its Enemies* by Norman Stone. In: *The Guardian*, 29.05.2010: <http://www.guardian.co.uk/books/2010/may/29/atlantic-enemies-norman-stone-review>

⁵⁸ NATO-Generalsekretär von 2004-2009

⁵⁹ NATO-Generalsekretär bis 1999 und 1999-2009 Hoher Vertreter für die GASP der EU

⁶⁰ New Direction Foundation, Partners List: <http://newdirectionfoundation.org/about-us/partner-think-tanks>

⁶¹ New Direction, Research, Economy and Finance, *The Tax Burden of Typical Workers in the EU 27*, 06.2011: <http://newdirectionfoundation.org/wp-content/uploads/2011/06/EUTaxFreedomDays2011.pdf>

(BDI) Markus Kerber für ND erstellt hat, schlägt der Think Tank die Einführung einer „Guldenmark“ anstelle des Euro für wirtschaftlich starke EU-Staaten vor.⁶² Aktiver noch als in der Herausgabe von Studien ist ND als Gastgeber von Veranstaltungen. Am 8. Dezember 2011 war beispielsweise Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des BDI, zu Gast und referierte über die Teilung der Euro-Zone und die Einführung eines „Northern Euro“, einer sogenannten Hartwährungsunion, welcher Deutschland, Österreich, die Niederlande und Finnland beitreten sollten⁶³. In einer weiteren Veranstaltung mit dem Titel „The Energy Conference 2011“ (15. März 2011) ging es um die Unterstützung für die Nuklearindustrie nach dem Unfall in einem Atomkraftwerk in Fukushima/Japan. Zur Konferenz wurde eine entsprechende Pressemitteilung herausgegeben: „Europe cannot give up on nuclear power but has to increase safety and convince the public“⁶⁴. Die AECR will mit Hilfe von ND auch die Europäische Bürgerinitiative (EBI) nutzen. So unterstützte sie eine am 8. Februar 2011 im EP verkündete „No EU Tax Campaign“⁶⁵, die sich gegen eigene EU-Steuern richtet.

Insofern kann argumentiert werden, dass es sich bei AECR und ND um ein von der Conservative Party dominiertes europäisches Projekt handelt, das folgende strategische Ziele verfolgt:

1. Bündnispolitik der Conservative Party, der ODS und der PiS mit kleineren nationalkonservativen Parteien zur Sicherung des Fraktionsstatus im EP unabhängig von der EVP;
2. Stärkung des nationalkonservativen Lagers an der Seite der britischen Conservative Party als antiföderale Alternative zur integrationsfreundlichen EU-Politik von EVP und PES/S+D;
3. Nutzung der europäischen Strukturen der AECR und des ND zur Verbreitung der Prinzipien der Prague Declaration;
4. Stärkung der transatlantischen Beziehungen mit der Republican Party der USA;
5. Erhalt der neoliberalen Small-Government-Ideologie aus der Zeit Reagans und Thatchers gegen kontinental-europäische Sozialpolitik;
6. Europäische Vertretung der Interessen von großen Industrieverbänden wie dem BDI, der europäischen Rüstungs- oder der Nuklearindustrie;
7. Nutzung der EU-Finanzmittel;

2.4 Turkey Assessment Group der EFD-Fraktion

Der Abgeordnete Morten Messerschmidt (DF.dk) war Initiator der von ihm so genannten *Turkey Assessment Group*⁶⁶ (TAG), die am 20. Mai 2010 ihre erste öffentliche Sitzung im EP durchführte und seitdem nach eigener Aussage versucht, alle zwei Monate zu tagen. Diskutiert wurden in der TAG Themen wie die Zypernfrage, Presse- und Meinungsfreiheit, Geschlechtergleichheit sowie die Beziehungen der Türkei zum Iran und zu Israel. Durch die Wahl des Titels der Konferenzreihe wurde der Anschein erweckt, es handle sich um eine offizielle Veranstaltung des EP, was nicht der Fall war. Mit dieser Strategie konnten etwa Personen wie der Botschafter Zyperns bei der EU, Andreas Mavroyiannis, die Journalisten Semih Idiz und Barçın Yinanç von den Zeitungen Milliyet und Hürriyet als Podiumsteilnehmer

⁶² New Direction, A new plan B for the eurozone: Guldenmark – A stability anchor, 13.06.2012: <http://newdirectionfoundation.org/content/new-plan-b-eurozone-guldenmark-stability-anchor>

⁶³ New Direction, Vortrag, Henkel: Split the Eurozone to save Europe, 08.12.2011: <http://newdirectionfoundation.org/henkel-split-the-eurozone-to-save-europe/>

⁶⁴ New Direction, Europe cannot give up on nuclear power but has to increase safety and convince the public, 16.03.2011: <http://newdirectionfoundation.org/europe-cannot-give-up-on-nuclear-power-but-has-to-increase-safety-and-convince-the-public/>

⁶⁵ No to EU Tax: <http://www.noeutax.com/>

⁶⁶ Turkey Assessment Group: <http://www.turkeyassessmentgroup.eu/index.php>

gewonnen werden. Der Journalist Robert Ellis, der offiziell als Berater der TAG fungierte, begleitete zeitweise die Ereignisse in der Presse, beispielsweise in der Rubrik *Comment is free* der Zeitung The Guardian. In seinem Autorenprofil auf der The-Guardian-Webseite wird Ellis geführt als „*adviser to the Turkey Assessment Group in the European Parliament*“⁶⁷, ohne Verweis auf Messerschmidt oder die EFD. Die TAG wurde auf der eigens entworfenen Webseite, die inzwischen offline ist, betont neutral als „*forum for debate, exchange of information and for presentations by experts on the Turkish issue*“ dargestellt. „*It is intended for parliamentarians from across the political spectrum and to provide a qualified insight into various aspects of the issue*“⁶⁸, hieß es dort. Nur ein kleiner Hinweis am Rande der TAG-Webseite machte die Verbindung zur EFD klar: „*The group's meetings are hosted by the EFD Group in the European Parliament, which otherwise exercises no control over the content of the meetings or the selection of speakers. Indeed, the intention is to provide a balanced but critical picture of current developments in Turkey, which will be of value to European policy makers*“⁶⁹. Auch Nick Griffin (BNP.uk) nahm nach eigener Aussage an Sitzungen der TAG teil.⁷⁰

Die TAG dient der EFD, dem Abgeordneten Messerschmidt und den teilnehmenden Akteuren aus dem rechten Spektrum dazu:

1. Unter dem Label des EP nach außen seriös zu erscheinen und hochrangige Konferenzteilnehmer zu werben;
2. als politische Experten in Fragen des Türkei-Beitritts zu erscheinen um die öffentliche Wirksamkeit von Aussagen gegen den Türkei-Beitritt und türkischstämmige Einwanderer zu erhöhen (vgl. auch Kapitel 4.2.4).

2.5 Reconciliation of European Histories Group (REHG)

Die Reconciliation of European Histories Group (REHG) ist eine inoffizielle Gruppe von Abgeordneten im EP, die sich am 6. Oktober 2010 gegründet hat. 33 ihrer 42 Mitglieder stammen aus der Fraktion der EVP, die meisten aus osteuropäischen EU-Staaten. Deutsche Vertreter sind der ehemalige Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering (CDU.de/EVP) sowie Bernd Posselt (CSU.de/EVP). Aus den anderen rechten Fraktionen sind nur einzelne Abgeordnete dabei, Bastiaan Belder (SGP.nl/EFD), Konrad Szymański (PiS.pl/ECR) und Marek Migalski (PjN.pl/ECR). Auch von den Grünen/EFA ist eine Abgeordnete, von der S&D zwei sowie von der ALDE drei Abgeordnete beteiligt. Den Vorsitz hat die lettische EVP-Abgeordnete Sandra Kalniete (PS.lv/EVP) inne. Auf der Webseite der REHG heißt es zu dem politischen Ziele der REHG, „*we face the challenge of including the experience of the post-communist nations into common narrative of the European History.*“ In der 6. Legislatur (2004 bis 2009) habe das EP bereits mehrere wichtige Beschlüsse gefasst. Ein „*Haus der europäischen Geschichte*“ soll eingerichtet werden (eine Initiative, die auf den ehemaligen EP-Präsidenten und das REHG-Mitglied Hans-Gert Pöttering zurückgeht⁷¹). Der 23. August soll zum „*European Day of Remembrance for Victims of Stalinism and Nazism*“ erklärt werden. Außerdem habe das EP mehrere Resolutionen angenommen, darunter eine „*on European Conscience and Totalitarianism.*“ Jetzt sei es wichtig „*to continue work on converging the views of all the Europe about the history of the 20th century.*“ Der Eiserne Vorhang habe „*50 years of our true history from the European history*“ ausgeschlossen. Die REHG strebe an „*to develop a common approach regarding crimes of totalitarian regimes,*

⁶⁷ The Guardian, Profil, Robert Ellis: <http://www.guardian.co.uk/profile/robert-ellis>

⁶⁸ Turkey Assessment Group: <http://www.turkeyassessmentgroup.eu/index.php>

⁶⁹ Turkey Assessment Group, About the Turkey assessment Group:
http://www.turkeyassessmentgroup.eu/about_the_turkey_assessment_group.php

⁷⁰ Griffin, Turkey Assessment group meeting, 29.09.2010 –
<http://www.nickgriffinmep.eu/content/turkey-assessment-group-meeting>

⁷¹ Europäisches Parlament, Haus der europäischen Geschichte: <http://www.europarl.europa.eu/visiting/de/historyhouse.html>

inter alia totalitarian communist regime of the USSR, to ensure continuity of the process of evaluation of totalitarian crimes and equal treatment and non-discrimination of victims of all totalitarian regimes.“ Der Umgang mit totalitären Verbrechen sei „*a complex and sensitive issue. Europeans and their neighbours have different ways of managing their historical memory and have to find yet their own way to achieve reconciliation with their past.*“ Die EU habe zwar „*limited powers to deal with these issues ‘from above.’*“ Sie könne den Prozess aber so weit wie möglich befördern „*by promoting discussions and by providing opportunities for mutual exchange.*“⁷²

Für die Konferenzen im EP trat bisher die EVP als veranstaltende Fraktion auf. Manche dieser Konferenzen beschäftigten sich ausschließlich mit den Verbrechen staatssozialistischer Regimes (beispielsweise ‘*The Endured European Dream of Bulgaria: 1944-1989*’ am 17. November 2010)⁷³, andere mit der Gleichsetzung der Verbrechen verschiedener staatssozialistischer Regimes mit der versuchten Auslöschung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Die öffentliche Anhörung „*What do Young Europeans know about Totalitarianisms*“ am 23. März 2011 begann etwa mit einer Session unter dem Titel „*Holocaust, Gulag, Katyn, Goli otok... - the dark side of our history*“⁷⁴. In den „*Conclusions*“ zur Konferenz heißt es: „*Double standards for the treatment of the victims of totalitarian regimes should not exist; such regimes should be evaluated on the same scale.*“ Dazu bedürfe es eines „*adjustment and overhaul of European history textbooks and curricula so that young generations could learn about totalitarian regimes.*“⁷⁵

Die Geschichte der REHG begann bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode. In einer Rede im Januar 2008 berichtete John Mann (La.uk), der Vorsitzende der All-Party Parliamentary Group Against Antisemitism⁷⁶ im britischen Unterhaus, von der Gründung einer Gruppe namens „*Common Europe—Common History*“ durch fünf MdEP am 22. Januar in Tallin/Estland. Der Grund des Treffens sei gewesen: „*[T]he need for an equal evaluation of history*“ in Bezug auf Nationalsozialismus und Kommunismus.⁷⁷ Bei den MdEP handelte es sich um den heutigen lettischen Außenminister Ģirts Valdis Kristovskis (PS.lv), Wojciech Rozzkowski aus Polen (PiS, damals UEN, nicht mehr im EP) sowie die drei heutigen REGH-Mitglieder Vytautas Landsbergis aus Litauen (TS.lt/EVP), Györgi Schöpflin aus Ungarn (Fi.hu/EVP) und Tunne Kelam aus Estland (IL.ee/EVP). Ein weiterer Grundstein des Projekts zur Politisierung und Vereinheitlichung der Geschichtsschreibung in Europa wurde am 3. Juni 2008 mit der sogenannten *Prague Declaration on European Conscience and Communism*⁷⁸ gelegt. In der Declaration heißt es, es habe „*substantial similarities between Nazism and Communism in terms of their horrific and appalling character and their crimes against humanity*“ gegeben. Es müsse ein „*principle of equal treatment and non-discrimination of victims of all the totalitarian regimes*“ eingeführt und der 23. August als „*the day of signing of the Hitler-Stalin Pact, known as the Molotov-Ribbentrop Pact, as a day of remembrance of the victims of both Nazi and Communist totalitarian regimes, in the same way Europe remembers the victims of the Holocaust on January 27th*“ etabliert werden.

⁷² Reconciliation of European Histories Group, About us: <http://eureconciliation.wordpress.com/about/>

⁷³ Reconciliation of European Histories Group, *The Endured European Dream of Bulgaria 1949-1989*, 17.11.2010: <http://eureconciliation.wordpress.com/2010/11/25/17-november-2010-there-will-be-a-panel-hearing-in-the-european-parliament-in-brussels-the-endured-european-dream-of-bulgaria-1949-1989/#more-344>

⁷⁴ Reconciliation of European Histories Group, Materials from the conference, held in the European Parliament, about education on totalitarianisms: <http://eureconciliation.wordpress.com/2011/04/05/march-29-in-the-european-parliament-there-will-be-a-conference-on-education-about-totalitarianisms/>

⁷⁵ Reconciliation of European Histories Group, Materials from the conference, held in the European Parliament, about education on totalitarianisms: <http://eureconciliation.wordpress.com/2011/04/05/march-29-in-the-european-parliament-there-will-be-a-conference-on-education-about-totalitarianisms/>

⁷⁶ PCAA Foundation, In Parliament: <http://www.antisemitism.org.uk/parliament>

⁷⁷ John Mann, Plenarrede im House of Commons UK, 31.01.2008: http://www.publications.parliament.uk/cgi-bin/newhtml_hl?DB=semukparl&STEMMER=en&WORDS=absurd&ALL=Absurd&ANY=&PHRASE=&CATEGORIES=&SIMPLE=&SPEAKER=&COLOUR=red&STYLE=s&ANCHOR=80131-0010.htm_spnw2&URL=/pa/cm200708/cmhansrd/cm080131/debtext/80131-0010.htm

⁷⁸ The International Commission for the Evaluation of the Crimes of the Nazi and Soviet Occupation Regimes in Lithuania, 03.06.2008, *Prague Declaration on European Conscience and Communism*: http://www.komisija.lt/download_file.php?id=154

Unterzeichner der Prague Declaration waren unter anderen der ehemalige tschechische Präsident Václav Havel und der ehemalige Leiter der deutschen Stasi-Unterlagen-Behörde und heutige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck, neben zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus osteuropäischen und baltischen Staaten. Am Ende der zurückliegenden Legislaturperiode, am 2. April 2009, nahm eine Mehrheit des EU-Parlaments auf der Grundlage der Prague Declaration einen Gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen EVP, UEN, ALDE und der Grünen/EFA an. In dem an die Prague Declaration angelehnten Text wird gefordert, den „23 August as a Europe-wide Day of Remembrance for the victims of all totalitarian and authoritarian regimes“ zu etablieren. Auch fordert die Resolution „the establishment of a Platform of European Memory and Conscience to provide support for networking and cooperation among national research institutes specialising in the subject of totalitarian history, and for the creation of a pan-European documentation centre/memorial for the victims of all totalitarian regimes“⁷⁹. Am 22. Dezember 2010 griff die EU-Kommission diesen geschichtspolitischen Ansatz auf und veröffentlichte einen Bericht an das Parlament und den Rat über „Maßnahmen zum Gedenken an die Verbrechen totalitärer Regime in Europa“⁸⁰. Sandra Kalniete schrieb dazu am 10. Mai 2011 in einer parlamentsöffentlichen Einladung zu einem Treffen der REHG, die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen gingen nicht weit genug: „While this report puts forward several quality suggestions on how the discrepancies which exist between the treatment of victims of totalitarian communism and those of Nazism can be addressed, it unfortunately presents no new commitments to be taken up by the European Union to alleviate these existing inequalities.“ In Prag unterzeichneten am 14. Oktober 2011 Vertreter mehrerer wissenschaftlicher Institute und Gedenkstätten die Gründungserklärung für eine *Platform of European Memory and Conscience*, in Anwesenheit der konservativen Premierminister Donald Tusk (PO.pl), Viktor Orbán (Fi.hu) und Petr Nečas (ODS.cz). In der Selbstbeschreibung des Projektes heißt es: „The Platform of European Memory and Conscience brings together institutions and organisations from the V4 and other EU countries active in research, documentation, awareness raising and education about the totalitarian regimes which befell the Visegrad region in the 20th century.“⁸¹ Am 7. Juni 2012 meldete die REHG auf ihrer Webseite, die Plattform strebe die Einrichtung eines „supranational court for international crimes committed by Communists“ an. Ein entsprechender Aufruf sei mit den Schlussfolgerungen der Konferenz „Legal Settlement of Communist Crimes“ am 5. Juni 2012 im EP verkündet worden.

An diesem, hauptsächlich von national-konservativen Politikerinnen und Politikern der EVP vorangetrieben Versuch, die Geschichtsschreibung in Europa totalitarismustheoretisch zu vereinheitlichen, wurde vielfach Kritik geübt. Dovid Katz aus Litauen, Dozent für Jiddische Sprache, Literatur und Kultur, erklärte, es gebe seit Anfang 1990 Versuche osteuropäischer und baltischer Regierungen, unter der Chiffre „Doppelgenozid“ die Verstrickung von Teilen der eigenen Bevölkerung in die Ermordung europäischer Juden erinnerungspolitisch zu tilgen.⁸² Die heutige Vorsitzende der REHG, Sandra Kalniete, wurde etwa im Jahr 2005 für Teile eines Buches über die Deportationsgeschichte ihrer Familie kritisiert. Diese wurde 1941, wie zehntausende andere Menschen aus den baltischen Staaten, von den sowjetischen Besatzern in sowjetische GULAGs verschleppt. Vorgeworfen wurde der Politikerin, etwa von dem Historiker Michael Wolffsohn, ihr Buch enthalte eine „beinahe provokative oder unbelehrbare Schönfärberei lettischer Kollaboration mit der deutschen Besatzung beim Holocaust“⁸³. Die Association of Lithuanian Jews in Israel veröffentlichte eine Erklärung anlässlich der Prague Declaration, mit der sie davor warnt, die Beteiligung

⁷⁹ European Parliament, Resolution P6_TA(2009)0213, 02.04.2011:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:137E:0025:0027:EN:PDF>

⁸⁰ EU-Kommission, Bericht KOM(2010) 783 endgültig, 22.12.2010, Maßnahmen zum Gedenken an die Verbrechen totalitärer Regime in Europa: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0783:FIN:DE:PDF>

⁸¹ Platform of European Memory and Conscience, About the project: <http://www.memoryandconscience.eu/about-the-platform/>

⁸² Vgl. etwa: The Guardian, Artikel von Dovid Katz, 08.01.2010, Halting Holocaust obfuscation:

<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jan/08/holocaust-baltic-lithuania-latvia/print>

⁸³ Die Welt, Artikel von Michael Wolffsohn, 16.04.2005, Keine Gesellen, nirgends - Sandra Kalniete schreibt über das düstere Schicksal ihrer Familie und wäscht Lettland rein: http://www.welt.de/print-welt/article664155/Keine_Gesellen_nirgends.html

von „*thousands of local murderers*“ am Holocaust mit einer Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus zu verschleiern: *„We appeal to the European Parliament to reject and discard the Prague Declaration and any and all similar proposals and declarations. These efforts represent attempts to cover up the Holocaust by imposition of an artificial equivalence and symmetry between the Nazi-Lithuanian genocide and the crimes committed by the Soviet Union. They are being promulgated by those who would distort history rather than face historic truth.“*⁸⁴ John Mann (La.uk) bezeichnet den totalitarismustheoretischen Ansatz als *„just a traditional form of prejudice, rewritten in a modern context. In essence, it is trying to equate communism and Judaism as one conspiracy and rewrite history from a nationalist point of view.“*⁸⁵ Der Präsident des Internationalen Sachsenhausen-Komitees, der Franzose Roger Bordage, kritisierte im November 2011, *„dass es Bemühungen gibt, durch Beschlüsse von Parlamenten und Regierungen ein einheitliches europäisches Gedächtnis zu erzwingen. Wir wenden uns gegen jegliche Gleichsetzung und jeglichen Zwang zur Vereinheitlichung der unterschiedlichen Erinnerungen. Deshalb lehnen wir die Einführung eines übergreifenden ‚Gedentages für die Opfer aller totalitären und autoritären Diktaturen‘ entschieden ab. Insbesondere lehnen wir den 23. August, den Tag des Hitler-Stalin-Paktes, als möglichen Gedenktag, wie ihn das EU-Parlament im April 2009 beschlossen hat, ab.“* Es sei selbstverständlich, dass *„die Millionen Opfer des stalinistischen Terrors ebenso wie die Opfer anderer staatlicher Verbrechen in gleichem Maße ein Anrecht auf Gedenken und Erinnerung haben wie die NS-Opfer“*. Bordage warnte jedoch: *„Durch den geplanten Gedenktag für die ‚Opfer des Totalitarismus‘ aber werden historische Ereignisse aus ihren Zusammenhängen gerissen, Ursachen und Wirkungen miteinander vermischt. Ein solcher Gedenktag führt die unterschiedlichen Erinnerungen an Krieg und Terrorherrschaft nicht im Dialog zusammen. Er vertieft vielmehr Gegensätze, reißt alte Wunden wieder auf und führt zu neuen Auseinandersetzungen und Konfrontationen.“*⁸⁶ Dies konnte beobachtet werden bei dem Gedenkmarsch für die lettische Legion der Waffen-SS in Riga am 16. März 2012, als ein Kranz der jüdischen Gemeinde Rigas zum Gedenken an die Opfer des Holocaust in Lettland von den Organisatoren des Gedenkmarsches zerstört wurde⁸⁷. Efraim Zuroff vom Simon Wiesenthal Center Jerusalem, der sich in der *„Operation Last Chance“* insbesondere auf das Aufspüren osteuropäischer und baltischer Nazi-Kollaborateure konzentriert, kritisierte das groß angelegte Geschichtsprojekt in einem Artikel unter der Überschrift *„A threat to Holocaust memory“* mit dem Verweis auf *„the hidden motives behind the Prague Declaration“*. Wenn es das Ziel wäre, so Zuroff *„to merely gain official recognition for communist crimes and international empathy for its victims, both important and legitimate goals, we could support the Prague Declaration without any reservations. By seeking equivalency with Holocaust crimes, however, it becomes clear that among its primary motivations is to help the countries of Eastern Europe deny, relativize and/or minimize their sins of collaboration with the Nazis in Holocaust crimes and change their status and image from that of perpetrator nations to nations of victims.“*⁸⁸ Dr. Shimon Samuels, Simon Wiesenthal Center, warnte bei einer OSZE-Menschenrechtskonferenz im Oktober 2009, es handle sich um *„a Project to Delete the Holocaust from European History“*: *„State-sponsored Commissions (known informally as 'red-brown committees') seek to 'equalize' Nazi and Soviet crimes in addressing Western Europe, while at home, in each of these countries'*

⁸⁴ Association of Lithuanian Jews in Israel, Erklärung, Prague declaration – a distortion of truth: http://www.lithuanianjews.org.il/HTMLs/article_list4.aspx?C2014=14500&BSP=13973&BSS59=13971

⁸⁵ John Mann, Plenarrede im House of Commons UK, 31.01.2008: http://www.publications.parliament.uk/cgi-bin/newhtml_hl?DB=semukparl&STEMMER=en&WORDS=absurd&ALL=Absurd&ANY=&PHRASE=&CATEGORIES=&SIMPLE=&SPEAKER=&COLOUR=red&STYLE=s&ANCHOR=80131-0010.htm_spnew2&URL=/pa/cm200708/cmhansrd/cm080131/debtext/80131-0010.htm

⁸⁶ Jüdische Allgemeine, Kommentar von Roger Bordage, 24.11.2011, „Opfer ist nicht gleich Opfer“: <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/11726/highlight/totalitarismus>

⁸⁷ Reinhard Wolff, Holocaust-Gedenken in Lettland sabotiert: „Unglaublich, dass so etwas passiert“. Die Organisatoren des SS-Marsches in Riga zerstören den Kranz von Vertretern der jüdischen Gemeinde. Die Polizei schaut zunächst tatenlos zu. 20.03.2012: <http://www.taz.de/189974/>

⁸⁸ Jerusalem Post, Artikel von Efraim Zuroff, 27.08.2010, Right of Reply: A threat to Holocaust memory: <http://www.jpost.com/Opinion/Columnists/Article.aspx?id=186060>

*museums, a different tale is told: a bogus account of overwhelming Jewish complicity in Soviet rule, the glossing over of local participation in the killings, and increasingly efforts to tarnish Holocaust victims, survivors and resistance fighters with antisemitic stereotypes of 'Jewish Bolshevik conspiracies'. The state-sponsored 'Genocide Museum' in central Vilnius, for example, has almost deleted the Holocaust while permanently exhibiting antisemitic materials. The State Museum of the Occupation in Riga iconizes the Latvian battalion of Nazi volunteer auxiliaries responsible for mass murder of their Jewish neighbours*⁸⁹.

Die politischen Strategien und Ziele der REHG und ihrer (national-) konservativen Partner in Osteuropa sowie mögliche Folgen dieses gesellschaftspolitischen Projektes können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Einbeziehung osteuropäischer Geschichte in einen (west-) europäischen Geschichtsnarrativ;
2. Aufarbeitung der Verbrechen staatssozialistischer Regime und Förderung des Gedenkens an das Leiden der Menschen, die politischer Verfolgung ausgesetzt waren;
3. Etablierung des politischen Totalitarismus-Konzeptes (Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus) als gesamteuropäisches geschichtspolitisches Paradigma durch die Überarbeitung europäischer Geschichtsbücher und Lehrpläne sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Gedenktages am 23. August (Tag des Molotow-Ribbentrop-Paktes 1939) zur Vereinheitlichung des Gedenkens an die Opfer von totalitären Regimes;
4. Einflussnahme auf das geschichtspolitische Projekt „House of European History“;
5. Legitimierung (national-) konservativer Geschichtsnarrative vor allem in den parlamentarischen Demokratien Osteuropas, des Baltikums und Deutschlands;
6. Bagatellisierung oder Ausblendung der Verstrickung osteuropäischer und baltischer Kollaborateure im deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa und bei der von Deutschland betriebenen Vernichtung der europäischen Juden;
7. Ausblendung des jüdischen Leidens, das durch Kollaborateure in der Vergangenheit mit verursacht oder durch den Kampf an der Seite der Deutschen verlängert wurde sowie daraus erwachsende Reproduktion antisemitischer Ressentiments vor allem bei jungen Menschen.

⁸⁹ Simon Wiesenthal Center, Bericht Dr Shimon Samuels, 05.10.2009, Wiesenthal Centre To OSCE Human Rights Conference 'Prague Declaration' is "A Project to Delete the Holocaust from European History": <http://www.wiesenthal.com/site/apps/nlnet/content2.aspx?c=IsKWLbPJLnF&b=4441467&ct=7548759>

Kapitel 3

Einbindung rechter Abgeordneter in die parlamentarischen Prozesse des EP

3.1 Die Einbindung der NI-Rechten in die parlamentarischen Prozesse des EP

Im EP gibt es keine konsequente Abgrenzungspolitik gegenüber Parteien und Politikern der extremen Rechten, wie sie etwa aus den Landtagen der deutschen Bundesländer Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns bekannt ist. Dort gibt es einen Konsens zwischen den demokratischen Parteien, der NPD – im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten – so wenig Raum wie möglich zur Verbreitung ihrer Ideologie zu geben.⁹⁰ Zwar konnten die Abgeordneten aus dem rechtsradikalen NI-Spektrum keine bedeutende Aktivität innerhalb des EP entfalten und sind weitgehend marginalisiert. Doch vereinzelt wurden NI-Abgeordnete immer wieder eingebunden: Die Abgeordneten Slavi Binev und Dimitar Stoyanov (seinerzeit At.bg) sowie Philip Claeys (VB.be) fungierten bereits mehrfach als Berichterstatter des EU-Parlaments für Initiativ-Berichte und Stellungnahmen. Im Ausschuss für Wirtschaft und Währung war Slavi Binev Berichterstatter zur „*Echtheitsprüfung von Euromünzen*“⁹¹. Dimitar Stoyanov erhielt zweimal den Zuschlag für Stellungnahmen im Rechtsausschuss, einmal zu „*Befugnissen der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde*“⁹² sowie zur „*Richtlinie für Einlagensicherungssysteme*“⁹³. Philip Claeys (VB.be), Krisztina Morvai (Jo.hu) und Andreas Mölzer (FPÖ.at) reichten gemeinsam mit der österreichischen EVP-Politikerin Elisabeth Köstinger (ÖVP.at) einen Entschließungsantrag ein.⁹⁴ Gigi Becali, ins EP gewählt auf der Liste der Partidul România Mare, gab 2010 eine Schriftliche Erklärung zur „*Bekämpfung der Entwaldung*“⁹⁵ ab, gemeinsam mit Abgeordneten der S&D, der EVP und der Grünen/EFA. Slavi Binev (seinerzeit At.bg, jetzt parteilos/EFD) war Einreicher einer Schriftlichen Erklärung zum Thema „*Schach in der Schule*“⁹⁶, gemeinsam mit den Abgeordneten John Attard-Montalto (S&D), Nirj Deva (CP.uk/ECR), Mario Mauro (EVP) und Hannu Takkula (ALDE). Die Abgeordneten der fraktionslosen Rechten werden immer wieder in Entschließungsanträge von Abgeordneten der EFD-Fraktion eingebunden.

Auch die Linksfraktion GUE/NGL ist zuweilen das Ziel von Annäherungsversuchen der rechten EU-Gegner im EP. Andrew Brons erklärte beispielsweise die Zustimmung der BNP zu einem Antrag der GUE/NGL gegen die Ernennung der zweiten Kommission unter dem Präsidenten Barroso (2010 bis 2014). Die BNP teile manche der linken „*Kritikpunkte an der EU*“, habe aber vermutlich eine „*ganz andere Ansicht dazu, was die EU ersetzen sollte.*“ Unterstützenswert sei jedoch „*die Ablehnung neoliberaler Wirtschaftspolitik; die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit (obwohl wir vielleicht diese anders definieren); und die Kritik an den Ausflüchten, der Inkohärenz und den ungenügenden Antworten einiger*

⁹⁰ Till Kahnt, Demokratische Parteien: Gemeinsam gegen die NPD? 11.02.2009: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/demokratische-parteien-npd>

⁹¹ Binev, Ausschuss für Wirtschaft und Währung, 28.06.2010, BERICHT über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Echtheitsprüfung von Euro-Münzen und zur Behandlung von nicht für den Umlauf geeigneten Euro-Münzen

⁹² Stoyanov, Rechtsausschuss, 27.06.2011 STELLUNGNAHME zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2003/71/EG und 2009/138/EG im Hinblick auf die Befugnisse der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde

⁹³ Stoyanov, Rechtsausschuss, 23.03.2011 STELLUNGNAHME zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Einlagensicherungssysteme (Neufassung)

⁹⁴ Claeys, Mölzer, Morvai, Köstinger, Werthmann, 05.04.2011, Entschließungsantrag zur umfassenden Gefährdung durch Kernkraftwerke in erdbebengefährdeten Gebieten oder tektonisch labilen Zonen

⁹⁵ Becali et al., Schriftliche Erklärung, 15.10.2010, Bemühungen der Union zur Bekämpfung der Entwaldung

⁹⁶ Binev et al., Schriftliche Erklärung, 15.03.2012, Einführung des Programms „Schach in der Schule“ in den Bildungssystemen der EU

Kommissare.“ Die BNP stimme „gerne mit jedem ab, dessen Vorschläge wir teilen“⁹⁷, so Brons.

3.2 Einbindung der EFD in die parlamentarischen Prozesse des EP

Die EFD-Fraktion ist weitgehend normaler Bestandteil der parlamentarischen Abläufe. Sie wird regelmäßig in gemeinsame Entschließungsanträge (Kompromissanträge) aller Fraktionen, die in den Straßburger Plenarwochen hauptsächlich zu aktuellen außenpolitischen Anlässen verabschiedet werden, eingebunden. Die EFD stellt als einzige Fraktion keinen Ausschussvorsitzenden, jedoch zwei Stellvertretende Vorsitzende, Lorenzo Fontana (LN.it) im Ausschuss für Kultur und Bildung⁹⁸ und Fiorello Provera (LN.it) im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten⁹⁹. Bastiaan Belder (SGP.nl) ist Vorsitzender der Delegation des EP für die Beziehungen mit Israel¹⁰⁰. Wie alle anderen Fraktionen bekommen EFD-Mitglieder in den Ausschüssen, in denen sie arbeiten, Berichte und Stellungnahmen zugeteilt. Die Vergabe der Dossiers in den Ausschüssen richtet sich grundsätzlich nach der Stärke der Fraktionen¹⁰¹. Bastiaan Belder (SGP.nl) fungierte etwa 2011 als Berichterstatter des EP zur *Vorgehensweise gegenüber dem Iran*.

3.3 Einbindung der ECR in die parlamentarischen Prozesse des EP

Die ECR gehört zu den anerkannten demokratischen Fraktionen im EP und ist somit regelmäßig in gemeinsame Entschließungsanträge aller Fraktionen eingebunden. Die ECR stellt mit Malcolm Harbour (CP.uk) den Präsidenten des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie sechs Vizepräsidenten in weiteren Ausschüssen.¹⁰² ECR-Mitglieder fungieren regelmäßig, entsprechend der Fraktionsstärke, als Berichterstatter des EP.

⁹⁷ Brons, Plenardebatten, 09.02.2010, Kommission Baroso II - Abstimmung

⁹⁸ Europäisches Parlament, Ausschuss für Kultur und Bildung, Mitglieder:
<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/cult/members.html#menuzone>

⁹⁹ Europäisches Parlament, Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Mitglieder:
<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/afet/members.html#menuzone>

¹⁰⁰ Europäisches Parlament, Delegationen, Israel:
<http://www.europarl.europa.eu/delegations/de/d-il/home.html?jsessionid=906F0F6FAAECDCCEB836504420A2F5ED.node1>

¹⁰¹ Das genaue Vergabesystem für Berichte und Stellungnahmen an die Fraktionen, die ihrerseits dann den jeweiligen Berichterstatter bestimmen, legt jeder Ausschuss intern fest.

¹⁰² European Conservatives and Reformists Group, ECR GROUP MEMBERS COMMITTEES, 11.04.2012:
<http://ecrgroup.eu/wp-content/uploads/2011/02/Committees-Full-Subs-MEPs-APRIL-2012.pdf>

Kapitel 4

Inhaltliche Arbeit und Kooperation rechter Abgeordneter im EP

Die Abbildung 3 zeigt die Stärke und nationale Zusammensetzung der Fraktionen. Durch das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages wurde die Anzahl der Abgeordneten im Laufe des Dezembers 2011 von 736 auf 753 erhöht. Ab der nächsten Legislatur wird die Zahl der Abgeordneten 750 plus den Parlamentspräsidenten betragen.

Abbildung 3: Europäisches Parlament: Mitglieder je Mitgliedstaat und Fraktion – 7. Wahlperiode¹⁰³

									insgesamt
	5	5	5	4	1	1		1	22
	7	4	5			1		1	18
	2	7			9		4		22
	1	4	3	2	1	1	1		13
	42	23	12	14			8		99
	1	1	3	1					6
	4	3	4				1		12
	7	8	1	1		2	3		22
	25	23	2	2			1	1	54
	30	13	6	16		1	5	3	74
	34	23	5		1	10			73
	2	2					2		6
	4	1	1	1	1		1		9
	4	3	2		1	2			12
	3	1	1	1					6
	14	4			1			3	22
	2	4							6
	5	3	6	3	1	1	2	5	26
	6	5	1	2				5	19
	29	7			11	4			51
	10	7		1			4		22
	14	11	5					2	32
	4	2	2						8
	6	5	1			1			13
	4	2	4	2		1			13
	5	6	4	4			1		20
		13	12	5	26	11	1	5	73
insgesamt									insgesamt
	270	190	85	59	53	36	34	26	753

Quelle: Europäisches Parlament.

¹⁰³ Europäisches Parlament. Mitglieder je Mitgliedstaat und Fraktion // 7. Wahlperiode (Stand: 9.1. 2013): <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/search.html>

Die Abbildung 4, eine Tabelle von Votewatch, zeigt, wie übereinstimmend Abgeordnete innerhalb einer Fraktion in den verschiedenen Politikfeldern abstimmten. Die Darstellung bezieht in der Gruppe der NI-Abgeordnete auch jene mit ein, die nicht dem rechten Parteienspektrum zuzuordnen sind. Aus den Werten der EFD lässt sich auf eine breite Heterogenität der politischen Positionen innerhalb der Fraktion und geringe Gruppenkohäsion schließen. Die größten Übereinstimmungen (knapp über 0.50) lagen in den Bereichen Haushalt und Haushaltskontrolle sowie Inneres und Außenpolitik. In der ECR lag die Übereinstimmung in beinahe allen Politikfeldern zwischen 0.80 und 0.90.

Abbildung 4: European Party Groups Cohesion Rates - 14.07.2009 bis 14.07.2011¹⁰⁴

“Cohesion measures the extent in which the members of a European Party Group vote as a block or not. The highest the score, the more cohesive a European Group is.”

Politikfeld	ALDE	Grüne	GUE/ NGL	NI	ECR	EFD	S&D	EPP
Zusammenhang Anteil insgesamt	0.90	0.95	0.82	0.41	0.86	0.49	0.93	0.93
Landwirtschaft	0.82	0.93	0.82	0.42	0.80	0.46	0.80	0.85
Haushalt	0.83	0.94	0.73	0.47	0.80	0.51	0.92	0.95
Haushaltskontrolle	0.97	0.96	0.82	0.50	0.85	0.55	0.95	0.97
Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	0.91	0.97	0.88	0.49	0.89	0.56	0.96	0.96
Konstitutionelle Fragen	0.93	0.93	0.67	0.48	0.93	0.43	0.96	0.97
Kultur und Bildung	0.95	0.98	0.62	0.40	0.77	0.46	0.99	0.98
Entwicklung	0.90	0.98	0.83	0.33	0.85	0.53	0.97	0.89
Wirtschaft und Währung	0.92	0.90	0.81	0.39	0.83	0.43	0.94	0.96
Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	0.92	0.95	0.86	0.41	0.84	0.52	0.95	0.91
Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit	0.85	0.97	0.88	0.37	0.86	0.48	0.91	0.89
Fischerei	0.90	0.94	0.84	0.40	0.82	0.41	0.87	0.95
Auswärtige Angelegenheiten	0.94	0.94	0.83	0.41	0.89	0.56	0.94	0.95
Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter	0.87	0.96	0.94	0.38	0.79	0.39	0.97	0.74
Industrie, Forschung und Energie	0.87	0.96	0.71	0.32	0.93	0.46	0.85	0.93
Binnenmarkt und Verbraucherschutz	0.95	0.95	0.76	0.41	0.96	0.37	0.96	0.96
Geschäftsordnung des Parlaments	0.66	0.84	0.55	0.51	0.78	0.89	0.84	0.82
Internationaler Handel	0.92	0.97	0.86	0.35	0.94	0.47	0.94	0.95
Recht	0.83	0.95	0.88	0.36	0.92	0.48	0.90	0.97
Regionale Entwicklung	0.97	0.96	0.79	0.32	0.69	0.47	0.98	0.96
Verkehr / Fremdenverkehr	0.93	0.95	0.84	0.31	0.85	0.48	0.92	0.96

Quelle: Votewatch.eu

¹⁰⁴ Votewatch.eu, European Party Groups Cohesion Rates (graphische Bearbeitung und Hervorhebung T.J): http://www.votewatch.eu/cx_european_party_groups.php

4.1 Die fraktionslose politische Rechte im EP (NI)

Die derzeit 21 fraktionslosen Abgeordneten (NI) des Europäischen Parlaments, die sich dem rechten politischen Spektrum zuordnen lassen, kommen aus acht Mitgliedsstaaten und neun Parteien:

Front National (Frankreich)	Bruno Gollnisch, Jean-Marie Le Pen, Marine Le Pen
British National Party (Vereinigtes Königreich)	Andrew H.W. Brons, Nick Griffin
Vlaams Belang (Belgien)	Philip Clayes, Frank Vanhecke (bis November 2011 ¹⁰⁵)
Freiheitliche Partei Österreichs (Österreich)	Andreas Mölzer, Franz Obermayr
Jobbik (Ungarn)	Béla Kovács, Krisztina Morvai, Csanád Szegedi
Ataka (Bulgarien)	Slavi Binev (im Oktober 2012 parteilos in die EFD gewechselt), Dimitar Stoyanov (im November 2011 aus Ataka ausgeschlossen)
Partidul România Mare (Rumänien)	Corneliu Vadim Tudor, George Becali
Partij voor de Vrijheid (Niederlande)	Lucas Hartong, Barry Madlener, Laurence J.A.J. Stassen, Auke Zijlstra
United Kingdom Independence Party ¹⁰⁶ (Vereinigtes Königreich)	Trevor Colman, Nicole Sinclair, Mike Nattrass (seit Dezember 2012 wieder UKIP)
Bündnis Zukunft Österreich (Österreich)	Ewald Stadler (seit Dezember 2011)

Die Delegation der bulgarischen Partei Ataka hat sich inzwischen aufgelöst. Slavi Binev schloss sich als parteiloser Abgeordneter der EFD an¹⁰⁷. Dimitar Stoyanov (NDP.bg) forderte seinen Stiefvater, den Parteivorsitzenden Atakas Volen Siderov, auf, den Parteivorsitz wegen der schlechten Wahlergebnisse 2011 abzugeben. Daraufhin wurde er der Partei verwiesen¹⁰⁸, gründete die Nationaldemokratische Partei Bulgariens¹⁰⁹ und fungierte weiter als NI-Abgeordneter. Ewald Stadler (BZÖ.at) vom Bündnis Zukunft Österreich wurde am 11.

¹⁰⁵ Frank Vanhecke, ehemaliger Vorsitzender von Vlaams Belang, verließ die Partei und schloss sich Anfang November 2011 als parteiloser Abgeordneter der EFD an.

¹⁰⁶ Die drei NI-Abgeordneten der UKIP waren ursprünglich Teil der Fraktion EFD und traten im Laufe der Legislaturperiode nacheinander aus, während der größere Teil der UKIP weiterhin die Fraktion dominiert, deren Präsident der UKIP-Vorsitzende Nigel Farage ist.

¹⁰⁷ EFD, The EFD Group welcomes two new Members!, 13.12.2012: http://www.efdgroupp.eu/newsroom/news-in-brief/item/the-efd-group-welcomes-two-new-members.html?category_id=257

¹⁰⁸ The Sofia Echo, Artikel, 20.11.2011, Ataka leader's stepson expelled from party after saying Siderov should quit as leader http://sofiaecho.com/2011/11/20/1208024_ataka-leaders-stepson-expelled-from-party-after-saying-siderov-should-quit-as-leader#

¹⁰⁹ Novinite – Sofia News Agency, Bulgaria: Bulgarian MEP Stoyanov Founds New Nationalist Party, 25.03.2012: http://www.novinite.com/view_news.php?id=137861

Dezember 2011 im Rahmen des Nachrückverfahrens fraktionsloses MdEP und konnte für diese Studie nicht mehr berücksichtigt werden.

Gleich zur Eröffnungsansprache des Präsidenten des Europäischen Parlaments am 15. September 2009 erklärte Bruno Gollnisch vom französischen Front National, dass die Mitgliedsparteien der ehemaligen Rechtsfraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS), welche sich im Jahr 2007 gründete und wieder auflöste, auch weiterhin ein enges politisches Bündnis pflegten: *„Als fraktionsloses Mitglied spreche ich natürlich in meinem eigenen Namen, aber auch im Namen einiger meiner Kolleginnen und Kollegen, nicht meiner niederländischen Kollegen von der PVV, sondern meiner Kollegen vom Front National, von der bulgarischen Ataka-Partei, von der österreichischen FPÖ, von der British National Party, von der ungarischen Jobbik-Partei und von der flämischen Vlaams-Belang-Partei“*. Diese Parteien stünden, so Gollnisch, für *„gleiche Würde“* der europäischen *„Nationen, und Achtung für ihre Rechtsprechung und für den Grundsatz der Nichteinmischung, was bedeutet, dass jeder für seine eigenen Angelegenheiten und auf seinem eigenen Territorium verantwortlich ist.“*¹¹⁰

Die niederländische Partij voor de Vrijheid, bis zu den Wahlen 2012 dem Selbstverständnis nach niederländische Regierungspartei, grenzt sich nach außen hin gegen die traditionellen ITS-Parteien ab. Zwar gibt es zentrale ideologische Gemeinsamkeiten, etwa was die Ablehnung des europäischen Föderalismus, das Thema Einwanderung, die behauptete Bedrohung durch *„den Islam“* und einen EU-Beitritt der Türkei betrifft. Doch wird wirtschaftspolitisch ein auf Freihandel beruhender, sozialdarwinistischer nationaler Liberalismus gepflegt, während die ehemaligen ITS-Parteien eher für national-sozialen Protektionismus stehen. Außerdem wird der Nah-Ost-Konflikt in einander ausschließender Weise gedeutet. Während für die antisemitische Jobbik Israel ein Stellvertreter für das Weltjudentum und den US-Imperialismus ist, gilt es der PVV als westlicher Frontstaat gegen den Islam. Insgesamt handelt es sich bei den fraktionslosen NI-Abgeordneten vorwiegend Vertreterinnen und Vertreter um derjenigen Parteien, die den meisten Akteuren in der EFD zu *„extrem“* sind.

Spannungen und Streit zwischen den Fraktionslosen, etwa zwischen der ungarischen Jobbik und der rumänischen Partidul România Mare, beruhen auf aggressiv ausgetragenen Minderheitenkonflikten und Grenzstreitigkeiten; verbale Scharmützel werden bis ins EU-Parlament hineingetragen¹¹¹. Im Jahr 2007 war die die ITS-Fraktion zerbrochen, weil die Enkelin von Benito Mussolini, Alessandra Mussolini (damals Azione Sociale, heute für Berlusconi PDL.it im italienischen Parlament), den rumänischen Einwanderern in Italien einen *„kriminellen Lebensstil“* vorgeworfen hatte. Daraufhin verließen die fünf Abgeordneten der Partidul România Mare die Fraktion. Einen erneuten fraktionellen Zusammenschluss der radikalen Rechten wird es in der laufenden Legislaturperiode aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geben. Die Zahl der Abgeordneten reicht nicht aus, um Fraktionsstatus zu erlangen. Gleichwohl existieren viele Kontakte aus dem rechten NI-Spektrum in die EFD-Fraktion, auch durch gemeinsame Arbeit in der Europapartei EAF (vgl. Kapitel 2.2).

4.1.1 Das Verhältnis der fraktionslosen rechten Parteien zur Europäischen Integration

Die Ablehnung der EU ist eines der wichtigsten gemeinsamen politischen Themen der NI-Rechten. Die EU wird als *„Eurokratie“*, *„Superstaat“* oder *„Diktatur“* bezeichnet und für verschiedene negativ bewertete politische Entwicklungen verantwortlich gemacht. Für die Parteien, die in der AENM organisiert sind, sind das vor allem die wirtschaftliche Globalisierung unter der *„Herrschaft der globalen Finanzmärkte“* und die Auflösung

¹¹⁰ Gollnisch, Plenardebatten, 15.09.2009, Eröffnungsansprache des Präsidenten des Parlaments

¹¹¹ So gab der ungarische Nationalsozialist Csanád Szegedi (Jobbik) am 3. Februar 2011 folgende Stimmerklärung ab: *„Ich möchte, dass im Protokoll festgehalten wird, dass der rumänische Politiker, Herr Becali, während der vergangenen Abstimmungen bei der Stimmabgabe nicht anwesend war, aber das wird auf den Videoaufzeichnungen zu sehen sein. Dennoch hat sein Assistent oder Sekretär hier mit Herrn Becalis Abgeordnetenkarte abgestimmt. Herr Präsident, ich möchte Sie fragen, ob dies den Regeln entspricht und wenn nicht, mit welcher Strafe der rumänische Politiker rechnen kann, dass sein Assistent an seiner Stelle abstimmt.“*¹¹¹

ethnischer und völkischer Konzepte von Gemeinschaft. Bruno Gollnisch (FN.fr) erklärte etwa im September 2009 in einer Plenarrede, *„dass das Vermögen und die Arbeitsplätze von Millionen von Europäern durch die perversen Auswirkungen der Globalisierung bedroht sind, die sie zu Gunsten Weniger dem unfairen Wettbewerb durch Länder, deren Arbeitnehmer skrupellos ausgebeutet werden, und der Habgier staatenloser finanzieller Interessen überlässt“*. Die EU habe *„die Europäer bedauerlicherweise nicht vor dieser Situation geschützt“*, sondern *„dort hineingestürzt.“*¹¹² Nick Griffin (BNP.uk) spielte in mehreren parlamentarischen Anfragen darauf an, die Kommission sei von *„Marxisten“*¹¹³ unterwandert und Teil einer internationalen Verschwörung (*„Bilderbergkonferenz“*¹¹⁴, *„David Rockefeller“*¹¹⁵). Ziel der Kommission sei es, so unterstellt er, eine *„Balkanisierung und allmähliche Auslöschung der Nationalstaaten Europas durch die Auferlegung des Multikulturalismus“*¹¹⁶ zu erreichen, der *„mit einer Verwässerung der Kultur, des Erbes und der Identität der einheimischen Völker jeder einzelnen europäischen Nation verbunden“*¹¹⁷ sei. Die ungarische Partei Jobbik fordert den Austritt Ungarns aus der EU, über die der Parteichef Gabor Vona sagt, sie würde die *„Ungarn kolonisieren und versklaven“*¹¹⁸. Im Januar 2012 verbrannte die Partei öffentlich und medienwirksam eine EU-Flagge¹¹⁹. Die offenen Grenzen der EU wurden von Jobbik-Abgeordneten im EP gleichzeitig als Möglichkeit wahrgenommen, um ungarisch-sprachige Minderheiten in den Nachbarstaaten für die eigene Politik zu nutzen. Csanád Szegedi (Jo.hu) erklärte im September 2010: *„Leider wurde das nördliche Siebenbürgen [Rumänien] seinem Mutterland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder entrissen. Die Bewegung für ein besseres Ungarn [Jobbik] vertraut darauf, dass die ungarische Nation nach 70 Jahren sobald wie möglich wieder ohne Grenzen in der Europäischen Union vereint sein wird ...“*. Er habe bereits im rumänischen *„Székely ein Büro eröffnet, um mir die Beschwerden der ethnischen Ungarn über die Grenze hinweg aus erster Hand anzuhören.“*¹²⁰ In der Debatte zum Assoziierungsabkommen mit Serbien im Januar 2011 behauptete er, im rumänischen Siebenbürgen finde ein *„stiller Völkermord an Ungarinnen und Ungarn“* statt. Dies sei eine Konsequenz daraus, dass die Autonomie der von der ungarisch sprachigen Minderheit bewohnten Gebiete nicht zur Bedingung des EU-Beitritts Rumäniens gemacht worden sei. Deshalb müsse heute gegenüber Serbien die Gewährung der *„vollständigen regionalen und kulturellen Autonomie“* für ethnische Ungarn zur *„Bedingung für die Fortführung des Beitrittsprozesses“* gemacht werden.¹²¹ Die EAF-Parteien im Spektrum der NI-Rechten fordern nicht unbedingt die Auflösung der EU, sondern deren Umgestaltung zu einer *„Union der Vielfalt, der Nationalstaaten“*, wie es Andreas Mölzer (FPÖ.at) bei der Vorstellung des Programms der spanischen Ratspräsidentschaft im Januar 2010 formulierte. Eine föderale Zentralisierung der EU in Form einer *„europäischen Wirtschaftsregierung“* sei dagegen ein *„Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip“* und damit *„aufs Schärfste abzulehnen.“*¹²² Stattdessen will Mölzer *„ein Europa der europäischen Kulturvölker und der historisch gewachsenen Nationalstaaten in gleichberechtigter Partnerschaft, vielfältig, föderalistisch und subsidiär gestaltet im Inneren, aber einig und stark nach außen hin in der Vertretung der europäischen Interessen.“*¹²³ Die *„Grundsätze der Eurorechten“* beschrieb Mölzer in einem gleichnamigen Kapitel in dem von ihm herausgegebenen Buch *Europa im rechten Licht - Rechtsdemokraten und Patrioten über*

¹¹² Gollnisch, Plenardebatten, 15.09.2009, Eröffnungsansprache des Präsidenten des Parlaments

¹¹³ Griffin, Anfrage an die Kommission, 05.10.2010, Kommissionsmitarbeiter mit marxistischen Verbindungen

¹¹⁴ Griffin, Anfrage an die Kommission, 21.01.2010, Bilderbergkonferenz

¹¹⁵ Griffin, Anfrage an die Kommission, 02.07.2010, David Rockefeller

¹¹⁶ Griffin, Anfrage an die Kommission, 19.03.2010, Balkanisierung Europas

¹¹⁷ Griffin, Anfrage an die Kommission, 19.03.2010, Multikulturalismus als Mittel zur Verwässerung von Identitäten

¹¹⁸ Jobbik, Vona urges fight against EU which colonises the country and enslaves Hungarians, 29.3.2012:

http://jobbik.com/vona_urges_fight_against_eu_which_colonizes_and_enslaves_hungarians

¹¹⁹ Euronews, Hungary: Far-right burns EU flag and demands exit from bloc, 15.1.2012:

<http://www.politics.hu/2012/01/15/jobbik-leaders-urge-hungary-to-quit-eu-burn-union-flag-at-demonstration-in-budapest/>

¹²⁰ Szegedi, Plenardebatten, 06.09.2010, Ausführungen von einer Minute

¹²¹ Szegedi, Plenardebatten, 18.01.2011, Assoziierungsabkommen mit Serbien

¹²² Mölzer, Plenardebatte, 20.01.2010, Vorstellung Programm spanische Ratspräsidentschaft

¹²³ Mölzer, Plenardebatten, 12.11.2009, Tätigkeit EU-Bürgerbeauftragter 2009

*Zustand und Zukunft des Kontinents*¹²⁴ aus dem Jahr 2004. Die Partei Vlaams Belang betrachtet die EU in ihrer bestehenden Form als Vorstufe zu einem „Europäischen Superstaat“¹²⁵, der „mehr Wirtschaftsmigration“ sowie „mehr Bevormundung“ und „Einmischung“ in die Politik der Mitgliedsstaaten befördere, so der Abgeordnete Philip Claey (VB.be) im Februar 2010¹²⁶. Die Europäische Menschenrechtskonvention sei ein Legitimierungsinstrument für die Einmischung in nationale Angelegenheiten, etwa im „Bereich von Asyl und Einwanderung“¹²⁷. Gleichzeitig nutzt Claey das EP als europäische Bühne für die Forderung nach der Auflösung der staatlichen Einheit Belgiens. Am 13. Dezember 2010 verkündete er im Plenum des EP, dass die EU sich auf die „Entstehung zweier neuer Mitgliedstaaten vorbereiten sollte: Flandern und Wallonien“¹²⁸. Belgien, so Claey zur Bilanz des belgischen Ratsvorsitzes im Januar 2011, sei ein „künstliches Land ohne Regierung“¹²⁹. Die Teilung Belgiens propagierte er außerdem in einer Pressekonferenz im EP zur Vorstellung eines von Vlaams Belang veröffentlichten, englischsprachigen Buches mit dem Titel „After Belgium – The orderly split-up“¹³⁰. In der parlamentsöffentlich per E-Mail versendeten Einladung hieß es, „that an orderly split-up of Belgium is the only serious solution for this failed State.“

Die beiden Vertreter der Partidul România Mare, Vadim Tudor und George Becali (PRM.ro), äußerten kaum eindeutig identifizierbare Positionen zur Europäischen Einigung. Becali, der einer eigenen Partei namens Christdemokratische Partei/Neue Generation vorsitzt, hat auf der Liste der PRM kandidiert. Er stellt sich auf der Webseite des EU-Parlaments als „bekanntester Christ Rumäniens“¹³¹ vor, bezieht sich in seinen Abstimmungserklärungen positiv auf europäische Parteien¹³² und Visaerleichterungen für Drittländer¹³³ und betont darüberhinaus die Christlichkeit Europas¹³⁴. Vadim Tudor, der sich, wie die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller schreibt, „nach 1989 vom Hofdichter Ceausescu zum religiösen Führer der rumänischen ‚Blutgemeinschaft‘“¹³⁵ gewandelt habe, nutzt die Redezeit im Plenum fast ausschließlich, um Verschwörungstheorien zu verbreiten. Rumänien nannte er im April 2011 eine „Farce von Demokratie“, die „von der lokalen Mafia unter direktem Schutz der amerikanischen Botschaft in Rumänien inszeniert“ werde. Rumänien sei „mittlerweile leider ein CIA-Außenposten vierter Hand geworden“.¹³⁶ Der rumänischen Regierung warf er im März des gleichen Jahres vor: „Heute schläfert das Regime von Basescu Hunde ein und morgen wird es Menschen einschläfern“.¹³⁷

Die Partij voor de Vrijheid lehnt supranationale Politik grundsätzlich ab und will die Politik auf europäischer Ebene auf Regierungszusammenarbeit begrenzen. Lucas Hartong (PVV.nl) betonte im Oktober 2010, dass seine Partei „dieses Höllenmonster der EU niemals, unter keinen Umständen, unterstützen wird. Wir sagen ‚Nein‘ zum EAD, ‚Nein‘ zu einem europäischen Superstaat und ‚Ja‘ zu echter Freiheit und Demokratie, die von den souveränen Mitgliedstaaten selbst geprägt werden“¹³⁸. Laut Barry Madlener (PVV.nl) sei die

¹²⁴ Andreas Mölzer, *Europa im rechten Licht - Rechtsdemokraten und Patrioten über Zustand und Zukunft des Kontinents*, Wien 2004

¹²⁵ Claey, Plenardebatten, 23.11.2010 zum Haushaltsplan 2011

¹²⁶ Claey, Plenardebatten, 09.02.2010 zur Ernennung der Kommission

¹²⁷ Claey, Plenardebatten, 05.05.2010 zur Europäischen Menschenrechtskonvention

¹²⁸ Claey, Plenardebatten, 13.12.2010, Ausführungen von einer Minute

¹²⁹ Claey, Plenardebatten, 18.01.2011 zur Bilanz des belgischen Ratsvorsitzes

¹³⁰ Martin Banks, MEP calls for 'orderly split up of Belgium', The Parliament, 22.Juni 2011: <http://www.theparliament.com/latest-news/article/newsarticle/mep-calls-for-orderly-split-up-of-belgium>

¹³¹ Abgeordnete, Becali, Lebenslauf: http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96846/GEORGE_BECALI.html

¹³² Becali, Plenardebatten, 06.04.2011, Europäische Parteien

¹³³ Becali, Plenardebatten, 06.10.2010, Visapflicht Drittländer

¹³⁴ Becali, Plenardebatten, 15.09.2009, Erklärung des Präsidenten der Kommission

¹³⁵ Müller, Herta, Artikel in Der Tagesspiegel, 08.10.2009,

<http://www.tagesspiegel.de/kultur/literatur/nach-der-diktatur-ist-vor-der-diktatur/1612706.html>

¹³⁶ Tudor, Plenardebatten, 04.04.2011, Migrationsströme aus Nordafrika

¹³⁷ Tudor, Plenardebatten, Ausführungen von einer Minute, 07.03.2011

¹³⁸ Hartong, Plenardebatten, 19.10.2010, Haushalt Europäischer Auswärtiger Dienst

Europäische Kommission eine „bürokratische Diktatur, die die Griechen unterjochen will und die auch das Sagen in den Niederlanden haben will“¹³⁹.

Nicole Sinclair (UKIP.uk) kündigte gleich zu Beginn der Legislatur im September 2009 „den Rückzug des Vereinigten Königreichs aus diesem korrupten und dem Untergang geweihten Haufen, der die EU“¹⁴⁰ sei, an.

4.1.2 Einwanderungs- und Asylpolitik

Die Ablehnung von Einwanderern stellt ein zentrales gemeinsames Merkmal der Parteien aus dem rechten NI-Spektrum dar. Das Thema dient als verbindendes Glied zwischen rechten NI-Abgeordneten und der EFD-Fraktion. Die NI-Abgeordneten und EAF-Mitglieder Philip Claeys (VB.be) und Andreas Mölzer (FPÖ.at) reichten im April 2010 gemeinsam mit den Abgeordneten der EFD-Fraktion Morten Messerschmidt (DF.dk), Mario Borghezio (LN.it) und Nikolaos Salavrakos (LaOS.gr) einen Entschließungsantrag zur „Stärkung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der EU (Frontex)“ ein. Darin heißt es, „dass die Bekämpfung der illegalen Massenzuwanderung für die historisch gewachsenen Völker Europas und für die EU eine der wichtigsten Herausforderungen darstellt“ und „dass die EU dringend eine Rückführungsstrategie für illegale Zuwanderer benötigt, deren Durchführung von Frontex koordiniert werden sollte“¹⁴¹.

Am 5. Oktober 2009 stellte Andreas Mölzer 27 Schriftliche Anfragen an die Kommission, für jeden Mitgliedsstaat eine, mit den jeweils gleichen Fragen nach den Auswirkungen der Änderungen des EU-Asylrechts, des sog. *Asylpakets*¹⁴², in rechtlicher und finanzieller Hinsicht sowie für die Arbeitsmärkte.¹⁴³ Im Juli 2010 führte er in Bezug auf das Programm des belgischen Ratsvorsitzes aus, „Zuwanderungspolitik“ habe sich nicht nach „Konzernwünschen nach einem Heer an Billigarbeitskräften“ oder „politisch korrekten Multikulti-Visionen“ zu richten. Dem würden die „legitimen Interessen der historisch gewachsenen Völker Europas“ gegenüberstehen, die „vor einer ungezügelter Massenzuwanderung aus der Dritten Welt“ durch „familien- und geburtenfördernde Politik“ und eine „konsequente Rückführungspolitik für die Abertausenden von illegalen Zuwanderern“ geschützt werden müssten.¹⁴⁴

Die AENM-Parteien verfolgen bezüglich des Schengen-Raumes und der Frontex-Agentur keine geschlossene Linie. Jean-Marie Le Pen (FN.fr) bezeichnete im Dezember 2010 die von Frontex durchgeführten Maßnahmen als nicht ausreichend: Die „Arbeit dieser Agentur, genauso wie die von den nationalen Regierungen ergriffenen Maßnahmen“ seien „Fehlschläge. Frankreich und Europa werden überschwemmt von Einwanderern“¹⁴⁵, so Le Pen. In Bulgarien und Ungarn ist nicht etwa Einwanderung, sondern Auswanderung von Arbeitskräften in die produktiven Regionen der westlichen Mitgliedsstaaten ein politisch relevantes Thema. Dieser Fakt birgt für Jobbik ein mögliches Konfliktpotential mit den Partnerparteien der AENM aus Westeuropa, wie das Scheitern der ITS-Fraktion 2007 zeigte. Es gehe deshalb darum, so Krisztina Morvai (Jo.hu) im Dezember 2010, „die Ursachen der Einwanderungsfrage aufzufinden und zu beheben. Aus humanen Gründen“ schlage sie „die Einführung des Rechts eines Jeden vor, sich in seinem Heimatstaat, in seinem Vaterland aufzuhalten“, wofür die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden müssten.¹⁴⁶ In

¹³⁹ Madlener, Plenardebatten, 22.06.2011, Vorbereitung Europäischer Rat 24.06.2011

¹⁴⁰ Sinclair, 14.09.2009, Plenardebatten, Ausführungen von einer Minute

¹⁴¹ Salavrakos, Messerschmidt, Claeys, Mölzer, Borghezio Entschließungsantrag zur Stärkung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der EU (Frontex), 07.04.2010

¹⁴² Siehe dazu Julia Backes, EU-Asylpaket: „Deutschland ist Hauptblockierer“, Euractiv.de, 28.03.2012: <http://www.euractiv.de/342/artikel/eu-asylpaket-deutschland-ist-hauptblockierer-006136>

¹⁴³ Mölzer, Anfragen, 05.09.2009, Asylpaket – Folgen für Ungarn ... bis Zypern

¹⁴⁴ Mölzer, Plenardebatten, 07.07.2010, Tätigkeitsprogramm Belgischer Ratsvorsitz

¹⁴⁵ Le Pen, Jean-Marie, Plenardebatten, 14.12.2010, Vorschlag zur Schaffung eines Netzes von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen

¹⁴⁶ Morvai, Plenardebatten, 13.12.2010, Europäisches Netz von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen

Bulgarien stellt sich die Situation ähnlich dar. Dimitar Stoyanov (seinerzeit At.bg, jetzt NDP.bg) unterstützte den Schengen-Beitritt Bulgariens im Juni 2011, während er gleichzeitig vor *„der Auswanderungswelle [...], die Europa aus der Türkei sowie über die Türkei aus Ländern im Nahen Osten und Nordafrika überschwemmen könnte“*¹⁴⁷, warnte.

Die Partij voor de Vrijheid rief im Februar 2012 mit einer Webseite Proteste hervor, auf der Niederländer dazu aufgerufen wurden, sich über osteuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beschweren.¹⁴⁸ Auch Einwanderer aus Staaten außerhalb der EU werden von der PVV als Bedrohung dargestellt, insbesondere wenn es sich um Menschen aus muslimisch geprägten Regionen handelt. Barry Madlener (PVV.nl) beschwerte sich in der Plenardebatte im Februar 2011 über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zum europäischen Asylsystem, demzufolge ein afghanischer Flüchtling nicht hätte von den belgischen Behörden zurück nach Griechenland überstellt werden dürfen. Madlener sagte dazu, sein Land habe *„genug unter der Masseneinwanderung und dem missglückten multikulturellen Experiment gelitten.“* Wenn es keine *„strengere Einwanderungspolitik“* verfolge, würde aus Europa *„letztlich Eurabien werden.“*¹⁴⁹

4.1.3 Minderheitenpolitik

Minderheitenpolitik in der EU ist in erster Linie individuelle Anti-Diskriminierungspolitik. Sie soll, wie in Artikel 19 (1) AEUV ausgeführt, vor *„Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“* schützen. Die exklusive, kollektive Identitätspolitik der rechten Parteien steht diesem Grundsatz entgegen. Sie richtet sich zum einen explizit gegen Minderheiten wie Einwanderer, Roma oder Homosexuelle. Positiv-diskriminierende sozialpolitische Maßnahmen, beispielsweise die gezielte soziale Förderung von Roma oder Einwanderern, wird als diskriminierend gegenüber der Mehrheitsbevölkerung abgelehnt. Der AENM-Präsident Bruno Gollnisch (FN.fr) behauptete etwa im September 2010 in der Plenardebatte zur Lage der Roma in der EU, *„dass die einheimische Mehrheitsbevölkerung unter dem Vorwand der Bekämpfung der Diskriminierung – oder der Stigmatisierung [...] – systematisch diskriminiert“*¹⁵⁰ werde. Andrew Brons (BNP.uk) kommentierte die EU-Strategie zur sozialen Eingliederung von Roma mit den Worten, man solle *„ein Mitglied der Gemeinschaft der Roma suchen, vorzugsweise mit Behinderungen und zwiespältiger Sexualität. Wir könnten diese Person dann zum Präsidenten der Kommission machen. Er würde zuallererst den Laden verkaufen und niemand würde es wagen, zu protestieren.“*¹⁵¹ Csanád Szegedi (Jo.hu) unterstützte im Oktober 2010 die Einrichtung von Datenbanken über die rassische und ethnische Herkunft von Menschen in der EU, weil es damit, so Szegedi, *„möglich sein sollte, im Strafregister die ethnische Zugehörigkeit einer Person anzugeben, damit die Aufmerksamkeit gegebenenfalls auf kriminelle Zigeuner gelenkt werden kann“*¹⁵².

Abgeordnete der EAF-Parteien äußerten sich ebenfalls in zuweilen offen rassistischer Weise. Philip Claeys (VB.be) bezeichnete Roma-Gemeinschaften sinngemäß als kriminelle Gegenkultur zu den nationalen Mehrheitsgesellschaften. Es sei *„die Schuld der Roma-Gemeinschaft selbst, dass die Roma überproportional in Verbrechensstatistiken vertreten sind. Ihre Werte und Standards sind den unseren direkt entgegengesetzt.“*¹⁵³ Der Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens bringe *„zusätzliche Probleme im Zusammenhang mit den*

¹⁴⁷ Stoyanov, Plenardebatten, 08.06.2011, Anwendung Schengen-Besitzstand in der Republik Bulgarien und Rumänien

¹⁴⁸ ZEIT online, Wilders-Webseite empört Osteuropäer, 14.02.2012: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-02/wilders-webseite-niederlande>

¹⁴⁹ Madlener, Plenardebatten, 15.02.2011, Stand des europäischen Asylsystems nach dem aktuellen Urteil des EGMR

¹⁵⁰ Gollnisch, Plenardebatten, 09.09.2010, Lage der Roma

¹⁵¹ Brons, Plenardebatten, 08.03.2011, Roma Strategie

¹⁵² Szegedi, Plenardebatten, 19.10.2010 Datenbanken über rassische oder ethnische Herkunft in der EU

¹⁵³ Claeys, Plenardebatten, 25.03.2010, Zweites EU-Gipfeltreffen zur Lage der Roma

*Roma-Zigeunern und der mit ihnen verbundenen Belästigung und Kriminalität*¹⁵⁴, so Claeys im Juni 2011.

Auch gegen die vom Anti-Diskriminierungsrecht der EU geschützte individuelle sexuelle Selbstbestimmung richteten sich Äußerungen von EAF und AENM-Vertretern. Ein Beispiel ist die Anfrage Franz Obermayrs (FPÖ.at) an die Kommission vom Februar 2011 zur EU-Gleichbehandlungsrichtlinie. Der Abgeordnete legte darin nahe, mit dieser Richtlinie würden „für Menschen mit einer Behinderung dieselben Gleichbehandlungsregeln gelten wie für Menschen mit einer anderen sexuellen Ausrichtung als der heterosexuellen“, worunter dann „Sodomie, Inzest, Nekrophilie, Voyeurismus oder auch Exhibitionismus“ fielen. Die Kommissarin Viviane Reding antwortete, die „Kommission verwehrt sich nachdrücklich gegen eine Gleichsetzung von Homosexualität und solchen Praktiken.“¹⁵⁵ Auch wurde das Thema der sexuellen Selbstbestimmung genutzt, um eine vermeintliche Konkurrenzsituation zwischen den Interessen homosexueller Minderheiten und den Interessen der kulturell normgebenden Mehrheit zu konstruieren. Als im EP im Januar 2011 über die Diskriminierung von EU-Bürgern aufgrund der sexuellen Ausrichtung durch ein neues Gesetz in Litauen debattiert wurde, sagte Dimitar Stoyanov (seinerzeit At.bg/jetzt NDP.bg), dass, „falls wir weiterhin den Umfang von sogenannten Bürgerrechten und -freiheiten ausdehnen, wir irgendwann an einen Punkt kommen, an dem wir uns entscheiden müssen, wessen Rechte und Freiheiten Priorität haben“¹⁵⁶.

Im Falle autochthoner Sprachminderheiten forderten NI-Abgeordnete dagegen wiederholt positiv-diskriminierende Maßnahmen und ethnisch begründete Gruppensonderrechte; vor allem, wenn nationale Minderheiten als dem eigenen ethnischen Kollektiv zugehörig betrachtet wurden, aber Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten waren. Andreas Mölzer (FPÖ.at) verlangte etwa im November 2009 „die Ausarbeitung eines völkerrechtlich verbindlichen europäischen Volksgruppenrechts für autochthone Minderheiten“¹⁵⁷. Csanád Szegedi (Jo.hu) forderte im Oktober 2010 das Plenum des EP „auf, die Autonomiebestrebungen der größten entrechteten Minderheit in Europa zu unterstützen, die der Ungarn“¹⁵⁸. Die Entrechtung bestehe unter anderem darin, so Szegedi in einer schriftlichen Anfrage an die Kommission im April 2011 zur „Selbstbestimmung“ ethnischer Ungarn in Érmellék/Rumänien, „dass der ethnische Charakter der von Ungarn bewohnten Gebiete durch willkürliche Ansiedlungen verändert“¹⁵⁹ werde. Dimitar Stoyanov (seinerzeit At.bg/jetzt NDP.bg) behauptete, die Politik der Nachbarländer Mazedonien und Serbien sei „antibulgarisch“ und gegen ethnische Bulgaren gerichtet.¹⁶⁰ Er forderte unter anderem, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien zu unterbrechen, bis der Staat eine positiv-diskriminierende Politik für die „bulgarische ethnische Gruppe“ betreibe, damit diese wieder ein ethnisches Bewusstsein entwickeln könne, das sie aufgrund der Unterdrückung verloren habe.¹⁶¹

Die Partij voor de Vrijheid machte in Bezug auf Minderheiten vor allem durch zwei Aktionen auf sich aufmerksam. In einem Brief an den Rat, die Kommission, die Zentralbank und das Europäische Parlament forderte sie ein gegen Muslime gerichtetes Kopftuchverbot in den Institutionen der EU. In der parlamentsöffentlich von Daniel van der Stoep (PVV.nl) versendeten Pressemitteilung vom 5. Oktober 2011 heißt es dazu: In „*the fascist Islamic ideology, women are subordinated to men*“, weshalb Kopftücher so schnell wie möglich in allen EU-Institutionen verboten werden müssten.

Im Juli 2010 schlug die Partei den eigenen Parteivorsitzenden Geert Wilders für den Sacharow-Preis für geistige Freiheit des EP vor. Barry Madlener (PVV.nl) schrieb in einer ebenfalls parlamentsöffentlich versendeten E-Mail vom 7. Juli 2010, der Preis müsse an

¹⁵⁴ Claeys, Plenardebatten, 07.06.2011, Anwendung des Schengen-Besitzstands auf Rumänien und Bulgarien

¹⁵⁵ Obermayr, Anfrage an die Kommission, 14.02.2011, Neue Gleichbehandlungsrichtlinie

¹⁵⁶ Stoyanov, Plenardebatten, 18.01.2011, Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung in Litauen

¹⁵⁷ Mölzer, 24.11.2009, Ausführungen von einer Minute

¹⁵⁸ Szegedi, Plenardebatten, 07.10.2009, Referendum Irland

¹⁵⁹ Stoyanov, Anfrage an die Kommission, 11.04.2011, Selbstbestimmung in Érmellék (Valea Ierului)

¹⁶⁰ Stoyanov, Plenardebatten, 16.09.2009, Visa-Regeln Staaten westlicher Balkan

¹⁶¹ Stoyanov, Plenardebatten, 06.04.2011, Fortschrittsbericht 2010 Mazedonien

Wilders gehen für „his tireless commitment to freedom of speech and his continuous struggle against islamization, mass-immigration and the leftist attacks on Western Humanist Judeo-Christian values that destroy Europe from within.“

Nicole Sinclair (seinerzeit UKIP.uk/jetzt WDR.uk) behauptete, dass durch die Europäische Menschenrechtskonvention britische Steuerzahler gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten diskriminiert würden, wie sie im Mai 2010 ausführte. Eine „Invasion von sogenannten ‚Reisenden‘“ habe „den Frieden“ in ihrem Wahlkreis gestört. „Dank der Menschenrechtskonvention genießen diese Reisenden spezielle Schutzrechte. Sie werden in Bezug auf das Gesundheits- und Bildungswesen vorrangig behandelt, und das alles auf Kosten der einheimischen Steuerzahler!“¹⁶², so Sinclair.

4.1.4 EU-Türkei-Beziehungen

Der mögliche Beitritt der Türkei zur EU ist ebenso wie die Frage der Einwanderung ein wichtiges gemeinsames Thema der rechten NI-Parteien im EP. Die Abgrenzung gegenüber der Türkei, die als geographisch, historisch, religiös oder kulturell mit dem „christlichen Abendland“ nicht vereinbarer Staat dargestellt wird, wird als Projektionsfläche für verschiedene Bedrohungsszenarien genutzt. Zu diesen Szenarien gehören Einwanderung in nicht zu bewältigendem Ausmaß, kulturelle „Überfremdung“ oder immense finanzielle Kosten für die EU-Mitgliedsstaaten. Zur Türkei lassen sich mehrere parteiübergreifende Entschließungsanträge aus dem Spektrum der NI-Rechten finden. So forderten am 10. Dezember 2009 die NI-Abgeordneten Bruno Gollnisch (FN.fr), Dimitar Stoyanov (seinerzeit At.bg/jetzt NDP.bg), Zoltán Balczó (J.hu), Andrew H. W. Brons (BNP.uk) und Andreas Mölzer (FPÖ.at) den „Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei“.¹⁶³

Ein etwas ausführlicherer, ähnlich lautender Antrag wurde am 28. Januar 2010 unter dem Titel „Entschließungsantrag zum sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei“¹⁶⁴ von den Abgeordneten der Partij voor de Vrijheid PVV eingebracht. Barry Madlener (PVV.nl) stellte bis Ende 2011 29 Anfragen¹⁶⁵ an Kommission und Rat, die sich mit der Türkei und ihren angeblichen gesellschaftlichen Defiziten (etwa islamistisch, undemokratisch oder anti-israelisch) befassen. Im Plenum sagte Madlener im Juli 2009 zum Programm des Schwedischen Ratsvorsitzes, die Türkei sei „ein islamisches Land und die islamische Ideologie steht im Widerspruch zu unserer westlichen Kultur. Darüber hinaus ist die Türkei keineswegs ein europäisches Land, sondern ein asiatisches, und die türkische Mitgliedschaft würde den [sic!] niederländischen Bürgerinnen und Bürgern wieder Unsummen kosten.“¹⁶⁶ Dass die Partij voor de Vrijheid auch bei übereinstimmenden Positionen wie der Ablehnung des Türkei-Beitritts nicht mit den traditionelleren rechten NI-Parteien zusammenarbeitet, zeigt, wie sie sich von diesem Spektrum abgrenzt (vgl. Kapitel 2.1 über die AENM zur Konkurrenzsituation zwischen Vertretern verschiedener Konzepten des Nationalismus).

Das Thema Türkei wurde auch Feld der Zusammenarbeit zwischen Vertretern fraktionsloser Parteien und der Fraktion EFD genutzt. Im Dezember 2009 reichten die NI-Abgeordneten Philip Claes (VB.be) und Andreas Mölzer (FPÖ.at) gemeinsam mit den EFD-Abgeordneten Mario Borghezio (LN.it), Nikolaos Salavrakos (LaOS.gr) und Morten Messerschmidt (DF.dk) einen gemeinsamen Entschließungsantrag mit dem Titel „Menschenrechte in der Türkei“ ein. Darin fordern sie, „die gegenwärtigen Beitrittsverhandlungen einzufrieren und keine weiteren Verhandlungskapitel mehr zu eröffnen“¹⁶⁷. Auch das parlamentarische Instrument der Schriftlichen Erklärung wurde die Fraktionsgrenze der EFD überschreitend genutzt, so etwa

¹⁶² Sinclair, Plenardebatten, 18.05.2010, Europäische Menschenrechtskonvention

¹⁶³ Gollnisch, Stoyanov, Balczó, Brons, Mölzer, Entschließungsantrag, 10.12.2009, Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

¹⁶⁴ Madlener, Bontes, van der Stoep, Stassen, Entschließungsantrag, 28.01.2010, zum sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

¹⁶⁵ Madlener, Parlamentarische Anfragen

¹⁶⁶ Madlener, Plenardebatte, 15.07.2009, Programm Schwedischer Ratsvorsitz

¹⁶⁷ Borghezio, Salavrakos, Messerschmidt, Claes, Mölzer, Entschließungsantrag, 10.12.2009, Menschenrechte in der Türkei

von Andreas Mölzer (FPÖ.at) und Philip Claeys (VB.be) gemeinsam mit den EFD-Vertretern Mario Borghezio (LN.it) und Nikolaos Salavrakos (LaOS.gr). Thema war der „Völkermord an den Armeniern in der Türkei vor 95 Jahren“¹⁶⁸. Bis zum Ablauf der Frist am 17. September 2010 kamen nur 33 Unterschriften zusammen. Für die Annahme einer Schriftlichen Erklärung durch das EP werden die Unterschriften der Mehrheit der Abgeordneten des Parlaments benötigt, seinerzeit 369. Mölzer warf schon im Januar 2010 dem Spanischen Ratsvorsitz vor, er verschließe „die Augen vor der Wirklichkeit, nämlich dass die Türkei weder geographisch noch geistig-kulturell ein Teil Europas ist [...] Allein schon finanziell könnte die EU einen Türkei-Beitritt nicht verkraften, türkischer Massenzustrom und explodierende Parallelgesellschaften würden der EU den Rest geben.“¹⁶⁹ Philip Claeys (VB.be) richtete zu dem Thema bis Ende 2011 über 50 Schriftliche Anfragen an Rat und Kommission.¹⁷⁰ So sammelte er Informationen, die gegen einen Beitritt der Türkei zur EU verwendet werden können, darunter die Besetzung Nord-Zyperns, das militärische Eingreifen im Nord-Irak, die Pressefreiheit oder die historische und gegenwärtige Politik gegenüber Armeniern. Zusammen mit dem EAF-Parteikollegen Franz Obermayr (FPÖ.at) verlangte er im November 2010 in einem Entschließungsantrag die „Einstellung des Instruments der Heranführungshilfe der Türkei“, mit der Begründung, „dass die Türkei weder geographisch und religiös noch kulturell-historisch ein Teil Europas“ sei¹⁷¹. In einem weiteren gemeinsam eingereichten Entschließungsantrag der Abgeordneten von Vlaams Belang und FPÖ vom Oktober 2010 sollte die Kommission eine „Folgenabschätzung über die Probleme in den Bereichen Einwanderung und Integration im Falle eines Beitritts der Türkei“ vornehmen. Unter anderem führten die Antragssteller an, „dass ein möglicher Beitritt der Türkei zur EU unwiderruflich zu einer neuen Einwanderungswelle aus diesem Land“ führe und „dass neue, massive Einwanderungsbewegungen aus Ländern außerhalb Europas vermutlich schwerwiegende Folgen für den sozialen Zusammenhalt in den meisten Mitgliedstaaten“ haben würden.¹⁷²

Auch die AENM-Parteien stimmen über ein, dass die Türkei kein europäisches Land sei. AENM-Präsident Bruno Gollnisch (FN.fr) sagte im September 2010, die Türkei sei „eine Brücke, aber sie ist in geografischer, demografischer, historischer oder kultureller Hinsicht kein europäisches Land.“¹⁷³ Marine Le Pen (FN.fr) kritisierte in der gleichen Debatte die enge wirtschaftliche Bindung der Türkei an die EU, mit der Begründung, dies solle nur den „Beitrittsprozess der Türkei zur EU stärken [...] aus Sicht der industriellen und kommerziellen Vorteile, die profithungrige Europabegeisterte, Internationalisten und Ultraliberale machen könnten“¹⁷⁴. Nick Griffin (BNP.uk) bezeichnete die Türkei im November 2009 als „Europas alte[n] und ewige[n] Feind“¹⁷⁵. Damit liegt er nah an der Position des Abgeordneten Dimitar Stoyanov (damals At.bg/jetzt NDP.bg), der im Oktober 2010 anlässlich einer Diskussion des bulgarischen Parlaments (zu einem möglichen nationalen Referendum über den Türkei-Beitritt zur EU) folgendes Bild zeichnete: „Menschen, die aus Ostthrakien vertrieben wurden, haben keine Besitzurkunden. Sie überließen ihre Kinder ihrem Schicksal, denn wenn die Kinder schrien, verrietten sie dadurch den Türken ihre Anwesenheit, und diese fanden und töteten sie. Die Türkei ist ein Land, das auf seine Geschichte der Völkermorde stolz ist; so war der Völkermord, der 1913 begangen wurde, bei dem 50 000 Bulgaren ermordet und 300 000 aus Ostthrakien vertrieben wurden, die Generalprobe für den von den Osmanen nicht anerkannten Völkermord an den Armeniern.“ Ataka wolle ein „Ja‘ zum Referendum über die Mitgliedschaft der Türkei in der EU und ‚Nein‘ zur Mitgliedschaft der Türkei in der

¹⁶⁸ Mölzer, Borghezio, Claeys, Salavrakos Schriftliche Erklärung, 17.09.2010, Völkermord an den Armeniern in der Türkei vor 95 Jahren

¹⁶⁹ Mölzer, Plenardebatten, 20.01.2010 Vorstellung Programm spanische Ratspräsidentschaft

¹⁷⁰ Claeys, Parlamentarische Anfragen

¹⁷¹ Claeys, Obermayr, Entschließungsantrag, 09.11.2010, Einstellung des Instruments der Heranführungshilfe an die Türkei

¹⁷² Claeys, Vanhecke, Mölzer, Obermayr, Entschließungsantrag, 14.10.2010, Durchführung einer Folgenabschätzung über die Probleme in den Bereichen Einwanderung und Integration im Falle eines Beitritts der Türkei zur EU

¹⁷³ Gollnisch, Plenardebatten, 21.09.2010, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei

¹⁷⁴ LePen, Marine, Plenardebatte, 21.09.2010, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei

¹⁷⁵ Griffin, Plenardebatte, 11.11.2009, EU/Russlandgipfel Stockholm

EU.“¹⁷⁶ Im September 2010 unterstellte Stoyanov dem Abgeordneten Metin Kazak (DPS.be/ALDE) von der Partei der türkischsprachigen Minderheit in Bulgarien bei der Verfassung eines Berichts über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen EU und Türkei einen „*Interessenkonflikt*“, weil ihm laut Stoyanov „*praktisch seine gesamte Ausbildung, die große Geldmengen gekostet hat, direkt von der türkischen Regierung finanziert*“ worden sei.¹⁷⁷

4.1.5 Haushaltspolitik

Der EU-Haushalt wird in der medialen europäischen Öffentlichkeit oft als Symbol für Bürokratie und Verschwendung angeführt. Rechte Parteien nutzen diesen Hintergrund, vor dem sie sich gegenüber den jeweiligen nationalen Wählerinnen und Wählern als volksnahe Gegenspieler einer elitären EU-Elite darstellen können. Philip Claes (VB.be) warf etwa dem Plenum des EP mit Blick auf den Haushalt 2012 vor, dass „*gewöhnliche Menschen ihren Gürtel enger schnallen müssen. Und was tun wir gerade? Wir geben nur noch mehr Geld aus*“¹⁷⁸. Bruno Gollnisch (FN.fr) erklärte in der Debatte zum EU-Haushalt 2010, dieser sei „*nicht komplementär zu den nationalen Haushalten, sondern konkurriert mit ihnen und plündert sie*“.¹⁷⁹ In einer Stimmerklärung zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU schrieb Andreas Mölzer (FPÖ.at), es gebe keinen Bedarf für ein „*aufgeblähtes EU-Budget, das vielleicht bis zu zehnmal höher ist, und schon gar nicht ein aus EU-Steuern finanziertes, bei dem jeglicher Sparwille gänzlich abhanden kommt, das die Brüsseler Bürokratie noch mehr aufbläht und Nettozahler bis aufs Unterhemd auszieht*“.¹⁸⁰ Lucas Hartong (PVV.nl) sprach in diesem Zusammenhang im Juni 2011 von einer „*Diktatur seitens der europäischen politischen Elite*“, die davon ausgehe, „*dass die EU auf internationaler Ebene gegenüber der Summe der einzelnen Mitgliedstaaten einen Mehrwert*“ liefere.¹⁸¹ Barry Madlener (PVV.nl) erklärte zum Haushalt 2010, seine Partei sei „*gekommen, um für die niederländischen Bürgerinnen und Bürger einzutreten und das Geld zu entreißen, das die Niederlande dem geldverprassenden und bürokratischen Europa zu viel gezahlt*“ habe.¹⁸² Trevor Colman (UKIP.uk) stellte im Dezember 2010 das Vereinigte Königreich als Mitgliedstaat dar, der „*für verschiedene Projekte in der ganzen EU*“ bezahlt habe, „*von denen die meisten von keinerlei Nutzen für die Steuerzahler des Vereinigten Königreichs*“ seien.“¹⁸³ In der parlamentarischen Debatte zum Thema *Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen* forderte Frank Vanhecke (seinerzeit VB.be/jetzt parteilos in der EFD) im Mai 2010 eine „*Kosten-Nutzen-Analyse der Zuwanderung von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten*“¹⁸⁴.

4.1.6 Wirtschaft, Währung, Beschäftigung, Soziales

Die wirtschaftspolitischen Positionen der rechten Parteien im NI-Spektrum sind divergent. Die AENM-Parteien und die Partidul România Mare stellen Forderungen nach national-sozialem Protektionismus, sozialer Nachhaltigkeit, gegen Globalisierung und nach lokaler, nicht ausschließlich an Gewinn orientierter Wirtschaftspolitik. Als Gegner wird, wie etwa von Vadim Tudor (PRM.ro) im Mai 2011, das internationale „*Großkapital*“ angeprangert, das versuche, „*eine neue Weltordnung einzuführen*“¹⁸⁵. Die Zielgruppen dieser Rhetorik sind das jeweilige nationale Arbeitermilieu, ländliche Milieus sowie Mittelständler und Kleinunternehmer. Bruno Gollnisch (FN.fr) erklärte im März 2011 in einer Debatte zur

¹⁷⁶ Stoyanov, Plenardebatten, 18.10.2010, Ausführungen von einer Minute

¹⁷⁷ Stoyanov, Plenardebatten, 21.09.2010, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei

¹⁷⁸ Claes, Plenardebatten, 08.03.2011, Haushaltsverfahren 2012

¹⁷⁹ Gollnisch, Plenardebatten, 20.10.2010, Haushalt 2010 – alle Einzelpläne

¹⁸⁰ Mölzer, Plenardebatten, 06.07.2011, Stimmerklärungen

¹⁸¹ Hartong, Plenardebatten, 08.06.2011, Mehrjähriger Finanzrahmen

¹⁸² Madlener, Plenardebatten, 15.07.2009, Programm Schwedischer Ratsvorsitz

¹⁸³ Colman, Plenardebatten, 13.12.2010, Good Governance und Regionalpolitik

¹⁸⁴ Vanhecke, Plenardebatten, 20.05.2010, Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

¹⁸⁵ Tudor, Plenardebatten, 09.05.2011, Ausführungen von einer Minute

Industriepolitik, aus welchen Eckpunkten die Wirtschaftspolitik des Front National im Falle einer Regierungsübernahme bestehen würde: *„Anerkennung des wichtigen Wertes einer industriellen Basis, Entwicklung strategischer Sektoren, Schutz vor unlauterem Wettbewerb und Unterstützung bei der Durchdringung externer Märkte, Gewährleistung und Sicherstellung von Rohstofflieferungen, Regelung von Übernahmeangeboten, Abhängigkeit der Wettbewerbspolitik von strategischen, sozioökonomischen und durch den öffentlichen Dienst gestellten Auflagen, Bereitstellung öffentlicher Mittel für entstehende oder innovative Sektoren und so weiter“*¹⁸⁶. Jobbik habe das Ziel, so Csanád Szegedi (J.hu) in der Debatte zur 2020-Strategie, *„Europa an die Kleinbauern und Familienbetriebe zurück[zu]geben“*¹⁸⁷. Seine Kollegin Krisztina Morvai (J.hu) sagte, ihre Partei wolle mit *„Millionen Menschen, die von ehrlicher Tagesarbeit leben [...] die großen Ungerechtigkeiten des Neoliberalismus und des globalen Großkapitals bekämpfen“*¹⁸⁸. Deshalb trete Jobbik dafür ein, dass ein *„Wechsel vollzogen wird von Globalisierung zu Lokalisierung, von Entscheidungen, die ausschließlich auf Profit und Geld zentriert sind, zu Entscheidungsfindungen, in deren Mittelpunkt der Mensch und die Gemeinschaft stehen, von einem von der Welthandelsorganisation (WTO) diktierten Freihandel in der Landwirtschaft zu Nahrungsmittelautonomie, lokaler Produktion und lokaler Landwirtschaft.“*¹⁸⁹ Laut Morvai sei es *„die wichtigste Regel des globalisierten, neoliberalen Kapitalismus [...], dass eine kleine Gruppe Reicher Gewinne privatisiert, [aber] die Verluste und Schäden verstaatlicht“*¹⁹⁰. An anderer Stelle sprach Morvai von verschiedenen Wertesystemen, die sich gegenüber stehen würden: *„Die Schlagwörter für eines dieser Wertesysteme sind Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Globalisierung, für das andere Wertesystem ist dagegen das Schlagwort Nachhaltigkeit. [...] Diese Menschen, zu denen u. a. Kleinbauern und Klein- und Mittelbetriebe gehören, die mit dem überhitzten Wettbewerb und der Globalisierung nicht Schritt halten können, gehen unter, fallen aus dem Wettbewerb heraus und verarmen. Dies steht im kompletten Gegensatz zur Nachhaltigkeit im sozialen Sinne.“*¹⁹¹

Die Parteien im rechten NI-Spektrum fordern entweder die Abschaffung der gemeinsamen Währung Euro oder unterstützen die Forderung nach einer Hartwährung für wirtschaftlich entwickelte Staaten. Für ökonomische Probleme in der Eurozone werden die vorgeblich verschwenderische Politik einiger Mitgliedsstaaten und spekulierende Banken verantwortlich gemacht. Andrew Brons (BNP.uk) erklärte im März 2010, der Euro sei *„keine Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der Welt. Er ist das Problem.“*¹⁹² Andreas Mölzer (FPÖ.at) forderte im Oktober 2011, statt *„mehr Zentralisierung“* einen *„Staatenverbund gleichberechtigter Staaten, die eine eigene Wirtschaftspolitik betreiben“*¹⁹³. *„Die Steuermilliarden“*, so Mölzer zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im November 2011, dürften *„nicht länger in den Rachen von schlecht wirtschaftenden Staaten und spekulativen Banken geworfen werden. Die Transferunion muss ein Ende haben. Wir brauchen einen Mechanismus, der bankrotten Staaten eine echte Insolvenz ermöglicht und diese Staaten dann auch aus der Eurozone entlässt. Wir können nicht an einer kränkelnden Währungsunion herumdoktern, sondern brauchen einen kerneuropäischen Hartwährungsverbund.“*¹⁹⁴ Dimitar Stoyanov (seinerzeit At.bg/jetzt NDP.bg) sagte im Mai 2010 über Griechenland, es müsse den Euroraum verlassen, denn man verfüge dort über *„14., 15. und 16. Monatsgehälter, zusammen mit Renten und Privilegien, die nirgendwo sonst in der Europäischen Union existieren, und von denen ganz einfach niemand weiß“*¹⁹⁵.

Die Partij voor de Vrijheid vertritt im Gegensatz zu den traditionellen rechten Parteien einen neoliberalen Kurs und spricht sich für das freie Spiel des kapitalistischen Marktes bei

¹⁸⁶ Gollnisch, Plenardebatten, 09.03.2011, Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung

¹⁸⁷ Szegedi, Plenardebatten, 05.05.2010, Europa 2020 Strategie

¹⁸⁸ Morvai, Plenardebatten, 15.09.2009, Erklärung des Präsidenten der Kommission

¹⁸⁹ Morvai, Plenardebatten, 16.09.2009, G-20 Gipfel in Pittsburg

¹⁹⁰ Morvai, Plenardebatten, 08.02.2010, GM/Opel – Aktuelle Entwicklungen

¹⁹¹ Morvai, Plenardebatten, 05.05.2010, Europa 2020 Strategie

¹⁹² Brons, Plenardebatten, 24.03.2010, Vorbereitung Europäischer Rat 25.03.2010

¹⁹³ Mölzer, Plenardebatten, 25.10.2011, Europäisches Semester 2011

¹⁹⁴ Mölzer, Plenardebatten, 24.11.2010, Schlussfolgerungen Europäischer Rat 28.10.2010

¹⁹⁵ Stoyano, Plenardebatten, 05.05.2010, Ausführungen von einer Minute

geschlossenen nationalen Arbeitsmärkten aus. Ihre Zielgruppe besteht aus international konkurrenzfähigen niederländischen Unternehmen und deren einheimischen Belegschaften. Die PVV-Abgeordneten lehnen protektionistische Maßnahmen, Umwelt- und Sozialschutzmaßnahmen sowie zwischenstaatliche finanzielle Solidarität ab. Barry Madlener (PVV.nl) sagte zu den Ergebnissen des Europäischen Rates vom Dezember 2010, die Niederländer würden jetzt gezwungen, *„ihr Portemonnaie [zu] öffnen und die Rechnung für die schwachen Mitgliedstaaten zahlen“*¹⁹⁶. Zum Freihandelsabkommen EU-Südkorea führte Laurence Stassen (PVV.nl) im Februar 2011 aus, ihre Partei sei dagegen, *„dem Handelsabkommen eine Schutzklausel hinzuzufügen.“* Denn das bedeute, *„dass nicht wettbewerbsfähige Unternehmen geschützt sind, wenn diese nicht in der Lage sind, sich zu behaupten, wenn sie mit koreanischen Produkten konkurrieren müssen.“* Das sei *„der bössartige europäische Reflex in Richtung des Protektionismus und der Marktintervention“*¹⁹⁷. Von der Kommission vorgeschlagene EU-Initiativen für den Binnenmarkt zielten, so Stassen im April 2011, auf *„Klima- und CO2-Ziele, sozioökonomische Gleichheit, faire Arbeitsbedingungen und natürlich größere Solidarität. Das heißt, ein sozioökonomisches Umverteilungssystem, das zweifellos bedeuten wird, mehr Geld dafür auszugeben“*. Das habe *„einen sozialistischen Beigeschmack“* und es sei *„unrealistisch, zu denken, dass die Differenzen in Europa mit sozioökonomischen Eingriffen beseitigt werden können. Der Binnenmarkt war nie dazu bestimmt, eine allumfassende Gleichheit in Europa zu schaffen“*.¹⁹⁸

Die Abgeordneten der UKIP vertreten wirtschaftspolitisch eine ähnliche Position wie die PVV. Das Vereinigte Königreich sehe, so Mike Nattrass (UKIP.uk), *„die Welt als den Markt“*, aber die EU habe zum einen *„das Vereinigte Königreich mit zusätzlichen Arbeitnehmern überschwemmt“* und zum anderen schade die *„Zwangsjacke der EU-Vorschriften“*, in diesem Fall europäische Produkt-Normen, der britischen Wirtschaft¹⁹⁹.

Sozialpolitische Maßnahmen wurden von Abgeordneten aus dem rechten NI-Spektrum vielfach in einen Zusammenhang mit Einwanderung gestellt. Soziale Leistungen in Form eines Mindesteinkommens lehnte beispielsweise Bruno Gollnisch (FN.fr) ab, weil ein solches in Frankreich *„die Unterstützung von gefördertem Nichtstun und Schaffung eines kräftigen Magnets für Immigration“*²⁰⁰ bedeute. Philip Claves (VB.be) forderte für die Leitlinien der EU-Beschäftigungspolitik, man solle die *„Menschen in Arbeit bringen, anstatt erneut in großem Umfang Einwanderer in die Union zu holen“*²⁰¹. Zuwanderung von Arbeitskräften zur Stabilisierung der Rentensysteme sei, so Claves im November 2011, *„Regierungspropaganda für die multikulturelle Gesellschaft“*²⁰². Auch Franz Obermayr (FPÖ.at) sagte im Februar 2011, die *„vielgepriesene Massenzuwanderung“* sei *„der ganz falsche Weg, um unsere Pensionen zu sichern, und sie gefährdet letztlich auch den sozialen Frieden in Europa.“*²⁰³

Für Csanád Szegedi (J.hu) liegt die Lösung sozialer Probleme in der *„Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Behörden“*. Als Beispiel nannte er die Kooperation der inzwischen verbotenen paramilitärischen *„Magyar Gárda (Ungarische Garde)“* mit *„militärischen Behörden [...] beim Flutschutz, bei der Unterstützung der Opfer des roten Schlamms, beim Blutspenden oder bei der Verteilung von Brot, mit anderen Worten, bei sozialen Angelegenheiten.“*²⁰⁴

¹⁹⁶ Madlener Plenardebatten, 19.01.2011, Schlussfolgerungen Europäischer Rat 16.12.2010

¹⁹⁷ Stassen, Plenardebatten, 16.02.2011, Freihandelsabkommen EU/Korea

¹⁹⁸ Stassen, Plenardebatten, 06.04.2011, Ein Binnenmarkt für die Bürger

¹⁹⁹ Nattrass, Plenardebatten, 06.04.2011, Binnenmarkt

²⁰⁰ Gollnisch, Plenardebatten, 20.10.2010, Mindesteinkommen in der EU

²⁰¹ Claves, Plenardebatten, 16.02.2010 zu den Leitlinien der Beschäftigungspolitik

²⁰² Claves, Plenardebatten, 11.11.2010, Demographische Herausforderungen

²⁰³ Obermayr, Plenardebatten, 15.02.2011, Nachhaltige Rentensysteme

²⁰⁴ Szegedi, Plenardebatten, 22.11.2010, Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren

4.1.7 Klimawandel, Umwelt, Energie

Im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik vertreten die Parteien im rechten NI-Spektrum verschiedene Positionen. Als Reaktion auf die Katastrophe in Fukushima schlossen sich Csánád Szegedi (J.hu) und Franz Obermayr (FPÖ.at) für einen Entschließungsantrag „zu mehr Sicherheit im Bereich der Atomenergie im Donauraum“²⁰⁵ zusammen, der am 31. März 2011 eingereicht wurde. Die atomare Katastrophe in Japan zeige, so Szegedi in einer Debatte im März 2011, „dass eine der Natur entfremdete, globalisierte Welt extrem zerbrechlich ist. [...] Die Nationen Europas müssen aus dieser Katastrophe lernen und so weit wie möglich zur Natur zurückkehren, zu natürlichen Nahrungsmitteln und zu natürlichen Energieressourcen, und unsere Umwelt für zukünftige Generationen schützen.“²⁰⁶ Im April 2011 reichten Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Parteien einen gemeinsamen Entschließungsantrag „zur umfassenden Gefährdung durch Kernkraftwerke in erdbebengefährdeten Gebieten oder tektonisch labilen Zonen“²⁰⁷ ein. Die hier gebildete Koalition wies über das rechte NI-Spektrum hinaus: Die fraktionslose Österreicherin Angelika Werthmann und die EVP-Abgeordnete Elisabeth Köstinger von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP.at) arbeiteten zusammen mit Krisztina Morvai (Jo.hu), Philip Claeys (VB.be) und Andreas Mölzer (FPÖ.at). In dem Antrag warnte die Gruppe davor, „dass auch Europa immer wieder von starken Erdbeben heimgesucht wird und ein GAU in einem Kernkraftwerk auf dem europäischen Festland verheerende Auswirkungen hätte“, weshalb die „betroffenen Länder“ ihre „Atomkraftwerke unverzüglich und für immer vom Netz“ nehmen sollten. Andreas Mölzer (FPÖ.at) bezweifelte im November 2009 den umweltpolitischen „Sinn des Zertifikatehandels, wenn zwar dort Millionen hineingesteckt werden, aber die wahren Alternativen, wie erneuerbare Energien, mit Peanuts abgespeist“ würden. Zertifikatehandel dürfe nicht dazu führen, „dass Atomkraftwerke als Kyotofreundliche Alternative gefördert werden.“²⁰⁸

Die AENM-Abgeordneten von Front National und British National Party streiten dagegen die Existenz eines menschengemachten Klimawandels ab und behaupten, hinter den internationalen Klimakonferenzen zur Begrenzung des CO²-Ausstoßes verberge sich eine Verschwörung. Bruno Gollnisch (FN.fr) sagte im Februar 2010 zum Klimagipfel in Kopenhagen, dass es sich beim Klimawandel um ein „groß angelegtes ideologisches Dogma handelt, das zur Rechtfertigung der Einführung einer Weltregierung erfunden wurde“²⁰⁹. Nick Griffin (BNP.uk) erklärte im November 2011, der Klimawandel solle „als Entschuldigung für ein politisches Projekt der Globalisten dienen, mittels dessen die nationale Demokratie durch eine neue Weltordnung der globalen Governance ersetzt werden soll.“ Der Klimawandel habe „nichts mit Wissenschaft zu tun, sondern ist ausschließlich auf das gemeinsame Ziel der Globalisten zurückzuführen, uns besteuern und kontrollieren zu können, während Unternehmen im Ökoindustriekomplex Milliardenbeträge einheimsen.“ Außerdem sei der Klimawandel ein Mittel der Linken, „um ein inhumanes Utopia zu verhängen, das genauso tödlich ist, wie alles, was jemals von Stalin oder Mao erdacht worden ist.“²¹⁰

Eine weitere Gruppe rechter NI-Parteien sieht in den Bemühungen der EU, den CO²-Ausstoß einzudämmen und in Zweifeln an der Sicherheit der Atomkraft zwar keine Verschwörung, aber einen unbezahlbaren Kostenfaktor. Slavi Binev (seinerzeit At.bg/jetzt parteilos EFD), sagte im Dezember 2010, der bulgarische Transportsektor werde „finanziell ganz schlecht dastehen [...], wenn wir zusätzliche Gebühren für Luftverschmutzung, Lärmemissionen und andere Umweltbelastungen einführen“²¹¹. In Bezug auf die atomare Katastrophe in Japan behauptete Binev im März 2010, Europa brauche die „Kernkraft, und wir müssen das

²⁰⁵ Obermayr, Szegedi, Entschließungsantrag, 31.03.2011, mehr Sicherheit im Bereich der Atomenergie im Donauraum

²⁰⁶ Szegedi, Plenardebatten, 23.03.2011, Lage in Japan

²⁰⁷ Köstinger, Morvai, Claeys, Werthmann, Mölzer, Entschließungsantrag, 05.04.2011, zur umfassenden Gefährdung durch Kernkraftwerke in erdbebengefährdeten Gebieten oder tektonisch labilen Zonen

²⁰⁸ Mölzer, Plenardebatten, 25.11.2009, Vorbereitung Europäischer Rat 10.12.2009

²⁰⁹ Gollnisch, Plenardebatten, 10.02.2010, Ergebnisse Klimagipfel Kopenhagen

²¹⁰ Griffin, Plenardebatten, 24.11.2009, Klimakonferenz Kopenhagen

²¹¹ Stoyanov, Plenardebatten, 13.12.2010, Ausführungen von einer Minute

*Problem pragmatisch angehen statt vorschnell zu entscheiden, Kraftwerke zu schließen*²¹². Laurence Stassen (PVV.nl) erklärte im November 2010 in einer Aussprache über *Menschenrechte, Sozial- und Umweltnormen in internationalen Handelsabkommen*, die EU schicke sich an, „zum x-ten Mal eine Reihe absurder Klimaziele auszuarbeiten“, während Schwellenländer wie China und Indien „aus Europas selbst auferlegten Beschränkungen Profit schlagen“; die Kosten würden Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in der EU aufgebürdet.²¹³

4.1.8 Außenpolitik

Die Parteien des rechten NI-Spektrums vertreten in Bezug auf die europäische Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und den mit dem Vertrag von Lissabon geschaffenen supranationalen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) unterschiedliche Positionen. Front National und British National Party lehnen die GASP grundsätzlich ab. Eine GASP, „die im alleinigen Interesse der Europäischen Union betrieben wird“, so Bruno Gollnisch (FN.fr) im Oktober 2010, werde „früher oder später zwangsläufig im Widerspruch zu den grundlegenden Interessen eines, mehrerer oder aller Mitgliedstaaten stehen.“²¹⁴ Andrew Brons (BNP.uk) erklärte im Oktober 2009, mit dem EAD würden die „Nationalregierungen [...] auf den Status eines Gemeinderats reduziert werden.“²¹⁵

Frank Vanhecke (seinerzeit VB.be/jetzt parteilos EFD) beklagte im Gegensatz dazu im April 2010 das „Fehlen jeglicher ernstern, europäischen, geopolitischen Strategie zur Sicherung europäischer Interessen“²¹⁶. Insbesondere in Bezug auf Einwanderung wird die GASP von Vlaams Belang eher begrüßt. Philip Claes (VB.be) sagte im März 2010 zum Jahresbericht der GASP 2008, mithilfe der GASP müsse die „Flutwelle der Masseneinwanderung nach Europa unter Kontrolle“ gebracht werden²¹⁷. Auch die FPÖ spricht sich nicht gegen eine GASP der EU aus. Franz Obermayr (FPÖ.at) erklärte in der gleichen Plenarsitzung, die FPÖ sage „Ja zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wenn es um illegale Einwanderung, Visabetrug, Kriminalitätstourismus und Asylmissbrauch geht. Ja auch zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wenn es gilt, die Schengen-Grenze zu sichern und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität klar anzugehen. Ein kritisches Nein allerdings zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die darauf ausgerichtet ist, der EU in militärischen Belangen eine aktive Rolle zu geben, dort, wo bereits UNO und NATO vorhanden sind ...“²¹⁸.

Ein weiteres Motiv rechter Abgeordneter für die Unterstützung der GASP der EU stellt die Unabhängigkeit von den USA dar. Andreas Mölzer (FPÖ.at) sagte im Oktober 2010, der neue EAD werde „dafür sorgen müssen, dass die EU nicht länger das Anhängsel der USA spielt.“²¹⁹ Dem tschechischen Ratsvorsitz warf Mölzer im Juli 2009 „US-Hörigkeit“ vor; er habe „die israelische Offensive im Gazastreifen als Defensivaktion verniedlicht“²²⁰. Auch Andrew Brons (BNP.uk) positionierte sich gegen eine Bündnispolitik mit den USA und bezeichnete diese als „das aggressivste Land auf der ganzen Welt, das unzählige destabilisierende, aggressive und illegale Kriege geführt hat“²²¹. In einer parlamentsöffentlichen E-Mail vom 25. Mai 2011 forderte Nick Griffin (BNP.uk) von dem damaligen Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek (EVP) und der EU-Kommission, „to stop acting as puppets in the USA/neo-con offensive to 'remake' and de-Islamify the Middle East, a policy which is a key driver in turning young Muslims into terrorists.“

²¹² Binev, Plenardebatten, 24.03.2011, Lage in Japan und insbesondere zum Alarmzustand in den Kernkraftwerken

²¹³ Stassen, Plenardebatten, 24.11.2010, Menschenrechte, Sozial- und Umweltnormen in internationalen Handelsabkommen

²¹⁴ Gollnisch, 20.10.2010 Haushalt europäischer Auswärtiger Dienst

²¹⁵ Brons, Plenardebatten, 21.10.2009, Europäischer Auswärtiger Dienst

²¹⁶ Vanhecke, Plenardebatten, 5.4.2011, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 25. März.2011

²¹⁷ Claes, Plenardebatten, 10.03.2010, Jahresbericht GASP 2008

²¹⁸ Obermayr, Plenardebatten, 10.03.2010, Jahresbericht GASP 2008

²¹⁹ Mölzer, Plenardebatten, 19.10.2010, Haushaltsordnung Europäischer Auswärtiger Dienst

²²⁰ Mölzer, Plenardebatten, 15.07.2009, Tätigkeitshalbjahr tschechischer Ratsvorsitz

²²¹ Brons, Plenardebatten, 08.09.2010, Waffenausfuhren

Die außenpolitischen Positionen Jobbiks richten sich fast ausschließlich gegen Israel. Der Parteivorsitzende Gabor Vona kündigte am 22. November 2012 in einer Rede bei einer anti-israelischen Demonstration in Ungarn an, ein „*Israeli package' of bills*“ einreichen zu wollen, mit dem unter anderem israelisches Kapital in Ungarn erfasst werden solle. Israel sei ein „*terroristischer Staat*“, deshalb sollten Politiker „*danach durchleuchtet werden, ob sie die israelische Staatsbürgerschaft haben. Israelische Bürger dürfen keine ungarischen Parlamentsmitglieder sein*“, so Vona. Außerdem hätten, behauptete Vona, die Regierungen Ungarns, Polens und Deutschlands vertraglich vereinbart, dass jedes dieser Länder im Notfall („*if there is big trouble*“) 500.000 Juden aufnehmen wolle. Den Regierungschef Orbán forderte er auf, klarzustellen, „*ob dieser Pakt existiert oder nicht, und wenn ja, muss der Vertrag mit sofortiger Wirkung gekündigt werden*“²²². Krisztina Morvai (Jo.hu) warf im Oktober 2010 im Plenum des EP der damaligen EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner vor, die israelische Regierung während des Krieges gegen die Hamas besucht zu haben. Sie werde „*nie vergessen*“, so Morvai zu der anwesenden Kommissarin, „*wie Sie die Mitglieder der israelischen Regierung in dieser furchtbaren Zeit umarmt und geküsst haben*“.²²³ Die Hamas stellt in den Augen Morvais keine Terrororganisation dar.²²⁴ Die Partij voor de Vrijheid vertritt dagegen eine internationale Politik, die der anti-israelischen und anti-semitischen Politik der traditionellen rechten Parteien entgegengesetzt ist. Sie betrachtet stattdessen Israel als verbündeten Staat gegen die Bedrohung des Islam (vgl. dazu auch Kapitel 2.1). Barry Madlener (PVV.nl) sagte etwa im Februar 2011 zur Lage in Ägypten, die Muslimbruderschaft wolle „*Krieg mit Israel*“, was die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton, ignoriere. Sie weigere sich, „*die Gefahren anzuerkennen, die der Islam darstellt. Denn Islam und Demokratie können nicht nebeneinander bestehen*“²²⁵. Gegenüber dem Iran forderte Madlener im März 2011 „*einen extrem harten Kurs*“²²⁶.

²²² Jobbik, Vona, Israel operates the world's largest concentration camp:

http://www.jobbik.com/vona_israel_operates_world%E2%80%99s_largest_concentration_camp

²²³ Morvai, Plenardebatten, 20.10.2009, Errichtung Europäischer Auswärtiger Dienst

²²⁴ Morvai, Plenardebatten, 27.09.2011, Ministerwoche der Generalversammlung der VN, insbesondere Friedensprozess im Nahen Osten sowie Nordafrika

²²⁵ Madlener, Plenardebatte, 02.02.2011, Zur Lage in Tunesien und Ägypten

²²⁶ Madlener, Plenardebatte, 09.03.2011, Vorgehensweise gegenüber Iran

4.2 Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD)

Die Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD) setzt sich derzeit zusammen aus 13 Parteien bzw. parteilosen Abgeordneten aus zwölf Mitgliedsstaaten und verfügt im Januar 2013 über 36 Abgeordnete. Dominiert wird die Gruppe einerseits von der UKIP, die elf Abgeordnete in der EFD und mit Nigel Farage einen der Fraktionsvorsitzenden stellt. Die andere dominante Kraft in der Fraktion ist die Lega Nord, die über neun Abgeordnete verfügt. Insgesamt stellt sich die Zusammensetzung wie folgt dar:

United Kingdom Independence Party (Vereinigtes Königreich)	Nigel Farage, Marta Andreasen, John Stuart Agnew, Gerard Batten, Godfrey Bloom, John Bufton, Derek R. Clark, William (The Earl of) Dartmouth, Paul Nuttall, Roger Helmer, Mike Nattrass
Lega Nord (Italien)	Francesco E. Speroni, Mara Bizzotto, Mario Borghezio, Lorenzo Fontana, Claudio Morganti, Fiorello Provera, Oreste Rossi, Matteo Salvini, Giancarlo Scottà
Dansk Folkeparti (Dänemark)	Morten Messerschmidt (Anna Rosbach bis März 2011, dann parteilos ECR)
Mouvement pour la France (Frankreich)	Phillip de Villiers
Perussuomalaiset (Finnland)	Sampo Terho (seit April 2011, ersetzt den Parteivorsitzenden Timo Soini)
Laikos Orthodoxos Synagermos (Griechenland)	Niki Tzavela, Nikolaos Salavrakos, (seit Oktober 2009, ersetzt Athanasios Plevris)
Slovenská národná strana (Slowakei)	Jaroslav Paška
Partija Tvarka ir teisingumas (Litauen)	Rolandas Paksas, Juozas Imbrasas
Staatkundig Gereformeerde Partij (Niederlande)	Bastiaan Belder
Parteilos (Belgien)	Frank Vanhecke (seit November 2011, vorher Vlaams Belang, NI)
Io amo l'Italia (Italien)	Magdi Cristiano Allam (seit Dezember 2011, vorher EPP, in die Studie nicht mehr als EFD-Angehöriger einbezogen)

Auch die Freiheitliche Partei Österreichs habe sich laut der österreichischen Zeitung Der Standard²²⁷ bemüht, in die EFD-Fraktion aufgenommen zu werden, sei jedoch am Widerstand einiger Mitgliedsparteien gescheitert (die FPÖ bestritt den Vorgang). Dies hindert Parteien und Abgeordnete in der EFD aber nicht daran, mit der FPÖ und anderen fraktionslosen Rechten zusammenzuarbeiten, wie im vorhergehenden Kapitel gezeigt. Die EFD-Fraktion besitzt ein Statut, in dem es heißt, die Fraktion stehe „*allen Mitgliedern offen, die sich mit einem Europa der Freiheit und der Demokratie identifizieren, die Erklärung der*

²²⁷ Der Standard, EFD-Fraktion: Veto gegen FPÖ-Aufnahme, 10.06.2011:
<http://derstandard.at/1304554170753/EU-Parlament-EFD-Fraktion-Veto-gegen-FPOe-Aufnahme>

*Menschenrechte der Vereinten Nationen anerkennen und die parlamentarische Demokratie unterstützen.*²²⁸ Die EFD-Fraktion hat sich folgendes Programm gegeben:

1. Freiheit und Zusammenarbeit zwischen Menschen aus verschiedenen Staaten

Den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit und der Zusammenarbeit zwischen Nationalstaaten verpflichtet, tritt die Fraktion für eine offene, transparente, demokratische und verantwortliche Zusammenarbeit zwischen souveränen europäischen Staaten ein und lehnt die Bürokratisierung Europas und die Schaffung eines einzigen zentralisierten europäischen Superstaates ab.

2. Mehr Demokratie und Achtung des Volkswillens

In der Überzeugung, dass die legitime Ebene für Demokratie bei den Nationalstaaten, ihren Regionen und Parlamenten liegt, da ein europäisches Volk nicht existiert, wendet sich die Fraktion gegen eine weitere europäische Integration (Verträge und Politikbereiche), die das gegenwärtige Demokratiedefizit und die zentralistische Struktur der EU weiter verstärken würde. Die Fraktion tritt dafür ein, das Volk in freien und fairen nationalen Referenden in den Mitgliedstaaten über alle neuen Verträge und alle Änderungen an bestehenden Verträgen abstimmen zu lassen. Die Fraktion vertritt die Auffassung, dass jegliche Macht durch den Willen ihrer Völker und ihr Recht, frei und demokratisch regiert zu werden, legitimiert wird.

3. Achtung der Geschichte, der Traditionen und der kulturellen Werte Europas

Die Völker und Nationen Europas haben das Recht, ihre Grenzen zu schützen und ihre historischen, traditionellen, religiösen und kulturellen Werte zu stärken. Die Fraktion wendet sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und alle sonstigen Formen der Diskriminierung.

4. Achtung nationaler Unterschiede und Interessen: Abstimmungsfreiheit

In dem gemeinsamen Willen, diese Grundsätze in ihrer Arbeit zum Ausdruck zu bringen, achtet die Fraktion die Freiheit ihrer Delegationen und Mitglieder, so abzustimmen, wie sie es für richtig halten.

Die Abwesenheit inhaltlicher Standpunkte und die Abstimmungsfreiheit weisen darauf hin, dass die Programme der Parteien in der Fraktion stark divergieren. In der EFD-Fraktion gab es in den ersten beiden Jahren der Legislaturperiode 2009 bis 2014 allerhand personale Bewegung. Die UKIP-Abgeordneten Nicole Sinclair, Trevor Colman und Mike Natrass verließen die Fraktion nacheinander; Natrass kehrte im Dezember 2012 wieder zurück. In einem Artikel begründete Sinclair, die im September 2012 einer neuen britischen Partei namens We Demand a Referendum (WDR.uk) beigetreten ist²²⁹, ihren Austritt zum einen damit, einige der in der EFD vertretenen Parteien würden „a variety of extremist views which includes racism, anti-Semitism and violence“ vertreten.²³⁰ So sagte sie in einer Aussprache des EP zur Lage der Roma, sie wisse, „dass ein italienischer Abgeordneter, ein Mitglied der EFD-Fraktion [es handelt sich um Mario Borghezio (LN.it)], strafrechtlich dafür verfolgt wurde, dass er am Überfall einer Vigilantenbande teilgenommen und die Habe eines

²²⁸ Statut der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie:

<http://www.efdgroupp.eu/index.php/about-us/who-we-are/statutes.html?view=category>

²²⁹ BBC News, UK Politics, New EU referendum party holding first conference, 05.10.2012:

<http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-19842031>

²³⁰ Sinclair, Why UKIP should leave the Europe of Freedom and Democracy (EFD) Group, 19.01.2010:

<http://www.yourmep.org/freedom.html>

Einwanderers in Brand gesteckt hatte.“²³¹ An anderer Stelle sagte Sinclair, die sich selbst als „offen homosexuelle Person“ beschrieb, es habe sich „bestätigt, wie sehr ich Recht hatte, die EFD-Fraktion und ihre faschistischen Meinungen, etwa die an das 19. Jahrhundert anmutenden der italienischen Fraktion [Lega Nord], zu verlassen. Ich möchte dieses Plenum daran erinnern, dass der Bürgermeister von Treviso [gemeint ist vermutlich Giancarlo Gentilini, Lega Nord] meinte, die Stadt sollte ethnisch von Homosexuellen gesäubert werden.“²³² Zum anderen, so Sinclair, strebe die EFD durch die fraktionelle Einbindung in parlamentarische Prozesse tatsächlich eine Verbesserung der EU und nicht mehr konsequent den Austritt Großbritanniens an: „We [die UKIP] are therefore part of a coalition [der EFD-Fraktion] that waters down and even contradicts our original position“.²³³

Die dänische Abgeordnete Anna Rosbach verließ im März 2011 die Dansk Folkeparti (DF.dk) und die EFD und trat als parteiloses Mitglied der Fraktion ECR bei. Das Magazin The Parliament zitierte sie mit den Worten: „After careful reflections on the policies and rhetoric of my party, it is clear to me that I no longer represent this view [...] I have been concerned about the direction of the party for some time. [...] I am happy to join an influential grouping in the parliament which promotes an anti-federalist and reformist agenda in a measured and moderate way“.²³⁴ Rosbach hatte sich als EFD-Abgeordnete fast ausschließlich mit umweltpolitischen Fragen beschäftigt.

Derweil hat die Fraktion zur Halbzeit der Legislaturperiode 2009 bis 2014 auch einige Neuzugänge zu verzeichnen, darunter den flämischen Abgeordneten Frank Vanhecke (parteilos EFD/vorher VB.be). Dieser ist infolge interner Machtkämpfe und Streitigkeiten aus der Partei Vlaams Belang, deren Vorsitz er zeitweise inne hatte, ausgetreten und als parteiloser Abgeordneter in die EFD aufgenommen worden. Vanhecke wird in dieser Studie noch als fraktionsloser Vlaams-Belang-Abgeordneter (siehe vorhergehendes Kapitel) behandelt, da er bis Mitte November 2011 seine parlamentarische Arbeit als Abgeordneter in dieser Funktion ausgeübt hat. Sein Parteiwechsel scheint nicht ideologisch begründet: Nach dem Austritt betonte er, er werde weiterhin die Belange der Flamen gegen einen EU-Superstaat verteidigen.²³⁵ Darüberhinaus wirkt in der Europapartei EAF und deren Think Tank EEF mit, in der auch der Vlaams-Belang-Abgeordnete Philip Claes (VB.be) aktiv ist (vgl. Kapitel 2.2).

Vier ehemalige Abgeordnete der polnischen PiS sind mit der Neugründung der Partei Solidarna Polska (SP.pl) zum Jahresende 2011 aus der ECR aus- und in die EFD eingetreten: Zbigniew Ziobro, Tadeusz Cymański, Jacek Kurski und Jacek Włosowicz. In der Presseerklärung der Abgeordneten dazu hieß es unter anderem, „Solidary Poland underlines that the European Union should respect religious traditions and the culture of its Member States and should refrain from imposing values alien to a given Member State. In particular, Solidary Poland will promote Christian values in the European Union and the protection of the family and marriage as a union of woman and man“. Weiterhin erklärten die Abgeordneten, man wolle sich stärker gegen den „negative impact of climate and energy policy for the further development of Poland“ stellen.²³⁶

Ebenfalls im Dezember 2011 trat das bisherige EVP-Mitglied Magdi Cristiano Allam der EFD mit seiner neuen Partei Io amo l'Italia (IaI.it) bei. Als Begründung schrieb er in einer

²³¹ Sinclair, Plenardebatten, 25.03.2010, Zweites europäisches Gipfeltreffen zur Lage der Roma

²³² Sinclair, Plenardebatten, 07.09.2010, Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare

²³³ Sinclair, 19.01.2010, Why UKIP should leave the Europe of Freedom and Democracy (EFD) Group
<http://www.yourmep.org/freedom.html>

²³⁴ The Parliament, Artikel, 09.03.2011, Rosbach leaves Danish People's Party to become ECR MEP:
<http://www.theparliament.com/latest-news/article/newsarticle/rosbach-leaves-danish-peoples-party-to-become-ecr-mep/>

²³⁵ Knack.be, Artikel, 12.11.2011, Frank Vanhecke vervoegt EFD-fractie van Nigel Farage in Europees Parlement:
<http://www.knack.be/belga-politiek/frank-vanhecke-vervoegt-efd-fractie-van-nigel-farage-in-europees-parlement/article-400004637098.htm>

²³⁶ Solidarna Polska, Erklärung, 26.12.2011, Program declaration of Solidary Poland joining EFD Group:
http://www.efdgroupp.eu/index.php/newsroom/news-in-brief/item/owiadczenie-w-sprawie-przystapienia-delegacji-solidarnej-polski-do-grupy-europa-wolnoci-i-demokracji-w-parlamencie-europejskim.html?category_id=257

Pressemitteilung, dass er sowohl ein konsequenter Gegner von Abtreibung als auch der Sharia sei.²³⁷

4.2.1 Das Verhältnis der EFD-Fraktion zur Europäischen Integration

Der Fraktionsvorsitzende Nigel Farage (UKIP.uk) bezeichnete die europäische Wirtschafts- und Währungsunion bei der Vorstellung der zweiten Kommission (2010 bis 2014) unter Barroso im Februar 2010 als „*modern day Völkerkerker*“. Es gebe, so behauptete er, „*mindestens 10 Kommunisten in dieser Kommission und es muss sich anfühlen, wie eine Rückkehr zu den guten alten Zeiten. [...] Während sich vor 60 Jahren ein Eiserner Vorhang auf Europa herabsenkte, haben wir es heute mit der eisernen Faust der Europäischen Kommission zu tun*“²³⁸. Es existiere, so Farage an anderer Stelle, „*no such thing as a European identity. Indeed the strength of Europe is its diversity of language, of culture and of states*.“²³⁹ Ein erklärtes Ziel der UKIP ist es, die konservative Regierung im Vereinigten Königreich dazu zu zwingen, ein nationales Referendum über den EU-Austritt abzuhalten²⁴⁰. Marta Andreasen (UKIP.uk) erklärte dazu im Oktober 2010: „*Wenn die EU-Politiker einen neuen Vertrag wollen, müssen sie zuerst den Bürgerinnen und Bürgern ein Referendum gewähren*.“²⁴¹

Morten Messerschmidt (DF.dk) charakterisierte die EU im Januar 2011 als diktaturähnliche politische Struktur: Sie werde von einer „*Kommission regiert, die aus Beamten ohne irgendeinen Wählerauftrag besteht, [...] hinter denen keinerlei Volksbewegung steht, die keiner Berichtspflicht unterliegen und die keinen Wählerauftrag haben*“. Die von der Kommission vorgelegten Gesetzesvorschläge würden umgesetzt von Menschen, „*die nicht demokratisch gewählt wurden, es sind Richter, die sich schön weit weg von der Realität eingerichtet haben. Dasselbe kann man über dieses Parlament sagen*“, das sich „*vor niemandem verantworten muss und nichts von den großen Sorgen, dem Widerstand und dem Aufruhr, der bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern herrscht, versteht*.“ Man könne „*viele beängstigende Gemeinsamkeiten mit den Diktaturen, die wir zu bekämpfen versuchen, feststellen*.“²⁴²

Die Perussuomalaiset, am Anfang der Legislaturperiode noch vertreten durch ihren Parteivorsitzenden und späteren Präsidentschaftskandidaten von 2011, Timo Soini (P.fi), fordert anstelle der EU, die eine „*Bürokratie und keine Demokratie*“ sei, „*die Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Staaten*.“ Soini erklärte im Februar 2010 dem EP sein Verständnis von Demokratie, der die „*nationale Souveränität*“ zugrunde liege, was bedeute, „*dass nur ein Volk, das unabhängig von allen anderen seine eigene Nation bildet, ein ewiges und uneingeschränktes Recht hat, immer über seine eigenen Angelegenheiten zu entscheiden*.“²⁴³ Eine ähnliche Position vertritt Philippe de Villiers (MPF.fr), der sich im März 2011 gegen die Existenz europäischer Parteien aussprach, denn ein „*politischer Raum auf EU-Ebene*“ existiere nicht. Politische Debatten könnten nur in einer Institution geführt werden, „*in der die Bürgerinnen und Bürger dieselben Werte miteinander teilen, dieselbe Sprache sprechen und dieselbe Kultur haben, mit anderen Worten aus dem gleichen Land kommen*“²⁴⁴.

Im Gegensatz zu den Parteien, deren politisches Ziel die Rückkehr zum souveränen Nationalstaat ist, tritt die separatistische italienische Partei Lega Nord für eine Neugründung der EU als „*Europa der Regionen und der Völker*“ ein. Dies bedeute, „*dass es keine Staaten*

²³⁷ Io amo l'Italia, Webseite, 17.12.2011, „*No to abortion and sharia. That's why I'm leaving EPP*“: <http://www.ioamolitalia.it/2011/12/no-to-abortion-and-sharia-thats-why-im-leaving-epp-magdi-cristiano-i-leave-ppe-because-it%E2%80%99s-not-compatible-with-my-life-choices/>

²³⁸ Farage, Plenardebatten, 09.02.2010, Vorstellung des Kollegiums der Mitglieder der Kommission

²³⁹ Farage, Plenardebatten, 23.06.2010, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 17. Juni 2010

²⁴⁰ UKIP, Referendum on the EU Petition: <http://www.ukip.org/petition/referendum-on-the-eu>

²⁴¹ Andreasen, Plenardebatten, 19.10.2010, Überprüfung des Haushalts

²⁴² Messerschmidt, Plenardebatten, 20.01.2011, Aussprache Belarus

²⁴³ Soini, Plenardebatten, 09.02.2010, Vorstellung des Kollegiums der Mitglieder der Kommission

²⁴⁴ Villiers, Plenardebatten, 18.03.2011, Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung

mehr geben wird. Die Lega ist nicht gegen Europa. Wir sind euroskeptisch und eurokritisch, weil die Euro-Zone in der heutigen Version nicht mehr funktioniert“. Sie EU sei „lediglich von Technokraten dominiert“, sagte der nicht im EP sitzende Parteivorsitzende Roberto Maroni im September 2012²⁴⁵ zur Ankündigung einer Referendumskampagne.

Jaroslav Paška (SNS.sk) plädiert für eine Politik der begrenzten Einzelermächtigung im Rahmen der bestehenden EU, wie er etwa im März 2011 erklärte. Die Mitgliedsstaaten hätten freiwillig entschieden, „einige ihrer Befugnisse an eine neue Institution – die Europäische Union – zu übertragen, die sie zusammen gegründet haben, um ausgewählte Kompetenzen der souveränen Staaten gemeinsam und koordiniert zu verwalten.“ Auch eine zukünftige „gemeinsame Wirtschaftsverwaltung“ müsse eine „freie und freiwillige Entscheidung“ der Mitgliedsstaaten sein, „keine Richtlinie aus Brüssel“.²⁴⁶

Im Gegensatz zu den meisten seiner Fraktionskollegen spricht sich Juozas Imbrasas (TiT.lt) für die Vertiefung der politischen Integration der EU aus. Im April 2011 erklärte er, „ein europäisches Statut der europäischen politischen Parteien“ ebne den Weg „für die Schaffung eines staatenübergreifenden Parteiensystems.“ Es handele sich dabei um den „ersten und unverzichtbaren Schritt zu mehr Teilhabe, mehr Demokratie und schließlich mehr Europa“²⁴⁷.

Integrationsbejahend trat auch Nikolaos Salavrakos (LaOS.gr) auf. Er sagte in der gleichen Debatte, „dass die Entwicklung politischer Parteien mit europäischer Ausrichtung, die mehr sind als nationale Vehikel, von entscheidender Bedeutung sein wird, um die öffentliche Meinung in der Europäischen Union in Bewegung zu bringen und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an einer Teilhabe an gemeinsamen Parteien zu wecken“²⁴⁸.

4.2.2 Einwanderungs- und Asylpolitik

Die Mehrheit der EFD-Abgeordneten steht Einwanderern kritisch bis ablehnend gegenüber. „Multikulturalität“ wird vielfach als Bedrohung dargestellt. Auch rassistische Ressentiments gegenüber muslimischen Einwanderern werden transportiert, etwa in Bezug auf eine von diesen angeblich betriebene Islamisierung der EU bzw. die Einführung der Scharia. Die UKIP lehne, so Gerard Batten (UKIP.uk) im September 2009, „etwas Einwanderung nicht ab, aber diese sollte streng kontrolliert werden und zum Vorteil von Großbritannien und nicht der Europäischen Union oder anderer Länder sein. Großbritannien benötigt keine gemeinsame europäische Migrationspolitik.“ Er forderte „ein sofortiges Ende der Masseneinwanderung und die Einführung einer streng begrenzten und kontrollierten Migrationspolitik“. Die „Förderung der Multikulturalität“ verursache Konflikte; die „vorhandenen Migranten“ müsse man „assimilieren und in eine gemeinsame Kultur integrieren...“ Es solle „keinen Platz für das Scharia-Recht geben.“²⁴⁹ Mario Borghezio (LN.it) kennzeichnete die Lega Nord im Mai 2011 als eine „Bewegung, die Territorium und Identität verteidigt, die gegen Immigration ist, denn sie will nicht, dass Menschen entwurzelt werden“.²⁵⁰ In einem Interview mit einem italienischen Radiosender im Juli 2011 hatte Borghezio über den norwegischen Massenmörder Anders Breivik und die von diesem vertretene Ideologie gesagt: „Some of the ideas he expressed are good, barring the violence. Some of them are great“. Er lobte Breiviks „opposition to Islam and his explicit accusation that Europe has surrendered before putting up a fight against its Islamicisation.“²⁵¹ Im April 2011 forderte Borghezio einen „Marshallplan“ für die Länder Nordafrikas, um Migrantinnen und Migranten von Europa fernzuhalten, denn es müssten „die Rechte der Völker“ Europas berücksichtigt werden, „hierzu gehören das Recht auf die eigene Identität, auf die eigenen Aktivitäten und natürlich

²⁴⁵ Kleine Zeitung, Lega Nord startet Referendumskampagne, 07.09.2012:

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3111380/lega-nord-startet-referendumskampagne.story>

²⁴⁶ Paška, Plenardebatten, 08.03.2011, Vorbereitung des Gipfeltreffens der Länder der Eurozone am 11. März 2011

²⁴⁷ Imbrasas, Plenardebatten, 06.04.2011, Politische Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung

²⁴⁸ Salavrakos, Plenardebatten, 05.04.2011, Politische Parteien auf europäischer Ebene und Regelungen für ihre Finanzierung

²⁴⁹ Batten, Plenardebatten, 15.09.2009, Zuwanderung, die Rolle von Frontex und zwischenstaatliche Zusammenarbeit

²⁵⁰ Borghezio, Plenardebatten, 10.05.2011 Migrationsströme und Asyl Auswirkungen auf das Schengen-System

²⁵¹ BBC News, Artikel, 27.07.2011, Italy MEP backs ideas of Norway killer Breivik:

<http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-14315108>

das Recht darauf, eine Invasion [durch Einwanderer] zu verhindern“²⁵². Fiorello Provera (LN.it) sagte in diesem Zusammenhang, er sei „es leid, illegale tunesische Einwanderer zu sehen, die streiken, weil ihnen kein Geld für Zigaretten gegeben wird, die sich weigern, Nahrungsmittel mit Thunfisch zu essen, weil diese nach Fisch riechen, und wenn sie dann erst einmal in Italien sind, Wohnraum und Arbeit (gratis versteht sich) verlangen, während wir mit Arbeitslosen und armen Menschen in unserer eigenen, einheimischen Bevölkerung zu tun haben“²⁵³.

Morten Messerschmidt (DF.dk) sprach sich im Mai 2011 gegen die offenen Grenzen im Schengen-Raum aus, weil, so Messerschmidt, „verschiedene Mitgliedstaaten eine unbedachte Einwanderungspolitik verfolgen, die einer großen Anzahl von Ausländern einen rechtmäßigen Aufenthalt in der EU gewährt“, was im Schengen-Raum dazu führe, dass diese ungestört nach Dänemark einwandern könnten. Mitgliedsstaaten wie Dänemark hätten „mit Erfolg ihre Einwanderungspolitik verschärft“.²⁵⁴ Zu den Themen Einwanderung und Integration brachte Messerschmidt zwei Schriftliche Erklärungen ins Parlament ein. Die *Schriftliche Erklärung zur Notwendigkeit dessen, dass die einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft an ihren Integrationsvorschriften festhalten können* vom 6. Mai 2010, die er gemeinsam mit Timo Soini (P.fi) einreichte, erhielt 33 von 735 möglichen Unterschriften. Die *Schriftliche Erklärung zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen in der Gemeinschaft* vom 09. September 2010 – zusammen mit Anna Rosbach (seinerzeit DF.dk/jetzt parteilos ECR) und Lorenzo Fontana (LN.it) – erlangte die Zustimmung von elf Abgeordneten.

Für den griechischen Abgeordneten Athanasios Plevris (LaOS.gr) war die „Eindämmung der illegalen Einwanderung“ im September 2009 eines drängendsten Probleme der EU. Er schrieb in einer Anfrage an die Kommission, die „Einwanderung in die EU aus Asien und Afrika“ nehme „immer wahnwitzigere Ausmaße an“, der „Migrationsdruck“ sei „unerträglich.“ „Ursachen des Problems“ seien „auch Länder, die die Migrationsströme nachweislich zulassen, wenn nicht gar schüren (z. B. die Türkei)“ sowie „der Mangel an koordinierten Anstrengungen der EU“.²⁵⁵ Seine Kollegin Niki Tzavela sagte im März 2011 über einen Initiativbericht von Edite Estrela (S+D), welcher den Vorschlag enthielt, „Migrantinnen ohne Ausweispapiere“ Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zu gewährleisten, dies gebe „illegalen Immigranten“ „nicht nur das Recht, einen gleichwertigen Zugang zum Gesundheitswesen zu verlangen, sondern wird noch viel mehr sogenannte ‚Asylbewerber‘ nach Europa locken, um von einer kostenlosen Gesundheitsversorgung zu profitieren, denn diese gibt es in den meisten Drittweltländern nicht.“ Deshalb habe sie gegen den Bericht gestimmt.²⁵⁶

Im Gegensatz zu den bisher genannten Positionen sprach der Abgeordnete Jaroslav Paška (SNS.sk) im Dezember 2010 in der Aussprache zur Richtlinie über ein *Einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates in der EU* von „Diskriminierung oder sogar Verfolgung“, welcher „illegale Migranten“ in der EU „ausgesetzt sind, da Arbeitgeber oftmals einen Nutzen aus ihrem nicht vorhandenen, rechtmäßigen Aufenthaltsstatus ziehen.“ Die vorgeschlagene Richtlinie könne, so Paška, „die derzeitigen Beschäftigungsverhältnisse für Migranten verbessern und einige der Fehlentwicklungen [...] beseitigen.“²⁵⁷

²⁵² Borghezio, Plenardebatten, 04.04.2011, Reaktion der EU auf die Migrationsströme aus Nordafrika

²⁵³ Provera, Plenardebatten, 05.04.2011, Migrationsströme infolge instabiler Verhältnisse: Außenpolitik der EU

²⁵⁴ Messerschmidt, Plenardebatten, 10.05.2011, Migrationsströme und Asyl – Auswirkungen auf das Schengen-System

²⁵⁵ Plevris, Schriftliche Anfrage, 04.09.2009, Illegale Einwanderung

²⁵⁶ Tzavela, Plenardebatten, 08.03.2011, Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU

²⁵⁷ Paška, Plenardebatten, 13.12.2010, Einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis zum Aufenthalt

4.2.3 Minderheitenpolitik

Mit der Freizügigkeit innerhalb der EU und der EU-Strategie zur Integration von Roma²⁵⁸ wurde die bis dahin in Nord-West-Europa kaum wahrgenommene soziale Ausgrenzung von Roma zu einem im EP vielfach diskutierten Thema. Vor allem aus Rumänien und Bulgarien sind seit 2007 vermehrt Roma nach Italien, Frankreich oder Deutschland eingereist. Aufsehen erregte die Praxis der französischen Regierung, tausende Roma nach Ablauf der dreimonatigen Aufenthaltsfrist kollektiv auszuweisen. Das Innenministerium hatte in einem Rundschreiben die französischen Präfekten dazu aufgefordert, die Wohnstätten der Roma zu räumen. Die zuständige EU-Justizkommissarin Viviane Reding warf daraufhin der französischen Regierung vor, Roma ethnisch zu diskriminieren und drohte mit einem Vertragsverletzungsverfahren. Zur entsprechenden Debatte im Europäischen Parlament reichten am 6. September 2010 die Abgeordneten Niki Tzavela und Nikolaos Salavrakos (LaOS.gr), Jaroslav Paška (SNS.sk), Paul Nuttall (UKIP.uk), Fiorello Provera, Mario Borghezio, Oreste Rossi und Mara Bizzotto (LN.it) im Namen der EFD einen *Entschließungsantrag zur Situation der Roma in Europa* ein. Darin hieß es, „*dass es zu den Hoheitspflichten eines Staates gehört, die Bedingungen für die Einreise in sein Hoheitsgebiet sowie die Niederlassung und die Beschäftigung in seinem Hoheitsgebiet unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Menschenwürde festzulegen, und [...] dass das Aufenthaltsrecht nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung des Sozialhilfesystems des Aufnahmemitgliedstaats führen*“ dürfe. Deshalb „*empfiehlt*“ die EFD, „*dass man sich direkt mit den Gründen, warum bestimmte Bevölkerungsgruppen abwandern, auseinandersetzen sollte*“ und „*fordert Rumänien und Bulgarien auf, die Roma wirklich in ihre jeweilige Gesellschaft zu integrieren*“.²⁵⁹ Gerard Batten (UKIP.uk) sagte in der Aussprache des EP zur Situation in Frankreich, das Land habe „*sich entschieden, dass es keine große Anzahl von nicht eingeladenen Roma will, die auf seiner Türschwelle erscheinen*.“ Das Problem sei eine „*direkte Folge der Richtlinie 2004/38/EC über die Freizügigkeit*“; dadurch gebe es „*keinen Schutz für uns vor den sozial unerwünschten und kriminellen Elementen*“. „*Französische Regierungen [...] machen jetzt die Erfahrung, dass sie die EU nicht ohne die Roma haben können. Die Franzosen wollen sich jetzt den Italienern anschließen und ‚arrividerci Roma‘ sagen. [...] Es ist besser, sich der UK Independence Party anzuschließen und ‚goodbye European Union‘ zu sagen.*“²⁶⁰

Im März 2010 betonte Lorenzo Fontana (LN.it), dass es nie zu Eingliederung der Roma kommen werde, wenn „*die Roma nicht wirklich bereit sind, die Rechtsvorschriften und die Kultur der Länder, in denen sie leben, anzuerkennen und zugleich nicht jedes Verhalten unterlassen, das mit dem zivilen Miteinander unvereinbar ist*“.²⁶¹ Mario Borghezio (LN.it) forderte im April 2011 in einer *Anfrage zur Abwanderung von Roma-Familien aus Rumänien* finanzielle Sanktionen. Die Kommission solle „*mitteilen, ob Rumänien endgültig und unter Androhung der Aussetzung sämtlicher EU-Finanzhilfen an seine Verpflichtung gegenüber den anderen Mitgliedstaaten erinnert werden wird, sich ernsthaft dafür einzusetzen, der Tragödie eines Exodus extrem armer und kinderreicher Familiengemeinschaften in andere Staaten vorzubeugen*“²⁶². Man müsse die Roma „*dazu auffordern*“, sagte er im September 2010 in einer Plenardebatte, „*die Bürgerinnen und Bürger ihrer Gastländer zu respektieren und nicht gesetzeswidrig in ihre Häuser einzudringen und Handlungen auszuführen, die einem Gast nicht gebühren*.“ Außerdem müsse man „*die Opfer ihrer Verbrechen berücksichtigen: die anderen anständigen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union*“.²⁶³

Die Slovenská Národná Strana stellte im slowakischen Wahlkampf 2010 rassistische, gegen Roma gerichtete Plakate auf, die einen dunkelhaarigen, korpulenten Mann mit nacktem,

²⁵⁸ Europäische Kommission: Die EU und die Roma, 27.09.2012: http://ec.europa.eu/justice/discrimination/roma/index_de.htm

²⁵⁹ EFD, Entschließungsantrag, 06.10.2010, Situation der Roma in Europa

²⁶⁰ Batten, Plenardebatten, 07.09.2010, Lage der Roma in Europa, 07.09.2010

²⁶¹ Lorenzo Fontana, Plenardebatten, 09.03.2010, Zweiter Europäischer Roma-Gipfel

²⁶² Borghezio, Parlamentarische Anfragen, 23.02.2011, Abwanderung von Roma-Familien aus Rumänien

²⁶³ Borghezio, Plenardebatten, 07.09.2010, Lage der Roma

tätowiertem Oberkörper zeigten sowie den Slogan: „*Damit wir nicht mehr jene durchfüttern, die nicht arbeiten wollen*“²⁶⁴. Der Abgeordnete der Partei, Jaroslav Paška (SNS.sk), malte im März 2010 ein stereotypes Bild der Roma in der Slowakei, für die der Staat alles getan habe: „*Die modernen Behausungen wurden zerstört, die sanitären Einrichtungen und andere Ausstattungen werden demontiert und gestohlen. Die Bewohner dieser Wohnungen werfen das Abwasser und den Abfall aus dem Fenster auf die Straße. Zur Arbeit gehen wollen sie nicht, selbst wenn sie ihnen von der Kommunalverwaltung angeboten wird. Das medizinische Personal, das ihnen Schutz gegen Infektionskrankheiten bringt, wird aus den Roma-Siedlungen vertrieben. Die Kinder sind vernachlässigt und hungrig und viele gehen nicht einmal zur Schule*“. Man müsse „den Roma-Kindern eine zivilisierte, kultivierte und ordentliche Lebensweise“²⁶⁵ beibringen. In seiner Stimmklärung zum Europäischen Gipfeltreffen zur Lage der Roma 2010 sagte er, er „*begrüße daher die Bemühungen der Europäischen Union, bei der Lösung der Probleme der Roma aktiv mitzuarbeiten und die Integration dieser Gemeinschaft in die Gesellschaft auf geordnete Weise zu verbessern*“.²⁶⁶

Die griechische Fraktionskollegin Niki Tzavela (LaOS.gr) sprach sich in der gleichen Aussprache für EU-Maßnahmen zu Verbesserung der sozialen Situation der Roma aus. Sie glaube „*nicht, dass das Problem in der Abschiebung der Roma aus Frankreich liegt. Es liegt in den unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Roma in Europa in den meisten Ländern leben. Daher sollten wir [...] einen gesamteuropäischen Plan und ein gesamteuropäisches Programm für die Roma als Teil unserer Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung vorschlagen. Abschiebung ist lediglich ein Aspekt des Problems. Die Bedingungen, unter denen die Roma leben, sind das Problem*“.²⁶⁷

Auch für Abgeordnete der EFD ist das EP eine Plattform, um im Bereich der Minderheitenpolitik Konflikte mit anderen EU-Mitgliedsstaaten auszutragen. In einer Plenardebatte zur *Verwendung von Minderheitensprachen* im November 2009 sagte Jaroslav Paška (SNS.sk), in Ungarn werde der Bezug slowakischer „*Kinder zu ihrer Muttersprache und ihren kulturellen Wurzeln unterdrückt*“. Die ungarische Politik habe „*die slowakische Minderheit in Ungarn dezimiert, während die ungarische Minderheit in der Slowakei dank der korrekten Politik der slowakischen Amtsführung in denselben Zahlen*“ fortbestehe.²⁶⁸ Paška kritisierte im Juni 2011 die neue ungarische Verfassung, „*gemäß derer Ungarn sich das Recht vorbehält, über die Organisation des Lebens der Bürgerinnen und Bürger in anderen Staaten zu entscheiden*“. Dies sei ein „*Angriff auf die friedliche Koexistenz in Europa*“; „*Die Idee einer Nation, eines Reiches und so weiter*“ sei nicht neu und bereits seit Hitler bekannt.²⁶⁹

Juozas Imbrasas (TIT.lt) wurde 2008 als Bürgermeister von Vilnius international bekannt, weil er in mehreren Fällen verhinderte, dass in der Stadt für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung demonstriert wurde, wie die Organisation Amnesty International in ihrem Jahresbericht 2008 berichtete. Imbrasas wird mit den Worten zitiert: „*da wir der traditionellen Familie Vorrang geben und Familienwerte propagieren möchten, missbilligen wir die öffentliche Zurschaustellung ‚homosexuellen Gedankenguts‘ in Wilna*“.²⁷⁰

²⁶⁴ Vgl. Zeitschrift dROMa, Wahlkampf: Anti-Roma-Hetze in der Slowakei, 07.05.2010: <http://www.roma-service.at/dromablog/?p=9344>

²⁶⁵ Paška, Plenardebatten, 09.03.2010, Zweiter europäischer Roma-Gipfel

²⁶⁶ Paška, Plenardebatten, 25.03.2010, Zweites europäisches Gipfeltreffen zur Lage der Roma

²⁶⁷ Tzavela, Plenardebatten, 22.09.2010, Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates (16. September 2010)

²⁶⁸ Paška, Plenardebatten, 24.11.2009, Verwendung von Minderheitensprachen im Rahmen des gemeinsamen europäischen Kulturerbes

²⁶⁹ Paška, Plenardebatten, 08.06.2011, Überarbeitete ungarische Verfassung

²⁷⁰ Amnesty International, Jahresbericht 2008: Litauen – <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2008/litauen>

4.2.4 EU-Türkei-Beziehungen

Die Mehrheit der Abgeordneten der EFD spricht sich gegen einen Beitritt der Türkei zur EU aus. Mara Bizzotto (LN.it) sagte in einer Rede zum *Fortschrittsbericht über die Türkei 2009*, „dass ein Beitritt der Türkei zur EU nicht richtig wäre, da die Einheit Europas vor allen Dingen im Christentum begründet“²⁷¹ liege. William Dartmouth (UKIP.uk) erklärte im November 2009, „dass überhaupt nur 3 % der Landmasse der Türkei auf dem europäischen Kontinent liegen, und dass dieses Vorhaben, dass die Türkei ein volles Mitglied der Europäischen Union werden sollte, aus geographischen Gründen völlig bizar“²⁷² sei.

Neben Religion und Geographie führen Abgeordnete der EFD finanzielle Einwände an. Philippe de Villiers (MPF.fr) behauptete im März 2010, dass „hunderte Millionen Euro jedes Jahr willkürlich ausgegeben werden (als Heranführungshilfe) und dafür keine Gegenleistung erbracht“ werde und forderte „eine Partnerschaft anstelle eines Beitritts“²⁷³. Gerard Batten (UKIP.uk) sagte im Januar 2010, die Türkei wolle der EU „beitreten, weil sie nach den vielen Subventionen aus den Geldern der europäischen Steuerzahler zu greifen hofft und sie die Gelegenheit sieht, Millionen ihrer armen, arbeitslosen Überbevölkerung in den Westen abzuschieben, darunter Großbritannien, wo sie entweder für Niedriglöhne arbeiten oder vom Sozialleistungssystem leben werden“²⁷⁴.

Andere Abgeordnete argumentieren mit einer drohenden Destabilisierung der EU. Lorenzo Fontana (LN.it) erklärte im Oktober 2010, „dass die Türkei mit ihren 90 Millionen Einwohnern bis 2030 das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union sein würde. Das bedeutet, dass sie die meisten Abgeordneten im Europäischen Parlament und den bedeutendsten Stimmenanteil im Europäischen Rat haben würde. Das Gleichgewicht in Europa wäre sicherlich destabilisiert“²⁷⁵. Nikolaos Salavrakos (LaOS.gr) führte im Februar 2010 gegen den *Fortschrittsbericht über die Türkei 2009* an, deren Regierung wolle „einen neuen osmanischen Staat“ gründen und fördere vermutlich „den Transit illegaler Einwanderer durch ihr Hoheitsgebiet in die Länder der Europäischen Union“²⁷⁶.

Auch die angebliche gesellschaftliche Rückständigkeit der Türkei wird als Grund für die Ablehnung eines Beitritts angeführt. Jaroslav Paška (SNS.sl) sagte zum gleichen Bericht, dass es entgegen offizieller Bekundungen türkischer Behörden „in der türkischen Gesellschaft keine wesentlichen Veränderungen“ gebe. „Väter verkaufen immer noch ihre Töchter oder tauschen sie gegen Vieh. Die Männer, die sich ihre Ehefrauen kaufen, behandeln sie wie Sklaven.“²⁷⁷ Ausgerechnet in einer Debatte über Gleichstellung der Geschlechter sagte er über die Türkei, dass, wer dieses Thema ernst nehme, nicht erwägen könne, „dass ein Land mit einer solchen Haltung gegenüber dem schönen Geschlecht Teil eines zivilisierten Europas sein kann“²⁷⁸. Bastiaan Belder (SGP.nl) hält einen Beitritt der Türkei „wegen des obligatorischen (sunnitischen) Religions- und Ethikunterrichts in der Primar- und Sekundarstufe in der Türkei“²⁷⁹ für ausgeschlossen, wie er in einer Anfrage an die Kommission vom Januar 2011 schrieb. Punkte, die auf die Agenda der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gehörten, seien das „Zugeständnis einer Rechtspersönlichkeit für alle religiösen Gemeinschaften“, die „sofortige Beendigung der öffentlichen Hasskampagne gegen türkische Christen“, die „sofortige Beendigung der auffälligen Diskriminierung nicht islamischer Minderheiten bei der Besetzung wichtiger ziviler und militärischer Stellen“, „[w]irksame Regierungsmaßnahmen gegen den wachsenden Antisemitismus im öffentlichen türkischen Leben“ sowie „eine strikte Ausrichtung der

²⁷¹ Bizzotto, Plenardebatten, 10.02.2010, Fortschrittsbericht Türkei 2009

²⁷² Dartmouth, Plenardebatten, 25.11.2009, Erweiterungsstrategie 2009 westlicher Balkan, Island und Türkei

²⁷³ Villiers, Plenardebatten 09.03.2010, Fortschrittsbericht 2010 über die Türkei

²⁷⁴ Batten, Plenardebatten, 20.01.2010, Demokratisierung in der Türkei

²⁷⁵ Fontana, Plenardebatten, 10.02.2010, Fortschrittsbericht über die Türkei 2009

²⁷⁶ Salavrakos, Plenardebatten, 10.02.2010, Fortschrittsbericht über die Türkei 2009

²⁷⁷ Paška, Plenardebatten, 10.02.2010, Fortschrittsbericht 2009 über die Türkei

²⁷⁸ Paška, Plenardebatten, 08.02.2010, Gleichstellung von Frauen und Männern 2009

²⁷⁹ Belder, Parlamentarische Anfragen, 20.01.2011, Unterricht in der Türkei

*Beziehungen zu der Islamischen Republik Iran auf die transatlantische Strategie zu Teheran und dessen kontroverses Nuklearprogramm*²⁸⁰.

4.2.5 Haushaltspolitik

Die Mehrheit der EFD-Abgeordneten fordert eine drastische Kürzung des EU-Haushaltes. Philippe de Villiers (MPF.fr) bezeichnete im Juni 2011 den MFR 2014 bis 2020 als eine „Art Fünf-Jahres-Plan der EU“; „Verschwendung und Bürokratie“ stünden „goldene Zeiten bevor.“²⁸¹ Nigel Farage (UKIP.uk) hatte gleich zu Beginn der Legislaturperiode im September 2009 zum Haushalt 2010 erklärt, die UKIP sei „grundsätzlich gegen JEDE Aufstockung des Haushalts“²⁸². Marta Andreasen (UKIP.uk) betonte, es gebe „kein Jahr, in dem der Rechnungshof uns die Genugtuung verschafft, festzustellen, dass der EU-Haushalt legal und ordnungsgemäß eingesetzt wurde“; die Mehrheit des EP wolle dennoch „die EU-Kassen weiter füllen.“ Wenn man „Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise fördern“ wolle, müssten Bereiche gefunden werden, „in denen der Haushalt gekürzt werden kann.“²⁸³ Auch Lorenzo Fontana (LN.it) sagte zum MFR 2014 bis 2020, es sei „klar, dass der EU-Haushalt gekürzt werden muss“, weil die Mittel in der Vergangenheit „mitunter nicht ordnungsgemäß verwendet“ worden seien.²⁸⁴ Bastiaan Belder (SGP.nl) erklärte in Bezugnahme auf den Haushalt 2011, in einer „wirtschaftlich schwierigen Zeit“ müsse die Union sich darüber im Klaren sein, dass „ihre finanziellen Ressourcen aus Mitgliedstaaten stammen, die mit der Durchführung drastischer Einsparungen konfrontiert werden. [...] Die EU sollte ihre öffentlichen Mittel ebenfalls beschneiden und diese zielgerichteter ausgeben.“²⁸⁵ Jaroslav Paška (SNS.sk) sprach sich aus den gleichen Gründen für Kürzungen im Haushalt 2012 aus. Die Abgeordneten des EP müssten „sehen, in welchen unserer Aufgabenbereiche wir die Steuermittel unserer Bürgerinnen und Bürger einsparen können, ohne dass die Qualität unserer Arbeit darunter leidet.“²⁸⁶

Einen entgegengesetzten Kurs in der EU-Haushaltspolitik vertreten Niki Tzavela (LaOS.gr) und Juozas Imbrasas (TIT.lt). Tzavela verlangte im Juni 2011 einen Haushalt, „der stark genug ist, um da draußen in der globalen Welt konkurrenzfähig zu sein“. Dieses Ziel sah sie mit dem MFR nach 2013 erreicht; „als Abgeordnete des Europäischen Parlaments“ sei sie „sehr froh, dass ich diesen Moment erlebe.“²⁸⁷ Imbrasas stimmte im März 2011 für die Leitlinien zum EU-Haushalt 2012, weil „der Haushaltsplan 2012 im Zeichen einer verbesserten wirtschaftspolitischen Kontrolle in der EU, des Mechanismus zum Europäischen Semester und der Ziele im Rahmen der Strategie Europa 2020 Wachstum und Beschäftigung fördern“ müsse. Der EU-Haushalt sei ein „Katalysator“, um die „Förderung von Investitionen, Wachstum und Beschäftigung in Europa zu beschleunigen.“²⁸⁸ Darüberhinaus betonte Imbrasas im Oktober 2010 die Wichtigkeit der EU-Kohäsionspolitik, deren Ziel „die Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsstand zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Regionen“ sei. Er sei der Meinung, „dass diese Politik nicht nationalisiert werden sollte. Wir müssen ein stabiles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sicherstellen. Eine starke und richtig finanzierte EU-Regionalpolitik ist die Basis, um soziale, wirtschaftliche und territoriale Kohäsion zu gewährleisten.“²⁸⁹

John Bufton (UKIP.uk) forderte im Oktober 2009 – im Widerspruch zu vielen Äußerungen der UKIP bezüglich der Nachteile, die der EU-Haushalt für Großbritannien bringe –, die EU-

²⁸⁰ Belder, Plenardebatten, 10.02.2010, Fortschrittsbericht über die Türkei 2009

²⁸¹ Villiers, Plenardebatten, 08.06.2011, Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020

²⁸² Farage, Plenardebatten, 22.10.2009, Stimmerklärungen Haushalt 2010 (Hervorhebung im Original)

²⁸³ Andreasen, Plenardebatten, 20.10.2009, Gesamthaushaltsplan 2010: Einzelpläne

²⁸⁴ Fontana, Plenardebatten, 08.06.2011, Mehrjähriger Finanzrahmen

²⁸⁵ Belder, Plenardebatten, 24.03.2010, Prioritäten für den Haushaltsplan 2011, Einzelplan III

²⁸⁶ Paška, Plenardebatten, 08.03.2011, Leitlinien für das Haushaltsverfahren 2012 – sonstige Einzelpläne

²⁸⁷ Tzavalas, Plenardebatten, 08.06.2011, Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2013

²⁸⁸ Imbrasas, Plenardebatten, 24.03.2011, Leitlinien für die Vorbereitung des Haushaltsplans 2012

²⁸⁹ Imbrasas, Plenardebatten, 07.10.2010, EU-Kohäsions- und Regionalpolitik nach 2013

Förderung für Wales ab 2014 sicherzustellen: „Ich bitte die Kommission und den Rat dringend, die adäquate Finanzierung für Wales durch eine Übergangslösung sicherzustellen, sobald das Strukturfonds-Programm im Jahr 2013 ausläuft.“²⁹⁰

4.2.6 Wirtschaft, Währung, Beschäftigung und Soziales

Die Delegationen in der EFD vertreten auch in der Wirtschaftspolitik sehr unterschiedliche Positionen. Die Abgeordneten der Lega Nord plädieren für einen Kapitalismus, der sich am lokalen, identitätswahrenden Unternehmertum orientiert, dessen Märkte notfalls mit protektionistischen Maßnahmen gegen die Konkurrenz auswärtiger Waren und Arbeitskräfte geschützt werden sollten. Claudio Morganti (LN.it) unterschied in einer Rede vom April 2010 zwei Gesellschaftsmodelle, ein „globales“ und ein „lokales“ System; letzteres werde durch seine Partei vertreten. Er sei der Auffassung, „dass kleine Unternehmen aus wirtschaftlicher Sicht der authentischste Ausdruck der kulturellen Identität lokaler Gemeinschaften sind und dass diese daher immer geschützt werden sollten“.²⁹¹ Er forderte zum Beispiel „Schutzzölle und Quoten auf asiatische Produkte“²⁹², als das EP im Oktober 2010 über Zollerleichterungen als Teil eines Hilfsprogramms für Pakistan diskutierte. Fiorello Provera (LN.it) sagte im April 2010, „Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die 99 % der Produktionsstätten Europas“ bildeten, benötigten „vier grundlegende Elemente: leichteren Zugang zu Krediten, größere Arbeitsmarktflexibilität, weniger Bürokratie, wenn es um die Erschließung und Verwaltung von Geschäften geht, und schließlich Schutz vor unlauterem Wettbewerb“²⁹³. Mara Bizzotto (LN.it) forderte im Mai desselben Jahres, „denjenigen Arbeit [zu geben], die ihre Arbeit verloren haben, in erster Linie unseren Bürgerinnen und Bürgern“. Die Mitgliedsstaaten sollten „ihre Einwanderungspolitik in Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Bedarf an Einwanderern festlegen“ und daher „für einige Jahre eine Einwanderungssperre für Einwanderer aus Ländern außerhalb der EU in Betracht ziehen.“ Sie sehe „keinen anderen Weg, wie wir unsere Arbeitsplätze, unser soziales System schützen können“.²⁹⁴

Für freie und offene Märkte treten dagegen die Vertreterinnen und Vertreter der Dansk Folkeparti und der UKIP ein. Morten Messerschmidt (DF.dk) erklärte im Januar 2011 in Bezug auf Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Pazifikstaaten, der „freie Handel ist eigentlich der einzige Weg, um Wohlstand zu erreichen. Wir sehen das am Beispiel des Binnenmarktes zwischen den EU-Mitgliedstaaten“, also müsse es „zweifelloso auch im Falle der Entwicklungsländer so sein.“²⁹⁵ Anna Rosbach (seinerzeit DF.dk/jetzt parteilos ECR) forderte im September 2010 die Abschaffung von Subventionen in der Agrarwirtschaft zugunsten von Wettbewerb: In Dänemark, so Rosbach, befürworte „fast jeder eine Abschaffung der Agrarsubventionen, da wir die Landwirtschaft für eine freie und wettbewerbsorientierte Branche halten.“²⁹⁶ Auch Gerard Batten (UKIP.uk) erklärte im November 2010, man müsse die Landwirtschaft nur den „Mechanismen des Marktes“ überlassen, dann würden sich „die Bedürfnisse von Angebot und Nachfrage zu wettbewerbsfähigen Preisen erfüllen.“ Die GAP dagegen sei „eine künstliche, teure und unnötige Belastung für Landwirte und Konsumenten.“ Deshalb wolle er „die GAP abschaffen“.²⁹⁷ Gerard Batten (UKIP.uk) bezeichnete im Juni 2010 die Millenniumsentwicklungsziele als obsolet, stattdessen solle man „EU-Handelsbarrieren und protektionistische Maßnahmen, die den Handel mit ärmeren Ländern beschränken, lockern, die ständig zunehmende Regulierungsdichte und Bürokratie, die den Unternehmen in ganz

²⁹⁰ Bufton, Plenardebatten, 19.10.2009, Ausführungen von einer Minute

²⁹¹ Morganti, Plenardebatten, 19.04.2010, Ausführungen von einer Minute

²⁹² Morganti, Plenardebatten, 20.10.2010, Hilfe für Pakistan und mögliche Auswirkungen für die europäische Industrie

²⁹³ Provera, Plenardebatten, 20.04.2010, Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2010

²⁹⁴ Bizzotto, Plenardebatten, 05.05.2010, Europa 2020 – Eine neue europäische Strategie für Arbeitsplätze und Wachstum

²⁹⁵ Messerschmidt, Plenardebatten, 19.01.2011, Partnerschaftsabkommens EU-Pazifik-Staaten

²⁹⁶ Rosbach, Plenardebatten, 06.09.2010, Gerechte Einkommen für Landwirte

²⁹⁷ Batten, Plenardebatten, 23.11.2010, Vereinfachung der GAP

*Europa die Luft abschnürt, abbauen, die gemeinsame europäische Währung abschaffen und [...] natürlich sollte Großbritannien die Europäische Union so schnell wie möglich verlassen.*²⁹⁸ Steuerharmonisierung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten sei, so Godfrey Bloom (UKIP.uk) im Februar 2010, *„ein Konzept, das von der modernen politischen Klasse erdacht wurde, um sicherzustellen, dass keine Regierung zu wenig von ihrem Volk stiehlt: wenn man so will, ist es ein Diebeskartell.“*²⁹⁹

Eine wirtschaftspolitische Spaltungslinie innerhalb der EFD verläuft zwischen Abgeordneten aus wirtschaftlich erfolgreichen Staaten und solchen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Bastiaan Belder (SGP.nl) etwa erklärte im Mai 2010 zur Schuldenkrise der EU-Staaten, es müsse die *„Funktionsweise des Stabilitäts- und Wachstumspakts“* sei *„nicht nur eine Frage der Strukturen und Regeln, sondern auch der Mentalität“*³⁰⁰. Timo Soini (P.fi) forderte zur Vorbereitung des Europäischen Rates im Oktober 2010, dass jedes Land, *„für seine Wirtschaft selbst verantwortlich“* sei und nicht *„für die Schulden anderer Länder. [...] Wir können nicht verstehen, warum finnische Arbeiter und Kleinunternehmer Blut und Wasser schwitzen sollen, um für die Rückzahlung der Schulden von Spielern und Lügnern zu arbeiten“*. Wie die Sowjetunion an *„mehr Sozialismus“* gescheitert sei, so scheitere die EU an der Strategie *„mehr Integration“*³⁰¹ als Antwort auf Krisen.

Seine Fraktionskollegin Niki Tzavela (LaOS.gr) forderte dagegen vom Europäischen Rat im März 2010 mehr europäische Integration zur Unterstützung Griechenlands. Es sei klar, *„dass wir hier vor einer Bewährungsprobe für die europäische Währung und vor allem für den Willen der Entscheidungsträger der Europäischen Union stehen, sie zu verteidigen. [...] Ich hoffe, wir werden morgen beweisen, dass wir wirklich Zusammenhalt und etwas Gemeinsames erreicht haben“*, so Tzavela. Außerdem erklärte sie im Mai 2010, *„die überstürzte Einführung der wirtschaftspolitischen Steuerung“* hätte *„schon vor zehn Jahren [...] erfolgen sollen“* und die EZB solle *„Bürgschaften für europäische Anleihen in Höhe von bis zu 60 Prozent des BIP jedes Landes übernehmen“*.³⁰² Die wirtschaftliche Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten solle, so Tzavela, auch einen gemeinsamen Arbeitsmarkt umfassen. Wirtschaftsstarke Mitgliedsstaaten sollten junge griechische Arbeitskräfte aufnehmen; Deutschland etwa habe *„angekündigt, dass es Facharbeiter braucht.“* Es gebe *„keinen Grund für Deutschland, solche Arbeiter aus Drittländern zu importieren“*. Es solle sich auf den EU- Arbeitsmarkt verlassen und *„mit den südlichen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um qualifizierte europäische Arbeitskräfte einzustellen“*³⁰³, die sie in Konkurrenz zu Arbeitskräften aus Drittstaaten sieht: Man könne nicht, so Tzavela im April 2011, *„zu einer europäischen Wirtschaft der Wertschöpfung kommen, wenn unser Arbeitsmarkt durch die illegale Einwanderung verletzt“* werde. Es sei daher notwendig, *„dass wir die Identifizierung und den Schutz der wirtschaftlichen und geografischen Grenzen Europas in den Euro-Pakt integrieren“*.³⁰⁴

Jaroslav Paška (SNS.sk) lehnte im Mai 2010 die 2020-Wirtschaftsstrategie der EU ab, weil *„ihre Ähnlichkeit zu den Fünfjahresplänen, die dem Ostblock Wohlstand bringen sollten, nicht zu übersehen“* sei. Er wirft dem EU-Parlament vor, dass es *„auf jedes neue Problem auf die gleiche Weise reagiert wie der Europäische Rat oder die Kommission, indem es eine weitere neue Institution oder eine weitere Behörde ins Leben“* rufe, die dann Arbeitskräfte von den Märkten fernhalte und Kosten verursache: *„Die meisten qualifizierten Europäer verschwinden dann in den Untiefen verschiedener Organisationen und diese Millionen von qualifizierten Menschen, die zur gleichen Zeit in anderen Bereichen kreativ arbeiten könnten, zum Beispiel im Bereich der Innovation und Entwicklung im Produktionssektor, schieben nur in Büros Papiere hin und her und saugen die Mittel der Gemeinschaft aus.“*³⁰⁵

²⁹⁸ Batten, Plenardebatten, 14.06.2010 Millenniums-Entwicklungsziele: Halbzeitbilanz

²⁹⁹ Bloom, Plenardebatten, 08.02.2010, Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

³⁰⁰ Belder, Plenardebatten, 10.05.2010, Langfristig tragfähige öffentliche Finanzen für eine sich erholende Volkswirtschaft

³⁰¹ Soini, Plenardebatten, 15.12.2010, Vorbereitung des Europäischen Rates (16.-17. Dezember 2010)

³⁰² Tzavela, Plenardebatten, 19.05.2010, Ergebnis des Gipfels vom 7. Mai 2010 und der ECOFIN-Tagung

³⁰³ Tzavela, Plenardebatten, 23.11.2010, Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten

³⁰⁴ Tzavelas, Plenardebatten, 05.04.2011, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (24.-25. März 2011)

³⁰⁵ Paska, Plenardebatten, 05.05.2010, Europa 2020 – Eine neue europäische Strategie für Arbeitsplätze und Wachstum

Die EFD vertritt mehrheitlich die Position, die Währungsunion könne nicht funktionieren und werde zwangsläufig auseinanderfallen. Dies erklärte Nigel Farage (UKIP.uk) unter anderem auf einer EFD-Konferenz im EU-Parlament am 12. Oktober 2011 mit dem Titel *„Preparing for the Euro Breakup“*³⁰⁶. Dort sprach auch der deutsche Professor Wilhelm Hankel, der vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des Euro und den sogenannten Euro-Rettungsschirm geklagt hatte. Einem Teil der EFD gilt die EU als Wiedergänger der Sowjetunion: *„Zentralgewalt und Währungspolitik haben in der Sowjetunion nicht funktioniert, und werden auch im Westen nicht funktionieren“*³⁰⁷ sagte Timo Soini (P.fi) in der Debatte zum Haushaltsplan 2011. Der Euro, so Morten Messerschmidt (DF.dk) im März 2010, sei eine *„Konstruktion, die mit der Absicht hergestellt wurde, eine viel größere wirtschaftliche Vereinigung herbeizuführen [...] – alle wirtschaftlichen Bereiche, alles, was von wesentlicher Bedeutung für die Wirtschaft ist – muss vereint werden.“* Man sehe die Folgen dieser Politik *„in Griechenland, wo Wirtschaftsexperten in Frankfurt den Griechen sagen, welche Art der Wirtschaftspolitik sie verfolgen sollen, und das werden wir in [...] einer ganzen Reihe anderer Länder sehen.“* Die Dansk Folkeparti und Dänemark wollten deshalb, so Messerschmidt, *„außerhalb der Eurozone“* bleiben und *„selbst entscheiden, welche Wirtschaftspolitik wir zu verfolgen wünschen.“*³⁰⁸

Im Hinblick auf die Sozialpolitik vertritt die Mehrheit der EFD-Abgeordneten einen Kurs der Renationalisierung und der Schließung der nationalen Arbeitsmärkte für Menschen aus anderen Staaten. Für die EU sei es, so Bastiaan Belder (SGP.nl), *„nicht wünschenswert [...], ihre Aufmerksamkeit den Politikfeldern Sozialwesen, Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt zu widmen. Zielsetzungen in diesen Bereichen können nicht auf europäischer Ebene erreicht werden, und das zu Recht.“*³⁰⁹ Die UKIP vertritt eine national-liberale Wirtschaftspolitik, die auf geringen Arbeits- und Kündigungsschutz setzt. Laut William Dartmouth (UKIP.uk) hat sich zum Beispiel die EU-Leiharbeiterrichtlinie, welche die Angleichung der Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern an diejenigen Festangestellter sichern solle, *„wie Leim im anpassungsfähigsten Teil des Arbeitsmarktes ausgewirkt.“* Sie habe *„Großbritannien unverhältnismäßig und negativ beeinflusst“*, denn es gelinge nur durch *„die Verfügbarkeit von anpassungsfähigen Arbeitskräften, Menschen aus der Armut zu führen“*³¹⁰. Sein Kollege Derek Clark (UKIP.uk) erklärte im Oktober 2010, warum die UKIP EU-koordinierte Mindesteinkommen ablehnt. Diese führten dazu, dass Steuern erhöht würden und dass es *„mehr Regulierung und Bürokratie für die Unternehmen“* gebe. Außerdem werde *„auf ein europaweit harmonisiertes Mindesteinkommen ein harmonisiertes Steuersystem folgen, und alles wird auf eine graue formlose Masse reduziert, frei von Europas großartigster Eigenschaft: der Vielfalt“*³¹¹.

Aber nicht alle EFD-Vertreter fordern Zurückhaltung der EU in Bezug auf Sozialpolitik. Im Gegensatz zu Belder, Dartmouth und Clark forderte Juozas Imbrasas (TiT.It) im Oktober 2010 eine weitgehende Einmischung der Kommission in die Finanz-, Wirtschafts- und auch Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten. Unter anderem sagte er, die Kommission solle für *„die Schaffung neuer Arbeitsplätze“* sorgen *„und dies mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung verbinden.“*³¹²

³⁰⁶ EFD, Konferenz, 12.10.2011, „Preparing for the Euro breakup“:
<http://www.efdgroupp.eu/index.php/newsroom/events/item/preparing-for-euro.html>

³⁰⁷ Soini, Plenardebatten, 23.11.2010, Haushaltsplan 2011

³⁰⁸ Messerschmidt, Plenardebatten, 25.03.2010, Jahresbericht 2008 der EZB

³⁰⁹ Belder, Plenardebatten, 10.05.2010, Langfristig tragfähige öffentliche Finanzen für eine sich erholende Volkswirtschaft

³¹⁰ Dartmouth, Plenardebatten, 10.02.2010, Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den internationalen Handel

³¹¹ Clark, Plenardebatten, 19.10.2010, Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut

³¹² Imbrasas, Plenardebatten, 20.10.2010, Vorbereitung des Europäischen Rates (28./29. Oktober 2010) - Vorbereitung des G20-Gipfels (11./12. November 2010)

4.2.7 Klimawandel, Umwelt, Energie

Zu den europäischen und globalen Maßnahmen gegen den Klimawandel lassen sich in der EFD unterschiedliche Positionen finden. John Stuart Agnew (UKIP.uk) behauptete etwa im Januar 2010, Wissenschaftler hätten längst alle „sogenannten Fakten über die von Menschen verursachte globale Erwärmung widerlegt“³¹³. In ihrer Stimmerklärung zum Kopenhagener Gipfel ergänzten Agnew und William Dartmouth (UKIP.uk), sie stritten „den Gesprächen von Kopenhagen zwar die wissenschaftliche Prämisse ab“, hätten jedoch „keinerlei Einwände gegen die Ergreifung von Umweltschutzmaßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene.“³¹⁴ Auch Zusammenarbeit im Bereich Energieeffizienz, so die UKIP-Delegation in einer gemeinsamen Stimmerklärung im November 2009, lehne die Partei „nicht ab, besteht aber darauf, dass eine derartige Zusammenarbeit von demokratisch gewählten Regierungen ausgeht und nicht von deren unverantwortlichen Vertretungen einer antidemokratischen supranationalen Organisation wie der EU“³¹⁵.

Für Oreste Rossi (LN.it) ging es im Dezember 2010 in der Debatte zur Klimakonferenz in Cancún vor allem darum, Nachteile für einheimische Unternehmen zu verhindern. Er forderte ein global verbindliches Klimaabkommen und keine weitere Selbstverpflichtung der EU, denn es sei „inakzeptabel, von unseren Unternehmen weiterhin Opfer zugunsten von Unternehmen in Drittländern zu fordern.“ Ein Abkommen bei der „COP 17“ müsse „auch Sanktionen für die Länder [beinhalten], die eine Zusammenarbeit noch immer verweigern.“³¹⁶

Timo Soini (P.fi) warf der politischen Linken im November 2011 vor, das Thema Umwelt wichtiger als die Interessen der Arbeitnehmer zu nehmen. Bezüglich seiner eigenen Prioritäten sagte er, „wir sollten Arbeitnehmer, Kleinunternehmen und Industrie schützen. [...] Nur wenn es der Wirtschaft gut geht, können wir in die Umwelt investieren.“³¹⁷

Niki Tzavela (LaOS.gr) bezeichnete dagegen bereits im Juni 2011 den Konflikt zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Kostennutzenrechnung als weitgehend gelöst. Europa habe „einen Punkt erreicht hat, an dem wir Konflikten zwischen Entwicklung und Umweltschutz selten begegnen“. Der EU falle eine zentrale Rolle bei Umweltschutzmaßnahmen in den Mitgliedsstaaten zu. Es bedürfe „Informationen über den Zustand der Umwelt in den Mitgliedstaaten“, „ein Verfahren, um diese Informationen alle fünf Jahre zu erneuern“ und „eine gemeinsame Bewertung der Fortschritte aller Umweltmaßnahmen [...], die in der Europäischen Union unternommen werden.“³¹⁸ Jaroslav Paška (SNS.sk) äußerte im Juni 2011 die „Überzeugung, dass eine konsequentere Förderung der Innovation umweltschonender Technologien der Weg ist, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren“. Gleichzeitig sprach er sich gegen „Verwaltungs- und Finanzinstrumente“ wie handelbare Emissionszertifikate aus.³¹⁹

Im Bereich der Energieversorgung verteidigte die Lega Nord nach den Vorfällen in Fukushima/Japan auch im EP die Nutzung der Kernenergie – zumindest bis die Bürgerinnen und Bürger Italiens in einer Volksabstimmung am 13. Juni 2011 mehrheitlich gegen den Wiederaufbau der Atomindustrie stimmten. Oreste Rossi (LN.it) erklärte im März 2011, man könne es sich „heute nicht erlauben, der Angst zum Opfer zu fallen und übereilte Entscheidungen zu treffen: Wir brauchen ein allgemeines Abkommen darüber, vorhandene Kernkraftwerke sicher zu machen und diejenigen, die gerade gebaut werden, zu überprüfen“³²⁰.

Bezüglich der Versorgung mit Erdgas aus Drittstaaten forderte Bastiaan Belder (SGP.nl) im September 2009, die Türkei solle „bei der Verringerung der europäischen Abhängigkeit von

³¹³ Agnew, Plenardebatte, 20.01.2010, Ergebnisse Klimagipfel Kopenhagen

³¹⁴ Agnew, Dartmouth, Plenardebatten, 10.02.2010, Klimagipfel in Kopenhagen

³¹⁵ Agnew, Andreasen, Batten, Bufton, Clark, Colman, Farage, Natrass, Sinclair, Plenardebatten, 26.11.2009, Zusammenarbeit Energieeffizienz

³¹⁶ Rossi, Plenardebatten, 14.12.2010, Ergebnisse der Klimakonferenz in Cancún

³¹⁷ Soini, Plenardebatten, 24.11.2009, Vorbereitung des Klimagipfels in Kopenhagen

³¹⁸ Tzavela, Plenardebatten, 06.06.2011, Europäische Umweltökonomische Gesamtrechnungen

³¹⁹ Paška, Plenardebatten, 22.06.2011, Verringerung der Treibhausgasemissionen und Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen

³²⁰ Rossi, Plenardebatten, 23.03.2011, Lage in Japan, einschließlich der alarmierenden Situation in den Kernkraftwerken

Russland eine wichtige Rolle spielen.“ Rat und Kommission sollten sich für die Nabucco-Pipeline entscheiden und auch die Türkei solle „ihr volles Gewicht in die Waagschale des Nabucco-Projektes werfen“; allerdings ohne dass sie „im Austausch gegen kooperatives Verhalten eine Eintrittskarte für die Union“³²¹ erhalte.

4.2.8 Außenpolitik

In der Außenpolitik vertreten die Abgeordneten der EFD-Fraktion insgesamt vergleichsweise kohärente Standpunkte, indem sie sich gegen eine Verlagerung von Kompetenzen zugunsten der EU stellen.

Marta Andreasen (UKIP.uk) kritisierte etwa an der GASP nach dem Vertrag von Lissabon, dass „die Idee eines Europäischen Auswärtigen Diensts in ganz Europa nie wirklich willkommen gewesen“ sei und doch sei es der „EU-Bürokratie“ gelungen, ihn durchzusetzen³²². Nigel Farage (UKIP.uk) polemisierte in diesem Zusammenhang, Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, habe „nie eine echte Arbeit gehabt“ und sei „in ihrem Leben nie zu irgendwas gewählt worden“, weshalb „sie für diese Europäische Union perfekt“³²³ sei. Auch Philippe de Villiers (MPF.fr) bemerkte im Oktober 2010, es könne kein europäischer diplomatischer Dienst wie der EAD akzeptiert werden, „der in Bezug auf Verwaltung, Haushaltsplanung und Politik von der Kommission kontrolliert wird.“ Der EAD bedeute „eine vollkommene Abkehr vom Erbe der einzelnen Mitgliedstaaten.“ Den Diplomaten im EAD sei es nicht möglich, „Anweisungen aus ihren Mitgliedstaaten zu erhalten und sie werden für ‚das allgemeine Wohl‘ einer Europäischen Union arbeiten müssen, das nur für Eurokraten einen Bezugspunkt“ darstelle.³²⁴ Sampo Terho (P.fi), erklärte, es sei eine „gute Sache, eine gemeinsame stärkere Stimme in der Außenpolitik zu haben, dadurch darf jedoch die Bedeutung der Außenpolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten und die damit verbundene Flexibilität und Unabhängigkeit nicht gemindert werden.“³²⁵ Diesen Standpunkt vertrat auch Bastiaan Belder (SGP.nl) mit der Aussage, Außenpolitik sei „vordergründig eine Aufgabe der Mitgliedstaaten, und sollte diese dennoch europäisiert werden, würde ich das Klima des Rates dem der Kommission vorziehen“.³²⁶ Er glaube jedoch, sagte er an anderer Stelle, „dass viele meiner Abgeordnetenkollegen den Auswärtigen Dienst als trojanisches Pferd nutzen wollen, um über die Kommission Kontrolle über die GASP zu erlangen.“³²⁷

John Bufton (UKIP.uk) erklärte anlässlich des Friedensnobelpreises für die EU im Oktober 2012, der Frieden seit 1945 sei nicht der EU, sondern nur der NATO zuzurechnen.³²⁸ Abgeordnete wie Bastiaan Belder (SGP.nl) oder Mario Borghezio nehmen vielfach Bezug auf die Situation von Christen. Es gebe, so etwa Borghezio (LN.it), „im vorherrschenden Relativismus der europäischen Politik [...] ein Wort, das tabu ist: Christianophobie.“ Man höre seit vielen Jahren Berichte „über die Verfolgung von Christen auf mehreren Kontinenten.“ Europa müsse aufwachen und sich an seine „christlichen Wurzeln“ erinnern.³²⁹ Eine einflussreiche Position in Bezug auf die GASP der EU erlangte Bastiaan Belder (SGP.nl) 2011 als Berichterstatter³³⁰ des EP zur Vorgehensweise der EU gegenüber dem

³²¹ Belder, Plenardebatten, 17.09.2009, Sicherheit der Energieversorgung (Nabucco und Desertec)

³²² Andreasen, Plenardebatten, 19.10.2010, Haushaltsordnung EAD

³²³ Farage, Plenardebatten, 25.11.2009, Vorbereitung des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember 2009

³²⁴ Villiers, Plenardebatten, 20.10.2010 Gesamthaushaltsplan Europäischer Auswärtiger Dienst

³²⁵ Terho, Plenardebatten, 11.05.2011, Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

³²⁶ Belder, Plenardebatten, 11.11.2009, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 29. und 30. Oktober 2009 einschließlich Mandat und Kompetenzen des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters der Union für auswärtige Angelegenheiten

³²⁷ Belder, Plenardebatten, 21.10.2009, Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes

³²⁸ Bufton, EFD, Newsroom, 25.10.2012, *Peace since 1945 owes nothing to the EU but NATO:*

<http://www.efdgroupp.eu/newsroom/item/peace-since-1945-owes-nothing-to-the-eu-but-nato-says-john-bufton.html>

³²⁹ Borghezio, Plenardebatten, 19.01.2011, Situation von Christen unter dem Aspekt der Religionsfreiheit

³³⁰ Belder, MdEP seit 1999, war seit dem Jahr 2000 schon acht Mal Berichterstatter.

*Iran*³³¹. In einer Plenarrede zu seinem Bericht forderte er Unterstützung für die iranische Opposition und kritisierte „*Teherans unkooperative Haltung*“ bezüglich des Atomprogramms. Es sei aus seiner „*Sicht unverständlich, einem solchen Land die Botschaft zu vermitteln, dass es berechtigt ist, Uran anzureichern.*“ Er sei dankbar, dass das EP „*weder die antisemitische Rhetorik noch die Leugnung des Holocaust durch Präsident Ahmadinejad*“³³² akzeptiere.

³³¹ Belder, Berichte, 11.02.2011, Vorgehensweise der EU gegenüber dem Iran

³³² Belder, Plenardebatten, 09.03.2011, Vorgehensweise der EU gegenüber dem Iran

4.3 Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (ECR)

Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) wurde auf Initiative der britischen Conservative Party (CP) und der tschechischen, bürgerlichen Demokraten Občanská Demokratická Strana (ODS) im Juli 2009 gegründet. Die fünftgrößte Fraktion hat nunmehr 53 Mitglieder aus neun Staaten und elf Parteien:

Conservative Party Ulster Conservatives and Unionists (Vereinigtes Königreich)	Timothy Kirkhope, Martin Callanan, Ashley Fox, Philip Bradbourn, Malcolm Harbour, Geoffrey van Orden, Giles Chichester, Richard Ashworth, Sir Robert Atkins, David Campbell Bannerman, Nirj Deva, James Elles, Vicky Ford, Jacqueline Foster, Julie Girling, Daniel Hannan, Roger Helmer, Syed Kamall, Sajjad Karim, Emma McClarkin, Struan Stevenson, Robert Sturdy, Kay Swinburne, Charles Tannock, Marina Yannakoudakis, James Nicholson, Anthea McIntyre (seit Dezember 2011)
Občanská Demokratická Strana (Tschechien)	Jan Zahradil, Miroslav Ouzký, Milan Cabrnoch, Andrea Češková, Hynek Fajmon, Edvard Kožušník, Ivo Strejček, Evžen Tošenovský, Oldřich Vlasák
Prawo i Sprawiedliwosc (Polen)	Ryszard Antoni Legutko, Marek Józef Gróbarczyk, Tadeusz Cymanski, Ryszard Czarnecki, Tomasz Piotr Poręba, Janusz Wojciechowski, Konrad Szymański
Polska Jest Najważniejsza (Polen)	Michał Tomasz Kaminski, Paweł Robert Kowal, Marek Henryk Migalski
Parteilos (Polen)	Adam Bielan (mit Polska Jest Najważniejsza), Mirosław Piotrowski (mit Prawo i Sprawiedliwosc)
Lijst Dedecker (Belgien)	Jan Derk Eppink
Magyar Demokrata Fórum (Ungarn)	Lajos Bokros
ChristenUnie (Niederlande)	Peter Van Dalen
Tēvzemei un Brīvībai/LNNK (Lettland)	Roberts Zīle
Lietuvos Lenkų Rinkimų Akcija (Litauen)	Valdemar Tomaševski
Parteilos (Dänemark)	Anna Rosbach
Conservatori Social Riformatori (Italien)	Cristiana Muscardini (seit Oktober 2012)

Die ECR verzeichnete in der laufenden Legislaturperiode einige Zu- und Abgänge. Anna Rosbach³³³ (parteilos.dk) stieß im März 2011 als parteilose Abgeordnete dazu, nachdem sie die Dansk Folkeparti und die EFD verlassen hatte. Wie bereits in Kapitel 4.2 über die EFD

³³³ Anna Rosbach beschäftigte sich als Abgeordnete der Dansk Folkeparti und ab März 2011 als parteilose Abgeordnete der ECR fast ausschließlich mit Umwelt- und Klimafragen sowie Fragen der Meerespolitik. Sie ist, weil die überwiegende Anzahl der über sie verfügbaren Daten aus der entsprechenden Zeit stammt, in dieser Studie als Teil der Delegation der Dansk Folkeparti und EFD-Fraktion behandelt worden.

beschrieben, sind vier Abgeordnete der polnischen PiS als neue Partei Solidarna Polska zum Jahresende 2011 aus der ECR aus- und in die EFD eingetreten: Zbigniew Ziobro, Tadeusz Cymański, Jacek Kurski und Jacek Włosowicz.³³⁴ Cristiana Muscardini³³⁵, früher Alleanza Nazionale (AN.it) und Futuro e Libertà per l'Italia (FLI.it), gründete im Oktober 2012 die neue Partei Conservatori Social Riformatori (CSR.it), trat aus der EVP aus und in die ECR ein. Roger Helmer³³⁶ (UKIP.uk) hatte bereits im März 2012 die Conservative Party verlassen und war der UKIP und der EFD beigetreten. Als Begründung für den Übertritt nannte er mehrere Faktoren: „*Take Europe, take climate change and energy, take immigration. On all these issues, UKIP presents the sort of policies that Conservative voters believe in and David Cameron's Conservative party sadly does not*“³³⁷, so Helmer. Das weitaus größte personelle und politische Gewicht in der ECR hat nach wie vor die Conservative Party mit 26 Abgeordneten. Zweitstärkste Kraft ist die tschechische Delegation mit neun Abgeordneten. Die polnischen Delegationen bestehen aus zwei Parteien und 11 Abgeordneten. Die Abgeordneten aus Belgien, Niederlande, Ungarn, Dänemark, Lettland und Litauen sind jeweils singuläre Vertreter ihrer Parteien in der Fraktion. Im Gegensatz zur EFD hat die ECR mit der AECR eine korrespondierende europäische Partei. Das gemeinsame Programm, festgehalten in der Prague Declaration der ECR/AECR von 2009, wurde in Kapitel 2.3 vorgestellt.

4.3.1 Das Verhältnis der ECR-Fraktion zur europäischen Integration

Die Conservative Party steht spätestens seit Margaret Thatchers berühmter Forderung „*I want my money back!*“ von 1984 dafür, dem Vereinigten Königreich eine gewisse nationale Sonderrolle im europäischen Integrationsprozess zu bewahren – das britische *opt out*, das unter anderem in Protokoll Nr. 15 zu den EU-Verträgen seinen Ausdruck findet³³⁸. Mit dem Austritt der Partei aus der Fraktion der EVP und der Gründung der ECR zu Beginn der laufenden Legislatur wurde dieser Anspruch erneut betont. Im Wahlprogramm der Partei zu den nationalen Wahlen 2010 hieß es: „*We believe Britain's interests are best served by membership of a European Union that is an association of its Member States. We will never allow Britain to slide into a federal Europe.*“ Die Unterzeichnung des Lissabonner Vertrages durch die Labour-Regierung wurde als „*betrayal*“ gebrandmarkt; „*key powers over legal rights, criminal justice and social and employment legislation*“³³⁹ müssten von der EU-Ebene zurück auf die nationale Ebene geholt werden. Die Gradwanderung zwischen Konservatismus und Nationalismus wird auch in Personalwechseln im EP deutlich. Der EU-Abgeordnete David Campbell Bannerman (CP.uk) etwa war im Jahr 2002 aus der Conservative Party aus- und in die UKIP eingetreten. Noch Ende Juni 2010 schrieb er in The Guardian über die konservativ-liberale Regierung Großbritanniens, „*the coalition is powerless to stop the EU moving towards a single economic government. This week's immigration cap can do nothing to stop immigration through the EU. Our economy risks losing billions through impending EU directives. Our government continues to hand over taxpayers' money to the EU [...]. It's overwhelmingly clear now that trusting Cameron with Europe will be as misguided as trusting Blair on Iraq*“³⁴⁰. Knapp ein Jahr später hießen die Tories Bannerman wieder willkommen, mit den Worten Martin Callanans (CP.uk): „*I am*

³³⁴ Sie werden in dieser Studie noch als ECR-Abgeordnete behandelt, weil sie im dokumentierten Zeitraum Abgeordnete dieser Fraktion waren.

³³⁵ Cristiana Muscardini (CSR.it) ist erst seit Oktober 2012 Mitglied der Fraktion ECR, deshalb konnten ihre parlamentarischen Äußerungen nicht mehr in die Studie einbezogen werden.

³³⁶ Roger Helmer (UKIP.uk) ist erst seit März 2012 Mitglied der Fraktion ECR, deshalb konnten seine parlamentarischen Äußerungen nicht mehr in die Studie einbezogen werden.

³³⁷ BBC News, Conservative MEP Roger Helmer joins UKIP, 03.03.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-17242953>

³³⁸ Amtsblatt der Europäischen Union, 2010/C 83/01, Konsolidierte Verträge, Protokoll Nr. 15, 30.03.2010: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:FULL:DE:PDF>

³³⁹ Conservative Party, 2010, Manifesto: http://media.conservatives.s3.amazonaws.com/manifesto/cpmanifesto2010_lowres.pdf

³⁴⁰ Bannerman, Artikel in The Guardian, 29.06.2010, Tories have lost their backbone in Europe: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/29/cameron-conservatives-eu-economy>

*delighted to welcome David Campbell Bannerman back into the Conservative Party and to our delegation in the European Parliament. [...] We all look forward to working with David in championing the British national interest in Europe.*³⁴¹ Bannermans erklärtes Ziel blieb die Herauslösung des Vereinigten Königreichs aus der EU. „*My motivation*“, schrieb er auf seiner Webseite: „*Putting my country first*“³⁴². Dort bietet er auch eine Broschüre mit dem Titel „*The Ultimate Plan B: A Positive Vision of an independent Britain outside the European Union*“ an³⁴³.

Im Plenum des EP bezeichnete Timothy Kirkhope (CP.uk) während der Debatte zum Referendum in Irland 2009 den Vertrag von Lissabon als einen „*Schritt in die falsche Richtung*“; mit einer supranationalen GASP und der Abschaffung nationaler Vetos nehme „*das Ganze auf dramatische Weise die Form eines Superstaates an*“, den die „*Völker in Europa*“ nicht wollten.³⁴⁴ Dementsprechend bezeichnete Kirkhope die Entscheidung des britischen Premiers David Cameron am 9. Dezember 2011, Großbritannien nicht an dem Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, (dem sogenannten SKS-Vertrag oder *Fiskalpakt*), zu beteiligen, als „*a historic and bold move*“³⁴⁵. Auch Jan Zahradil (ODS.cz) begrüßte das *opt out* Großbritanniens und Tschechiens (durch Premier Petr Necas, ODS.cz) und bemerkte, die Regierungen der Eurozone hätten „*unfortunately missed the opportunity to transform the EU into a flexible, open structure, insisting instead on a narrow-minded and obsolete federalist concept, which leads the EU only in one direction: that of ever-closer integration.*“ Die wichtigste Errungenschaft der EU, „*the single market*“³⁴⁶ solle jedoch vollendet werden. Dem EP erklärte Zahradil im März 2011, der „*gemeinschaftliche Ansatz*“, „*das gegenwärtige Modell der europäischen Integration*“, habe „*sich erschöpft. [...] Das europäische Paradigma hat sich geändert...*“³⁴⁷. Tomasz Poręba (PiS.pl) schrieb in einer Pressemitteilung für die Prawo PiS zum EU-Gipfel am 9. Dezember 2011, die „*Prime Ministers of the UK and the Czech Republic rightly defended their national interests by vetoing treaty changes.[...] Integration, yes, but not at the expense of national sovereignty.*“³⁴⁸ Jacek Kurski (seinerzeit PiS.pl, jetzt SP.pl/EFD) vertritt die Position, der Einfluss europäischer Parteien müsse möglichst beschränkt werden, wie er im April 2011 erklärte. Er könne „*nicht eine Situation annehmen, in der eine oder mehrere europäische politischen Parteien zum Beispiel eine Referendumskampagne in meinem Land organisieren und EU-Mittel verwenden, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen; ich denke da beispielsweise an das Referendum über den Beitritt meines Landes zum Euroraum*“³⁴⁹. Laut Michał Tomasz Kamiński (PjN.pl) wolle seine Partei Polska Jest Najważniejsza „*ein Gleichgewicht zwischen den Angelegenheiten der Union und den nationalen Angelegenheiten in Europa [schaffen], und genau deshalb verteidigen wir den Gedanken des Nationalstaates, natürlich im Kontext der Europäischen Union. [...] Wir dürfen keine Situationen hinnehmen, in denen die eine oder andere Regierung in Europa versucht, für interne Zwecke das Pulverfass des Nationalismus und Chauvinismus in Europa zu entzünden. [...] Aber wir glauben an die Union in ihrer Vielfalt. Wir glauben nicht, dass es einen neuen, vereinigten Staat gibt, der zu einer einzigen Nation*

³⁴¹ Total Politics Magazine, Artikel, 24.05.2011, David Campbell Bannerman returns to the Tories: <http://www.totalpolitics.com/blog/159392/david-campbell-bannerman-returns-to-the-tories.shtml>

³⁴² Bannerman, Webseite: <http://www.dcbmep.org/>

³⁴³ Bannerman, 2011, Broschüre: The Ultimate Plan B: A Positive Vision of an independent Britain outside the European Union: http://www.dcbmep.org/images/The_Ultimate_Plan_B.pdf

³⁴⁴ Kirkhope, Plenardebatten, 07.10.2009, Ergebnisse des Referendums in Irland

³⁴⁵ Kirkhope, Pressemitteilung, 09.12.2011, Cameron Drops Treaty Amid Brussels Talks http://www.kirkhope.org.uk/press_and_photo_gallery/Euro_Crisis_Dec2011

³⁴⁶ Zahradil, Pressemitteilung, 09.12.2011, Cameron and Necas stood up for their interests: <http://www.ecrgroup.eu/Zahradil%20-%20Cameron%20and%20Necas%20stood%20up%20for%20their%20interests-news-460.html>

³⁴⁷ Zahradil, Plenardebatten, 05.04.2011, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (24.-25. März 2011)

³⁴⁸ Poręba, Pressemitteilung, 09.12.2011, Poręba - Cameron and Necas are absolutely right in defending their national interests and state sovereignty: <http://www.ecrgroup.eu/Poręba---cameron-and-necas-are-absolutely-right-in-defending-their-national-interests-and-state-sovereignty-news-461.html>

³⁴⁹ Kurski, Plenardebatten, 05.04.2011, Politische Parteien auf europäischer Ebene und Regelungen für ihre Finanzierung

verschmelzen soll.“³⁵⁰ Kamiński spricht sich dabei für offene Grenzen aus. Der Schengenraum sei „eine großartige Errungenschaft, und wir sollten ihn schützen“.³⁵¹ Peter van Dalen (CU.nl) sagte über den Vertrag von Lissabon im Oktober 2010, dieser habe den Vorteil, „dass er den Mitgliedstaaten mehr Mitspracherecht und den nationalen Parlamenten mehr Einfluss verschafft. Der Nachteil ist, dass er das Machtzentrum mehr in Richtung Europa verschiebt.“³⁵² Van Dalen beklagt, dass die Bedeutung der Religion in Europa abnehme („God is verdwenen uit Europa“) und betrachtet die Krisen, mit denen die EU zu kämpfen hat, als Folge der anhaltenden Säkularisierung³⁵³. Er wirbt auf seiner Webseite mit dem Slogan: „Zusammenarbeit ja, Superstaat nein“³⁵⁴. Das „Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger“ könne „nicht durch mehr Europa oder mehr Geld für Europa, sondern durch ein besseres Europa, ein Europa mit Mehrwert“ wiederhergestellt werden.³⁵⁵ Noch EU-kritischer äußerte sich Jacek Olgierd Kurski (seinerzeit PiS.pl, jetzt SP.pl/EFD), als er in einer Debatte im Juni 2011 über die von Victor Orbans Fidesz-Regierung im Alleingang geänderte ungarische Verfassung sagte, die „europäische politische Korrektheit kann nicht die Tatsache ertragen, [...] dass es ein Land in Europa [Ungarn] gibt, in dem die nationalen Interessen effektiv protegirt werden.“ „Während Brüssel Weltbürgertum vorantreibt“, betone die ungarische Verfassung die „christlichen Wurzeln“, Ungarns „heroische nationale Vergangenheit“ und „nationale Identität“. Der „Kommunismus“ werde richtiger Weise „als Tyrann beschrieben“ und eine Ehe sei „schließlich eine Beziehung zwischen Mann und Frau“³⁵⁶.

4.3.2 Einwanderungs- und Asylpolitik

Die Conservative Party möchte Migration entsprechend dem wirtschaftlichen Bedarf für das Vereinigte Königreich steuern. Laut Timothy Kirkhope (CP.uk) stellt es ein Ziel der Partei dar, das Schengener Abkommen zu reformieren, mit der Begründung, „not to prevent EU citizens from having free movement across the bloc [...] but so that national governments are able to manage major specific migratory pressures on their borders“. Zwar sei Großbritannien Schengen nicht beigetreten, aber viele „migrants who enter the EU will ultimately want to enter the United Kingdom, placing considerable pressures on humanitarian and local public services“. Grundsätzlich sollten „asylum and immigration issues“ in „Member States' responsibility“ bleiben.³⁵⁷ Zwar spricht sich Kirkhope für „Kooperation und Solidarität in der gesamten Europäischen Union“ im Hinblick auf die „Lasten [...], die die Nationen zu tragen haben“ aus, aber man müsse genauestens „zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und Asylbewerbern unterscheiden“. Die Mitgliedsstaaten müssten das Recht auf „eine Gesetzgebung haben, die den Ländern nicht die Hände bindet in Bezug darauf, wer zugelassen wird und wem Asyl gewährt wird“. Frontex solle „als starkes Abschreckungsmittel für Wirtschaftsmigranten“ wirken, welche die „gefährliche Reise über das Mittelmeer antreten möchten.“ Die EU müsse „stärker gegen die verschiedenen Drittstaaten vorgehen, die solche Aktivitäten unverantwortlicherweise fördern“³⁵⁸. Ryszard Czarnecki (PiS.pl) erklärte in einer Debatte im September 2009 über die Rolle von Frontex, in Polen sei die „illegale Einwanderung natürlich kleiner“ als in den Mittelmeeranrainern, „aber trotzdem kommen Menschen aus der früheren Sowjetunion und einige aus Asien zu uns. Wir stehen vor der

³⁵⁰ Kamiński, Plenardebatten, 07.09.2010, Lage der Union

³⁵¹ Kamiński, Plenardebatten, 11.05.2011, Wichtigste Aspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

³⁵² Van Dalen, Plenardebatten, 07.10.2009, Ergebnisse des Referendums in Irland

³⁵³ Van Dalen, Interview, 26.05.2009, ChristenUnie/SGP-Ijsttrekker Peter van Dalen:

<http://www.nu.nl/verkiezingen-eu---achtergrond/1967733/interview-christenuniesgp-lijsttrekker-peter-van-dalen.html>

³⁵⁴ Van Dalen, Verkiezingsprogramma (Wahlprogramm) ChristenUnie SGP 2009:

<http://www.eurofractie.nl/library/download/grOfcAghnlp7GWbjeeciu1l4rXt-a-i/verkiezingsprogramma+ChristenUnie+SGP+2009.pdf>

³⁵⁵ Van Dalen, Plenardebatten, 08.06.2011, Ein neuer mehrjähriger Finanzrahmen

³⁵⁶ Kurski, Plenardebatten, 08.06.2011, Überarbeitete ungarische Verfassung

³⁵⁷ Kirkhope, Plenardebatten, 26.10.2011, Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU

³⁵⁸ Kirkhope, Plenardebatten, 15.09.2009, Zuwanderung, die Rolle von Frontex und zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Frage hinsichtlich der Weltanschauung bezüglich des Kampfs der EU gegen illegale Einwanderung und – einfach gesagt – auch der Beschränkungen für legale Zuwanderung.“³⁵⁹ Konrad Szymański (PiS.pl) betonte im Mai 2005, „Immigration aus Nordafrika verschärft ganz natürlich kulturelle und soziale Spannungen und verstärkt den Druck auf die Sozialetats der Mitgliedstaaten. [...] Die europäischen Nationen zahlen [...] die Rechnung für unsere gescheiterten Bemühungen, die Immigration nach Europa zu stoppen“.³⁶⁰

Liberalere Positionen in Bezug auf Einwanderung vertrat Paweł Robert Kowal (PjN.pl). Er sprach sich im Mai 2011 für eine die EU-Grenzen überschreitende Mobilität junger Menschen „aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der Union für den Mittelmeerraum“ aus, um „Prozesse des demokratischen Wandels, die gegenwärtig in Ägypten und Tunesien einsetzen“ durch „Aus- und Weiterbildung der Bürgerinnen und Bürger dieser Länder im Geiste der Demokratie und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte“ zu stärken.³⁶¹ Kowal schrieb im Juni 2011 denjenigen, „die heute künstliche Argumente gegen den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum vortragen“, „die Verantwortung für die Zerstörung des politischen Projekts“ EU zu.³⁶²

Auch die rechtliche Situation von Migrantinnen und Migranten wurde von ECR-Abgeordneten thematisiert. Peter van Dalen (CU.nl) sprach sich gegen die „Strafbarkeit des illegalen Aufenthalts von Einwanderern“ aus und stellte zu diesem Thema mehrere Anfragen an die Kommission, alle gemeinsam mit den Abgeordneten Cornelis de Jong (GUE/NGL), Emine Bozkurt (S&D), Sophia in 't Veld (ALDE) und Judith Sargentini (Grüne/EFA). Unter anderem wird gefragt, ob „die Kommission die Auffassung [teile], dass die Strafbarkeit des illegalen Aufenthalts keine gute Maßnahme ist und dass daher dagegen vorgegangen werden sollte“. Außerdem wird die Kommission aufgefordert, „Druck auf die Mitgliedstaaten auszuüben, die den illegalen Aufenthalt unter Strafe gestellt haben bzw. in Erwägung ziehen, dies zu tun, um diese Maßnahmen zurückzunehmen bzw. davon abzusehen“.³⁶³ Dafür, dass bei der Abschottung der EU-Grenzen keine Menschenrechte verletzt werden, setzte sich der Entwicklungspolitiker Nirj Deva (CP.uk) ein. Er reichte am 27. Oktober 2009 gemeinsam mit Birgit Sippel (S&D), Alexander Alvaro (ALDE), Ulrike Lunacek (Verts/ALE), Sabine Lösing (GUE/NGL) und Martin Ehrenhauser (NI) eine Anfrage an den Rat und die Kommission ein, mit der möglichen Menschenrechtsverletzungen durch die EU-Agentur Frontex nachgegangen wird.³⁶⁴

Für polnische Einwanderer in Irland setzte sich Marek Henryk Migalski (PjN.pl) im Oktober 2010 ein. In einer parlamentarischen Anfrage an die Kommission *Zur Lage der polnischen Einwanderer in Irland* schrieb er, dass „in Irland lebenden polnischen Staatsangehörigen die ihnen zustehenden sozialen Leistungen verwehrt“ würden. „Durch die Verwehrung dieser Leistungen werden die polnischen Einwanderer nicht nur diskriminiert, sondern erhalten vor allem keine Mittel, wenn sie ihre Arbeit verlieren oder Arbeit suchen“, so Migalski. Er forderte die Kommission auf, „Maßnahmen zu ergreifen“.³⁶⁵

4.3.3 Minderheitenpolitik

Die Abgeordneten der Conservative Party fanden sich mehrfach in einem Konflikt zwischen dem Erhalt nationaler Autonomie und der Garantie individueller Grundrechte in der EU wieder. Großbritannien solle sich, wie Ashley Fox (CP.uk) im März 2010 erklärte, aus dem Wirkungsbereich der EU-Grundrechtecharta befreien und einen „eigenen Grundrechtskatalog“ einführen, damit gewährleistet sei, „dass die Charta der Grundrechte

³⁵⁹ Czanecki, Plenardebatten, 15.09.2009, Zuwanderung, die Rolle von Frontex und zwischenstaatliche Zusammenarbeit

³⁶⁰ Szymański, Plenardebatten, 10.05.2011, Migrationsströme und Asyl – Auswirkungen auf das Schengen-System

³⁶¹ Kowal, Plenardebatten, 12.05.2011, Jugend in Bewegung – Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa

³⁶² Kowal, Plenardebatten, 07.06.2011, Anwendung des Schengen-Besitzstands in Bulgarien und Rumänien

³⁶³ Van Dalen et al, Anfrage an die Kommission, 15.02.2011, Betrifft: Strafbarkeit des illegalen Aufenthalts (1)

³⁶⁴ Deva, Anfrage an den Rat/die Kommission, 27.10.2009, Medienberichte über Menschenrechtsverletzungen durch Frontex

³⁶⁵ Migalski, Anfrage an die Kommission, 13.10.2010, Zur Lage der polnischen Einwanderer in Irland

das Vereinigte Königreich nicht berührt“³⁶⁶. Julie Girling (CP.uk) forderte im Widerspruch dazu die Kommission im Dezember 2010 auf, die Mitgliedsstaaten dazu zu bewegen „die Rechte lesbischer, schwuler, bisexueller und transsexueller Personen zu vereinheitlichen“ und „sicherzustellen, dass die europäischen Bürger in Mitgliedstaaten nicht direkt oder indirekt diskriminiert werden“.³⁶⁷

Dieser Forderung nach Anti-Diskriminierung entgegengesetzt sind Positionen der polnischen PiS. Konrad Szymański (PiS.pl) richtete im Juni 2011 anlässlich einer Toleranz-Kampagne von ILGA-Europa eine Frage an die Kommission, ob diese plane, „auf die EU-Mitgliedstaaten Druck auszuüben, damit diese gleichgeschlechtliche Partnerschaften und die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare gesetzlich anerkennen“³⁶⁸. In einer Debatte über die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare (die er als „komplette Zeitverschwendung“ bezeichnete), forderte er, dass „Mitgliedstaaten, in denen gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht erlaubt sind, [...] in einem anderen Mitgliedstaat eingetragene Partnerschaften nicht anerkennen“ müssen.³⁶⁹ Aus der Sicht seiner Partei seien Homosexuelle verantwortlich für die Diskriminierung von Christen. Zbigniew Ziobro (seinerzeit PiS.pl, jetzt SP.pl) beschwerte sich im Juni 2011 bei der Kommission, dass laut dem Bericht einer Beobachtungsstelle Christen in der EU zunehmend diskriminiert würden. Es ließen sich zahlreiche Beispiele „für Respektlosigkeit gegenüber öffentlichen Kultstätten“ finden, „wie z. B. Provokationen von Aktivisten der Homosexuellenbewegung vor der Kathedrale Notre Dame in Paris im Februar oder die Unterbrechung einer Messe durch eine andere homosexuelle Gruppe in den Niederlanden, nachdem der Pfarrer erklärte Homosexuellen die Teilnahme am Abendmahl verweigert hatte.“ Die Kommission solle Maßnahmen ergreifen, „um künftig der Diskriminierung von Christen in der Europäischen Union“ vorzubeugen und „die christlichen Grundlagen des vereinten Europas [zu] betonen“³⁷⁰. Auch Michał Tomasz Kamiński (PjN.pl) schrieb in einer Anfrage an die Kommission mit dem Titel *Schändung in einer katholischen Kirche in Rom* vom Oktober 2011 von „bestialischen Angriffen auf Christen in Europa“, da am Rande einer Demonstration „die Figur der Heiligen Gottesmutter von Lourdes und das Kreuzifix zerstört“ worden seien. Das Christentum sei „derzeit die am stärksten verfolgte Religion weltweit“, es dürfe „nicht zugelassen werden, dass diese Religion, die den Kern der europäischen Zivilisation ausmacht, zu der am stärksten verfolgten Religion auf dem Alten Kontinent wird“³⁷¹.

In Bezug auf die Situation von Roma lässt sich in der ECR keine einheitliche Position erkennen. In einer Anfrage an die Kommission mit der Forderung nach dem „Schutz der Rechte der Roma“ (Juli 2009) sorgte sich der Abgeordnete Sajjad Karim (CP.uk) um die Situation von Roma sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU. Die Medien hätten „Vorfälle aufgegriffen, bei denen offensichtlich Roma in der gesamten Europäischen Union die Leidtragenden waren.“ Er forderte Maßnahmen von der EU-Kommission, „um die Rechte der Roma zu schützen und die Vorurteile ihnen gegenüber innerhalb und außerhalb der EU abzubauen“³⁷². Im September 2010 reichte Timothy Kirkhope im Namen der ECR zusammen mit vier Abgeordneten der EVP-Fraktion einen „Entschließungsantrag zur Lage der Roma in Europa und zur Verletzung der Bestimmungen über die Freizügigkeit“³⁷³ ein. Darin wird zum einen auf die notwendige Eingliederung und Unterstützung von Roma durch eine EU-weite Strategie verwiesen, zum anderen aber betont, das Frankreich das Recht gehabt habe, Menschen nach den rechtlichen Bestimmungen über die Freizügigkeit zu behandeln und nach drei Monaten auszuweisen. Kirkhope kritisierte im April 2011, die aktuelle Roma-

³⁶⁶ Fox, Plenardenbatten, 09.03.2010, Fragestunde mit Anfragen an den Präsidenten der Kommission

³⁶⁷ Girling, Anfrage an die Kommission, 20.12.2010, Vereinigtes Königreich und Europa: gleichgeschlechtliche Ehen und Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transsexuellen Personen

³⁶⁸ Szymański, Anfrage an die Kommission, 01.06.2011, Ausstellung von ILGA-Europa „Different families, same love“

³⁶⁹ Szymański, Plenardebatten, 07.09.2010, Diskriminierung gleichgeschlechtlicher verheirateter oder in einer eingetragenen Partnerschaft lebender Paare

³⁷⁰ Ziobro, Anfrage an die Kommission, 08.06.2011, Diskriminierung von Christen in der EU

³⁷¹ Kamiński, Anfrage an die Kommission, 17.10.2011, Schändung einer katholischen Kirche in Rom

³⁷² Karim, Anfrage an die Kommission, 29.07.2009, Schutz der Rechte der Roma

³⁷³ Kirkhope, Entschließungsantrag im Namen der ECR, 06.09.2010, Lage der Roma in Europa und zur Verletzung der Bestimmungen über die Freizügigkeit

Strategie der EU greife in Kompetenzen der Mitgliedsstaaten ein – „*Bildung, Gesundheit und Wohnraum*“ –, befürwortete aber, dass die „*neue Strategie ein neues Zeitalter dadurch einläutet, dass die EU das Thema angeht, indem sie zuerst der Roma-Bevölkerung ihr Gehör schenkt*“³⁷⁴.

Jan Derk Eppink (LD.nl) bediente sich dagegen im September 2010 der gleichen Ressentiments wie auch Abgeordnete aus dem NI-Spektrum und der EFD. Er sagte etwa, wenn von Roma „*Verbrechen begangen*“ würden, seien „*die Opfer normale Bürgerinnen und Bürger, und im Regelfall nicht linksgerichtete politische Führungskräfte, die in ihren Elfenbeintürmen leben*.“³⁷⁵

Das Thema nationale Minderheiten wurde vorwiegend von osteuropäischen Abgeordneten der ECR aus Litauen, Polen und Ungarn bearbeitet. Valdemar Tomaševski (LLRA.lt) von der polnischen Minderheitenpartei Lietuvos Lenkų Rinkimų Akcija aus Litauen wirbt auf seiner Webseite mit der Schlagworten „*Gott, Ehre, Vaterland*“³⁷⁶ um Wählerstimmen bei den autochthonen nationalen Minderheiten in Litauen. Dazu gehören neben der polnischen unter anderem Menschen mit weißrussischer und russischer Muttersprache. Im Plenum des EP erklärte Tomaševskis wiederholt in den *Ausführungen von einer Minute*, in denen Themen angesprochen werden können, die nicht auf der Tagesordnung stehen, er wolle „*auf die Situation der nationalen Minderheiten in Litauen hinweisen, deren Rechte kontinuierlich beschnitten*“ würden – durch das Verbot zweisprachiger Ortsschilder, die Kürzung von Beihilfen für polnische Schulen und Tanzgruppen oder die Abschaffung der polnischen Schreibweise von Namen in Identitätsdokumenten. „*Die Rechte der nationalen Minderheiten in Litauen sollten respektiert werden, wie die Union dies in ihrem Motto verlangt: Einheit in Vielfalt*“³⁷⁷, so Tomaševski. Die „*verpflichtende Einführung des zweisprachigen Unterrichts [für] die Polen, die bereits seit mehr als sieben Jahrhunderten in Litauen leben*“, sei „*Diskriminierung*“³⁷⁸. Ryszard Czarnecki und Janusz Wojciechowski (PiS.pl) und Lajos Bokros (MDF.hu) brachten Anfang 2010 mit dem polnischen EVP-Abgeordneten Jarosław Kalinowski eine gemeinsame Schriftliche Erklärung „*zur Achtung der Rechte der nationalen Minderheiten in Litauen*“³⁷⁹ ein. Ryszard Antoni Legutko (PiS.pl) beschwerte sich im März 2011 bei der EU-Kommission über die Bundesregierung Deutschland: Die Kommission solle Maßnahmen „*ergreifen, damit die Polen von der deutschen Seite als nationale Minderheit anerkannt werden*“³⁸⁰. Lajos Bokros (MDF.hu) protestierte im November 2011 gegen ein Sprachengesetz in der Slowakei aus dem Jahr 2009³⁸¹, das der ungarisch-sprachigen Minderheit vorschreibe, dass öffentlich nur die slowakische Sprache benutzt werden dürfe.³⁸²

4.3.4 EU-Türkei-Beziehungen

Die Mehrheit der Abgeordneten der ECR steht einem Türkei-Beitritt zur EU aufgrund der aktuellen Menschenrechtslage kritisch gegenüber, befürwortet ihn aber langfristig. Im Februar 2010 beklagte Charles Tannock (CP.uk), der „*grausame jüngste Fall eines lebendig begrabenen jungen Mädchens, dessen Vergehen darin bestanden hatte, sich mit Jungen zu unterhalten, liefert lediglich denjenigen Munition, die keinen Platz für die Türkei in der EU sehen. Die Verweigerung einer Anerkennung Zyperns bzw. die nicht erfolgte Umsetzung der Ankara-Protokolle, sowie die gestoppte Ratifizierung des Abkommens zur Wiederaufnahme von Beziehungen mit Armenien*“³⁸³ würden aber auch ihn enttäuschen. Es sei, so James

³⁷⁴ Kirkhope, Plenardebatten, 05.04.2011, EU-Koordinierungsrahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma

³⁷⁵ Eppink, Plenardebatten, 07.09.2010, Lage der Roma in Europa

³⁷⁶ Tomaševski, Webseite: <http://www.vtomasevski.lt/en/>

³⁷⁷ Tomaševski, Plenardebatten, 24.02.2010, Ausführungen von einer Minute

³⁷⁸ Tomaševski, Plenardebatten, 12.05.2011, Jugend in Bewegung

³⁷⁹ Czarnecki, Bokros, Kalinowski, Wojciechowski, Schriftliche Erklärung, 20.05.2010, Achtung der Rechte der nationalen Minderheiten in Litauen

³⁸⁰ Legutko, Anfrage an die Kommission, 17.03.2011, Polnische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland

³⁸¹ Taz, Artikel, 20.08.2009, Slowakei setzt auf Slowakisch: <http://www.taz.de/!39330/>

³⁸² Bokros, Plenardebatten, 24.11.2009, Minderheitensprachen im Rahmen des gemeinsamen europäischen Kulturerbes

³⁸³ Tannock, Plenardebatten, 10.02.2010, Fortschrittsbericht 2009 über die Türkei

Elles (CP.uk) im März 2011 zum Fortschrittsbericht Türkei 2010, „*sehr wichtig, dass die Union bei keinen der Themen nachgibt und keine weiteren Verhandlungskapitel eröffnet, bis wir sehen, dass die Türkei guten Willen zeigt, an dieser Diskussion teilzunehmen.*“³⁸⁴ Evžen Tošenovský (ODS.cz) sagte im Hinblick auf die schwierige Menschenrechtslage in der Türkei, die EU müsse ihre „*Verhandlungen mit der Türkei gerade deshalb intensivieren.*“ Es sei „*wichtig, dass diese wirtschaftlichen Beziehungen mit entsprechenden politischen Beziehungen zur Europäischen Union gepaart werden, und das mit einer klaren Perspektive für die Zukunft. Wenn die Türkei ein echtes Interesse daran hat, der EU beizutreten, kann sie nicht solche Schritte setzen, wie wir sie unlängst gesehen haben.*“ Daher unterstütze er „*aus vielen Gründen ausdrücklich die Fortsetzung des Annäherungsprozesses der Türkei an die EU.*“³⁸⁵ Für Konrad Szymański (PiS.pl) ist der mögliche Beitritt der Türkei eng an Minderheitenrechte für Christen gebunden. Er wisse „*die Fortschritte*“ der Türkei „*sehr zu schätzen*“, erklärte er im Februar 2010, verwies aber auf das „*Problem der Religionsfreiheit, die in der Türkei immer noch beschränkt sei, „besonders in Bezug auf Christen.*“ In der Türkei existierten „*Hindernisse, mit denen religiöse Gemeinschaften in Bezug auf ihre Rechtsstellung konfrontiert sind.*“³⁸⁶ Adam Bielan (PjN.pl) sagte zum Fortschrittsbericht 2010, er „*denke, dass eine Erweiterung der EU zur Eingliederung der Türkei im Interesse bestimmter Mitgliedstaaten der EU ist, einschließlich Polens.*“³⁸⁷ Paweł Robert Kowal (PjN.pl) erklärte dazu, dass alles, „*was ein Resultat der Umsetzung des Assoziierungsabkommens ist, [...] in der Hoffnung betrachtet werden*“ könne, dass in Zukunft „*die Türen zu Europa auch für die Türkei offen stehen*“³⁸⁸ könnten. Als einzigem ECR-Vertreter war für Peter van Dalen (CU.nl) im November 2009 die Frage des Türkei-Beitrittes klar mit einem Nein zu beantworten. Er betonte, der Beitritt „*der Türkei zu Europa wäre einer der größten Fehler in der Geschichte überhaupt*“ und argumentiert in ähnlicher Weise wie Abgeordnete der NI-Rechten und der EFD: „*Wir hätten ein Land mit 80 Millionen Einwohnern, das sich uns anschließt und Anspruch auf den europäischen Haushalt, die europäische Entscheidungsfindung und die europäische Außenpolitik erhebt. [...] Wir müssten uns mit Millionen von Menschen auseinandersetzen, die leider nicht mit den jüdisch-christlichen Grundlagen Europas vertraut sind und versuchen würden, sie zu ändern.*“ Außerdem sei die Türkei „*weder geografisch ein Teil von Europa, noch ein Teil der europäischen Geschichte, deren religiöse, kulturelle und politische Landschaften vom Christentum, der Renaissance, der Aufklärung und dem demokratischen Nationalstaat definiert wurden.*“ Van Dalen sprach sich, wie auch die meisten fraktionslosen Rechten und EFD-Abgeordneten, für „*eine Art von privilegierter Partnerschaft*“³⁸⁹ aus.

4.3.5 Haushaltspolitik

Die Mehrheit der Abgeordneten der ECR-Abgeordneten lehnt einen starken und eigenständigen Haushalt, der die EU von den einzelnen Mitgliedsstaaten unabhängiger machen würde, ab. Richard Ashworth (CP.uk) erklärte zum Haushalt 2012: „*In ganz Europa verabschieden Regierungen Sparhaushalte, und dieses Parlament würde äußerst unklug handeln, wenn es dieser Botschaft keine Rechnung tragen würde...*“. Ohne den Haushalt zu vergrößern, wie es die Mehrheit des EU-Parlaments forderte, wolle er im Einklang mit der „*Regierung Ihrer Majestät*“ „*Investitionen in Forschung und Entwicklung, in transeuropäische Transport-, Energie- und Telekommunikationsnetze [...], Bildung, Kleinunternehmen und die Förderung des Binnenmarkts*“ tätigen. Es sei nicht akzeptabel, „*dass dieses Parlament das zum Anlass nimmt, um einen größeren Haushalt zu fordern.*“³⁹⁰ Mit der gleichen Begründung

³⁸⁴ Elles, Plenardebatten, 08.03.2011, Fortschrittsbericht 2010 über die Türkei

³⁸⁵ Tošenovský, Plenardebatten, 08.03.2011, Fortschrittsbericht über die Türkei

³⁸⁶ Szymański, Plenardebatten, 10.02.2010, Fortschrittsbericht 2009 über Kroatien - Fortschrittsbericht 2009 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien - Fortschrittsbericht 2009 über die Türkei (Aussprache)

³⁸⁷ Bielan, Plenardebatten, 09.03.2011, Fortschrittsbericht 2010 über die Türkei

³⁸⁸ Kowal, Plenardebatten, 08.03.2011, Fortschrittsbericht 2010 über die Türkei

³⁸⁹ Van Dalen, Plenardebatten, 25.11.2009, Erweiterungsstrategie 2009 westlicher Balkan, Island und die Türkei

³⁹⁰ Ashworth, Plenardebatten, 08.06.2011, Mehrjähriger Finanzrahmen

verlangte auch Hynek Fajmon (ODS.cz) für 2011 und wiederholt für das Haushaltsjahr 2012 einen Kürzungshaushalt für die EU³⁹¹. In den Augen Jan Zahradil (ODS.cz) verbarg sich im November 2010 hinter der Frage nach der Zukunft des EU-Haushalts *„eine Debatte über die Frage [...], wie man am besten die eigenen Finanzmittel der Europäischen Union, und somit eine größere Autonomie, durchsetzen kann, und wie man die Europäische Union eigentlich zu einer Fortsetzung des föderalistischen Wegs bringt.“* Er bezeichnete dies als *„etwas, das nicht passieren kann und nicht passieren darf.“*³⁹² Auch die PiS lehnt *„Eigenmittel und europäische Steuern“* ab. *„Die Europäer zahlen jetzt schon zu hohe öffentliche Abgaben“*³⁹³, so Konrad Szymański (PiS.pl). Ryszard Czarnecki (PiS.pl) forderte im November 2010 *„den Rechnungshof dazu auf, die Mitgliedstaaten, wo das Geld oft ganz einfach aus dem Fenster hinausgeworfen wird, besser zu überwachen“*³⁹⁴. Derk Jan Eppink (LD.be) verlangte im Juli 2011 für den Mehrjährigen Finanzrahmen, das *„overall budget should be pinned down at 1% of EU GDI.“*³⁹⁵ Zum Haushalt 2012 erklärte er, Kürzungen des EU-Haushalts seien ein *„pro-European act.“* Als ECR-Mitglied habe er *„always proposed an overhaul of the budget of the European Parliament. Together with my colleague Geoffrey Van Orden, I recently launched a paper in the framework of our think tank, New Direction, to cut the budget of the Parliament over the years by 25%.“*³⁹⁶ (vgl. Kapitel 2.3) Lajos Bokros (MDF.hu) kritisierte den Haushalt der EU 2010 als Versuch, *„eine EU-weite Politik der neokeynesianischen Nachfragesteuerung zu rechtfertigen, indem mehr Geld für einen Großteil der Posten ohne irgendwelche zugrundeliegenden Strukturreformen ausgegeben“* werde. Der EU-Globalisierungsfonds³⁹⁷ sei *„ein Musterbeispiel für die Verzerrung der Regeln von kreativer Zerstörung im Kapitalismus“*. Außerdem erhalte die *„EU-Bürokratie unverdiente und nicht notwendige Gehaltserhöhungen.“*³⁹⁸

Michał Tomasz Kamiński (PjN.pl) forderte im Oktober 2010, abweichend von den meisten Abgeordneten der ECR, einen größeren EU-Haushalt 2011. Es könne nicht die Position vertreten werden, *„dass wir mehr Europa wollen, aber nicht für mehr Europa bezahlen möchten. Europa verursacht Kosten und wenn wir uns die Ausgabenstruktur der größten Geberländer für den europäischen Haushaltsplan anschauen, sehen wir, dass Ausgaben für Europa keine bedeutenden Kosten darstellen.“* Als *„Vertreter Polens und als Vertreter Mittel- und Osteuropas“* betonte er, dass alle *„Mittel, die in die Entwicklung unserer Region fließen, die einen bedeutenden Abnehmer von in Westeuropa entwickelten und produzierten Gütern darstellt, [...] eine Investition in die Zukunft Europas“* seien. *„Auch in dieser Debatte brauchen wir mehr europäische Solidarität“*³⁹⁹, so Kamiński.

Im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion, die auf EU-Ebene reguliert wird und in die ein Großteil der Mittel des EU-Haushalts fließt, setzen sich die osteuropäischen Abgeordneten der ECR für die Angleichung der Subventionen ein. *„Die größte Ungerechtigkeit der aktuellen Gemeinsamen Agrarpolitik besteht in der Tatsache,“* so Hynek Fajmon (ODS.cz) im Juli 2010, *„dass die Subventionen zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten in ungleicher und unfairer Weise verteilt werden.“* Im Jahr 2010 hätten *„die Landwirte in den neuen Mitgliedstaaten, die 2004 beigetreten sind, nur 70 % von dem erhalten, was die Landwirte in der alten Europäischen Union der sogenannten Fünfzehn bekommen. Bulgarien und Rumänien werden nur 40 % erhalten. Und das, obwohl sie alle auf dem gemeinsamen Markt der Europäischen Union tätig sind.“*⁴⁰⁰ Auch Ryszard Antoni Legutko (PiS.pl) forderte in einer Anfrage im März 2011 die Kommission auf, im *„neuen*

³⁹¹ Fajmon, Plenardebatten, 21.09.2010, Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2007-2013

³⁹² Zahradil, Plenardebatten, 23.11.2010, Haushaltsplan 2011

³⁹³ Szymański, Plenardebatten, 08.06.2011, Mehrjähriger Finanzrahmen

³⁹⁴ Czarnecki, Plenardebatten, 11.11.2010, Vorlage des Jahresberichts des Rechnungshofs - 2009

³⁹⁵ Eppink, Plenardebatten, 05.07.2011, Mehrjähriger Finanzrahmen

³⁹⁶ Eppink, Plenardebatten, 26.10.2011, Standpunkt des EP zum vom Rat geänderten Entwurf des Haushaltsplans 2012

³⁹⁷ Europäische Kommission, Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung:
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=326&langId=de>

³⁹⁸ Bokros, Plenardebatten, 15.12.2009, Haushaltsplan 2010: alle Einzelpläne

³⁹⁹ Kamiński, Plenardebatten, 19.10.2010, Entwurf des Haushaltsplans 2011 in der vom Rat geänderten Fassung

⁴⁰⁰ Fajmon, Plenardebatten, 08.07.2010, Die Zukunft der GAP nach 2013

*Haushaltsplan muss der Ungleichbehandlung der Landwirte in der EU ein Ende gesetzt werden.*⁴⁰¹

4.3.6 Wirtschaft, Währung, Beschäftigung und Soziales

Im Vergleich zur EFD-Fraktion ist die ECR wirtschaftspolitisch verhältnismäßig homogen aufgestellt. Die Fraktion verfolgt eine neoliberale Politik der Deregulierung, propagiert nationale Selbstbestimmung im Bereich der Sozialgesetzgebung und tritt für grenzüberschreitende unternehmerische Freiheit auf einem freien Weltmarkt ein. Die Funktionen der EU sollen weitgehend auf den gemeinsamen Binnenmarkt reduziert werden, ohne dass sie regulierend tätig würde. Die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise erklären ECR-Abgeordnete als Folge staatlicher Eingriffe in den Markt. Ivo Strejcek (ODS.cz) forderte im Mai 2010 in der Debatte zur 2020-Strategie *„mehr Markt und mehr Marktmechanismen, weil das, was heute nicht nur in der EU und nicht nur im Euroraum, sondern auch in den Vereinigten Staaten und in anderen Ländern passiert, eine Geschichte des unglaublichen Scheiterns aller staatlichen Eingriffe ist.“*⁴⁰² Daniel Hannan (CP.uk) erklärte im Oktober 2009 im Vorfeld des G-20-Gipfels in Pittsburgh, die *„Ursache der Finanzkrise war exzessives Einschreiten des Staates“*. Dazu gehörten *„die Beihilfen, die Verstaatlichungen, der Vorwand, gegen Steueroasen vorzugehen (womit sie tatsächlich Ländern meinen mit wettbewerbsfahigeren Steuersätzen als ihnen) und die massive Ausdehnung der Zuständigkeit des Staates“*⁴⁰³. Lajos Bokros (MDF.hu) sagte im Oktober 2010: *„Die weltweite Finanzkrise offenbarte die tiefgreifenden strukturellen Schwächen des europäischen Entwicklungsmodells, das auf hohen Steuern, starker fiskalischer Umverteilung, unflexiblen Arbeitsmärkten und unnötig ausschweifenden Sozialleistungen basiert.“*⁴⁰⁴ Das Problem der Steuerhinterziehung in Zeiten großer Haushaltsdefizite erklärte Ivo Strejcek (ODS.cz) im Februar 2010 folgendermaßen: Je *„höher die Steuern, desto mehr Steuerzahler werden versuchen, ihre steuerlichen Verpflichtungen zu umgehen“*. *„Haushaltsdefizite“* könnten nicht *„durch höhere Steuern [...] also auf der Einnahmenseite des Haushaltsplans“* ausgeglichen werden, sondern nur *„durch drastische Ausgabenkürzungen. [...] Wenn Sie die Existenz von Steueroasen eingrenzen oder beenden wollen, müssen Sie die Steuern senken.“*⁴⁰⁵ Nicht nur zu viel staatliche Regulierung und zu hohe Steuern seien für Krisen verantwortlich, auch hohe Löhne und soziale Vorsorge würden sich wirtschaftlich negativ auswirken, so Derk Jan Eppink (LD.be) im Februar 2010 über die Probleme bei dem Autorhersteller Opel. General Motors sei *„ein Beispiel dafür, was passiert, wenn die Lohnkosten zu sehr ansteigen.“* Denn das Unternehmen habe *„seine Wettbewerbsfähigkeit infolge horrender Krankenversicherungs- und Pensionskosten verloren, die von den amerikanischen Gewerkschaften gefordert wurden.“*⁴⁰⁶ Auch an dem Bahnungluck in Belgien im Februar 2010 seien, mutmate er, zu starke Gewerkschaften schuld. In der Debatte über *Eisenbahnsicherheit in der EU* im Februar 2010 legte Eppink nahe, die belgische Bahn habe möglichweise *„das Sicherheitssystem von Zeit zu Zeit ebenfalls vernachlässigt“*, denn es werde *„wegen des Einflusses der mächtigen Gewerkschaften zu viel Geld dafür verwendet, die Beschäftigten zu bezahlen. In Belgien gehört die Bahn zu der Domäne der Sozialisten und wird schlecht verwaltet. In der Tat sind das Fragen, die beantwortet werden müssen, da die SNCB kaum den Mangel an Geld als Entschuldigung verwenden kann!“*⁴⁰⁷ Konrad Szymaski (PiS.pl) sagte im Vorfeld des EU-Gipfels Ende März 2010, die Mitgliedsstaaten würden, *„wenn sie dem Druck der Weltwirtschaft ausgesetzt sind, Reformen durchführen“*, weshalb es wichtig sei, *„den Mitgliedstaaten maximale Freiheit im Bereich der*

⁴⁰¹ Legutko, Anfrage an die Kommission, 03.03.2011, EU-Agrarpolitik nach 2013

⁴⁰² Strejcek, Plenardebatten, 05.05.2010, Europa 2020 – Eine neue europäische Strategie für Arbeitsplätze und Wachstum

⁴⁰³ Hannan, Plenardebatten, 08.10.2009, Gemeinsamer Entschließungsantrag: G20-Gipfel in Pittsburgh

⁴⁰⁴ Bokros, Plenardebatten, 19.10.2010, Entwurf des Haushaltsplans 2011 in der vom Rat geänderten Fassung

⁴⁰⁵ Strejcek, Plenardebatten, 08.02.2010, Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

⁴⁰⁶ Eppink, Plenardebatten, 08.02.2010, GM/Opel - aktuelle Entwicklungen

⁴⁰⁷ Eppink, Plenardebatten, 25.02.2010, Eisenbahnsicherheit, einschließlich des europäischen Signalsystems

Wettbewerbsfähigkeit der Steuersysteme, der Sozialsysteme und des Wirtschaftsrechts einzuräumen.“ Die „zunehmende Harmonisierung“ bewahre „lediglich die Übel des europäischen Sozialmodells.“⁴⁰⁸ David Campbell Bannerman (CP.uk) stellte die Situation für Großbritannien im September 2009 so dar: „90% of the British economy has nothing to do with trade with the EU, and 80% of that economy is trade within the UK, but we have to apply all of these EU laws – 100 000 of them. [...] The lesson is this: overregulation destroys jobs, and we need less regulation now“⁴⁰⁹.

Im Bereich der Sozialpolitik setzen die Abgeordneten der ECR auf den Abbau sozialer Standards zugunsten einer Selbstregulierung des Arbeitsmarktes. Julie Girling sagte im November 2011: „Nobody denies that poverty is a real and pressing problem, but poverty is not to do with human rights – it is to do with lack of opportunity and lack of incentive to work productively“⁴¹⁰. Das Renteneintrittsalter, so Milan Cabrnock (ODS.cz), müsse „unbedingt erhöht werden“, Entscheidungen darüber lägen jedoch „ausschließlich im Verantwortungsbereich der einzelnen Mitgliedstaaten“ und es sei „unangemessen, die Rentensysteme und ihre Reform auf EU-Ebene zu koordinieren“. Weil „das Wachstum in der EU ausschließlich in der Steigerung der Produktivität der Arbeit“ liege, sei es „eine Schlüsselaufgabe, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu unterstützen, vor allem durch eine größere Flexibilität bei den Beziehungen des Beschäftigungsrechts und der richtigen Anpassung der Rentensysteme“. Eine gemeinsame „Definition einer angemessenen Rente auf Ebene der Gemeinschaft“ sei nur gegen den Widerstand der ODS durchzusetzen.⁴¹¹

4.3.7 Klimawandel, Energie, Umwelt

Nach dem Scheitern des Weltklimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 schrieb die ECR in einem Entschließungsantrag, den Martin Callanan (CP.uk) im Namen der Fraktion einreichte, dass es jetzt „verdoppelter Anstrengungen bedarf, um das Bewusstsein für das bedrohte Klima aufrechtzuerhalten, wozu auch Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens in die positiven Aussichten gehören, die eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen bietet, nämlich Energieversorgungssicherheit, verringerte energiewirtschaftliche Abhängigkeit, Energieeffizienz, größere Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, Investitionen in neue Technologien und Schaffung von Arbeitsplätzen“⁴¹². Ein großer Teil der Fraktion zweifelt gleichzeitig an, dass es einen menschenverursachten Klimawandel überhaupt gebe. Ivo Strejček (ODS.cz) sagte nach dem Gipfel in Kopenhagen, „dass es so etwas wie globale Erwärmung überhaupt nicht gibt, und wenn sie tatsächlich existiert, entzieht sie sich jeglicher menschlichen Kontrolle und wird ausschließlich von natürlichen Kräften verursacht.“ Strejček hoffe, dass des Gipfels „Scheitern zuallererst eine Abkehr von der aggressiven und sogenannten grünen Politik bringen wird.“ Es müsse „die Verschwendung der Gelder von Steuerzahlern für umstrittene grüne Projekte“ verhindert werden und es werde „eine Renaissance der Kernenergie“ geben.⁴¹³ Derk Jan Eppink (LD.be) sieht in der Klimapolitik einen Kostenfaktor für die europäische Wirtschaft. Er bezweifelte im Januar 2010, dass die wissenschaftlichen Beweise für das Vorhandensein des Klimawandels ausreichen. Die „Behauptung, dass die Himalayagletscher zurückgehen, scheint jetzt auf Spekulationen zu beruhen. Einige Mitglieder des IPCC sagen jetzt sogar eine weltweite Abkühlung voraus.“ Die EU solle deshalb aufhören, „moralische Arroganz zu zeigen, indem wir China und Indien sagen, was sie zu tun haben. Wichtige Begrenzungen, um diese beiden Länder zu bestrafen, wären katastrophal. Im Gegenteil: die EU sollte ihren eigenen Standpunkt überprüfen, der im Endeffekt unser eigenes Wachstum und die

⁴⁰⁸ Szymański, Plenardebatten, 24.03.2010, Vorbereitung des Europäischen Rates (25.-26. März 2010)

⁴⁰⁹ Bannerman, Plenardebatten, 14.09.2011, Bessere Rechtsetzung, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

⁴¹⁰ Girling, Plenardebatten, 15.11.2011, Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung

⁴¹¹ Cabrnock, Plenardebatten, 15.02.2011, Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme

⁴¹² Callanan, Entschließungsantrag, 03.02.2010, Ergebnisse der Kopenhagener Konferenz über den Klimawandel (COP 15)

⁴¹³ Strejček, Plenardebatten, 20.01.2010, Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen

*Beschäftigung untergraben wird.*⁴¹⁴ Auch Jacek Olgierd Kurski (seinerzeit PiS, jetzt SP.pl) bestreitet die wissenschaftliche Fundierung von Erkenntnissen über den Klimawandel.⁴¹⁵ Die ECR tritt für den Ausbau der nuklearen Energiegewinnung ein. Nach der Kernschmelze im Atomkraftwerk in Fukushima/Japan erklärte Giles Chichester (CP.uk) im März 2011, er *„möchte zu den Mitgliedstaaten und allen anderen sagen: werden Sie bezüglich der Kernkraft jetzt nicht schwankend, wir brauchen sie zu sehr“*⁴¹⁶. Ivo Strejček (ODS.cz) erklärte im Juli 2011, *„dass wir unsere Kernenergieressourcen weiterhin verstärken und zusätzliche Kernkraftwerke in Übereinstimmung mit allen wesentlichen Sicherheits- und Kontrollparametern und -anforderungen bauen werden.“*⁴¹⁷ Ein Interesse der osteuropäischen Abgeordneten insbesondere aus Polen ist der Erhalt der Energiegewinnung aus Kohle. Mirosław Piotrowski (PiS.pl) polemisierte im Mai 2010 gegen die EU 2020-Strategie als *„das utopische und sozialistische Projekt“*, weil die darin festgeschriebene Verringerung der *„Treibhausgasemissionen um 30 % [...] die Volkswirtschaften der Länder Mittel- und Osteuropas, einschließlich Polens, abwürgen“*⁴¹⁸ würden. Marek Józef Gróbarczyk (PiS.pl) sprach sich im März 2010 gegen einen Bericht des EP zu *Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO2-Emissionen* aus, weil *„dieser Entschließungsantrag eine sehr starke Konzentration von Geldern nur in bestimmten Bereichen begünstigt, nur in bestimmten Branchen der Energiewirtschaft, nämlich den ‚grünen‘ Bereichen. Dies widerspricht der Idee der Energiesolidarität mit jenen Ländern, die vorrangig von Kohle abhängig sind. Polens Energiewirtschaft basiert auf Kohle, deshalb ist ein sanfter Übergang zu einer grünen Wirtschaft für uns äußerst wichtig. Als Folge derartiger Maßnahmen würden wir in Polen keine Arbeitsplätze schaffen, sondern sie abschaffen“*⁴¹⁹. Michał Tomasz Kamiński (PjN.pl) lehnte im Juni 2010 das Vorhaben der EU-Kommission ab, EU-weit eine CO2-Steuer einzuführen. Eine solche EU-Steuer *„wäre ein klarer Verstoß gegen die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten“*. Auch würde sie *„für Länder wie Polen und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Kohleindustrie nachteilig“* sein.⁴²⁰ Nur Peter van Dalen (CU.nl) sagte im Oktober 2009 vor dem Klimagipfel in Kopenhagen, dieser müsse *„Erfolg haben, und deshalb muss Europa mit einer Stimme sprechen und die Ziele in den Verhandlungen hochstecken.“* *„Gottes Schöpfung“* sei *„sehr verletzlich“* und werde *„von den Handlungen des Menschen stark beeinträchtigt“*.⁴²¹

4.3.8 Außenpolitik

Die ECR spricht sich gegen eine eigenständige GASP der EU aus. Die Delegation der Conservative Party *„was opposed to the establishment of the External Action Service“*, erklärte etwa Ashley Fox (CP.uk) in der Aussprache zum neuen EAD im Juli 2010. Er sagte, *„that foreign policy should remain the exclusive preserve of the Member States. However, as a pragmatist, I have to deal with the EU as it is“*⁴²². Fox wolle dafür sorgen, *„dass jedwede gemeinsame außenpolitische Position durch die im Rat vertretenen Mitgliedstaaten entschieden [wird], nicht durch die Kommission und sicherlich nicht durch dieses Parlament. Jegliche durch den EAD benötigten zusätzlichen Mitarbeiter sollten von den Mitgliedstaaten sekundiert werden; sie benötigen ferner keine extra Schulungen. Die Politik, die diese gegenüber der Welt vertreten, wird die des Ministerrats und keine unabhängige europäische Politik sein“*⁴²³. Mirosław Piotrowski (PiS.pl) warnte in der Aussprache zum Jahresbericht über die GASP 2008 die EU davor, mit dem Vertrag von Lissabon *„einen separaten*

⁴¹⁴ Eppink, Plenardebatten, 20.01.2010, Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen

⁴¹⁵ Kurski, Schriftliche Anfrage, 02.02.2010, Globale Erwärmung

⁴¹⁶ Chichester, Plenardebatten, 23.03.2011, Lage in Japan, einschließlich der alarmierenden Situation in den Kernkraftwerken

⁴¹⁷ Strejček, Plenardebatten, 09.06.2011, EU-Stresstests für Kernkraftwerke in der EU

⁴¹⁸ Piotrowski, Plenardebatten, 05.05.2010, Europa 2020 – Eine neue europäische Strategie für Arbeitsplätze und Wachstum

⁴¹⁹ Gróbarczyk, Plenardebatten, 11.03.2010, Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO2-Emissionen

⁴²⁰ Kamiński, Plenardebatten, 30.06.2010, EU-weite CO2-Steuer

⁴²¹ Van Dalen, Plenardebatten, 20.10.2009, Klimawandel und Entwicklungsländer bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

⁴²² Fox, Plenardebatten, 07.07.2010, Europäischer Auswärtiger Dienst

⁴²³ Fox, Plenardebatten, 21.10.2009, Die institutionellen Aspekte der Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes

militärischen Block aufzubauen, der mit der NATO konkurriert [...] Selbst mittelfristig ist es unmöglich, eine gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden Organisationen aufrechtzuerhalten.“ Es würde „in der Realität bedeuten, den zivilen Charakter der Europäischen Union zu zerstören, der NATO die rote Karte zu zeigen und mit dem Aufbau eines alternativen militärischen Blocks zu beginnen“⁴²⁴. In einer Aussprache zur GASP im Mai 2011 erklärte er: „Die NATO bleibt daher weiterhin die einzige effektive Kraft, und die linksgerichteten Stimmen des Parlaments, die schriftlich eine Minderheitenmeinung abgegeben haben und unter anderem die Auflösung der NATO fordern, sind gefährlich und ehrlich gesagt, anarchisch“⁴²⁵. Adam Bielan (PjN.pl) argumentierte in der gleichen Aussprache gegen „die strategische Eigenständigkeit der EU auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung“. „Für Staaten wie Polen bleibt die Organisation des Nordatlantikvertrags weiterhin die Grundlage der Verteidigungspolitik“⁴²⁶, erklärte er.

Die weltweite Situation von Christen stellt ein viel bearbeitetes Thema in der ECR dar. Auch Peter van Dalen (CU.nl) war im Januar 2011 zwar der Meinung, dass „der Aufgabenbereich des Europäischen Auswärtigen Dienstes begrenzt sein sollte“, er solle sich jedoch „für Christen einsetzen, die verfolgt werden.“ Deshalb forderte van Dalen Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, auf: „Gründen Sie daher eine separate Einheit innerhalb des Dienstes, die dafür verantwortlich ist.“ Außerdem solle die EU „bilaterale Abkommen“ mit islamischen Ländern stoppen, „bis sie zeigen, dass sie die Bedingungen für Christen sicherer gemacht haben.“⁴²⁷ Auch Konrad Szymański (PiS.pl) sagte im November 2011: „Religionsfreiheit, insbesondere christlicher Gemeinschaften, sollte das Flaggschiff europäischer Diplomatie sein.“⁴²⁸ Christen seien, so Szymański im Januar 2011, „heutzutage zweifellos die am stärksten vernachlässigte Minderheit der Welt. Jedes Jahr werden weltweit 170 000 Christen Opfer von rechtlicher Diskriminierung, Angriffen und sogar Mord. All diejenigen, die behaupten, Menschenrechte hochzuhalten, müssen aktive Maßnahmen ergreifen, um religiöse Freiheit zu verteidigen.“⁴²⁹

Zu den inhaltlichen außenpolitischen Positionen der Prawo i Sprawiedliwość und der Polska Jest Najważniejsza gehörte auch die Verteidigung der Todesstrafe in Drittländern. Marek Henryk Migalski (PjN.pl) erklärte im März 2010 in der Aussprache zur Wiedereinführung der Todesstrafe in Südkorea, es handle sich um ein demokratisches Land, deshalb bestehe „nicht die Gefahr, dass die Todesstrafe in politischen oder geringfügigen Fällen vollstreckt wird – sie wird nur auf Kriminelle und Mörder angewendet.“ Außerdem sei „die Todesstrafe ein Abschreckungsmittel. [...] Daher retten wir durch die Anwendung der Todesstrafe tatsächlich die Leben unschuldiger Menschen. Aus diesen Gründen sollten die Europäische Union und das Europäische Parlament sich nicht in diese Angelegenheit der Republik Korea einmischen“.⁴³⁰ Zbigniew Ziobro (seinerzeit PiS.pl, jetzt SP.pl) führte in der Aussprache zum Internationalen Tag gegen die Todesstrafe aus, dass es nicht „die Aufgabe des Europäischen Parlaments“ sei, „Stellung zum Abschreckungseffekt der Todesstrafe zu beziehen, vor allem da zahlreiche Studien, die erst kürzlich vornehmlich an US-Universitäten durchgeführt wurden, die abschreckende Wirkung der Todesstrafe bestätigt haben. Unsere Aufgabe besteht darin, für die Sicherheit unserer Gesellschaften zu sorgen“.⁴³¹

⁴²⁴ Piotrowski, Plenardebatten, 10.03.2010, Jahresbericht 2008 über die GASP - Die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Atomwaffensperrvertrag

⁴²⁵ Piotrowski, Plenardebatten, 11.05.2011, Wichtigste Aspekte und grundlegende Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

⁴²⁶ Bielan, Plenardebatten, 11.05.2011, Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon

⁴²⁷ Van Dalen, Plenardebatten, 19.01.2011, Situation von Christen unter dem Aspekt der Religionsfreiheit

⁴²⁸ Szymański, Plenardebatten 25.11.2010, Irak - insbesondere Todesstrafe (einschließlich des Falls Tariq Aziz) und Angriffe auf christliche Gemeinschaften

⁴²⁹ Szymański, Plenardebatten, 19.01.2011, Situation von Christen unter dem Aspekt der Religionsfreiheit

⁴³⁰ Migalski, Plenardebatten, 11.03.2010, Südkorea – Todesstrafe für legal erklärt

⁴³¹ Ziobro, Plenardebatten, 06.10.2010, Internationaler Tag gegen die Todesstrafe

Kapitel 5

Fazit und Ausblick

5.1 Europäische Parteien: Die Europäisierung der rechten EU-Gegner

Seit den Wahlen zum 7. Europäischen Parlament im Jahr 2009 haben sich neben den beiden Fraktionen EFD und ECR drei rechte europäische Parteien gegründet und eigenständige, europäische Arbeitsstrukturen entwickelt. Sie repräsentieren unterschiedliche, sich teilweise überlappende Spektren rechter Parteien, welche die EU-Integration in ihrer gegenwärtigen Form ablehnen. Nicht alle rechten Parteien im EP gehören einer europäischen Partei an. Die EFD-Mitglieder Dansk Folkeparti, Mouvement pour la France, Perussuomalaiset, LaOS, Slovenská Národná Strana, Staatskundig Gereformeerde Partij und Io amo l'Italia agieren bislang außerhalb offizieller europäischer Parteien; ein Lega Nord Vertreter trat zumindest in einem Fall als Mitorganisator einer Konferenz der EAF auf. Aus dem Spektrum der NI-Abgeordneten haben sich die Vertreter der Partidul România Mare, der Partij voor de Vrijheit und des Bündnis Zukunft Österreich bisher keiner europäischen Partei angeschlossen.

Der Aufbau EU-finanzierter europäischer Strukturen durch die Gegner der EU-Integration ist ein Ausdruck sich verändernder politischer Bedingungen in der EU. Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages Ende 2010 sind die Kompetenzen des EP gewachsen. Gleichzeitig wurde durch die Maßnahmen zur Bewältigung der Banken- und Staatsschuldenkrise – von den Euro-Rettungsschirmen EFSF/ESM über den SKS-Vertrag (Fiskalpakt) bis hin zur Bankenunion und einer (möglichen) EU-eigenen Finanztransaktionssteuer – die Frage nach der Finalität der EU neu gestellt. Voraussichtlich bereits zur Europawahl 2014 treten europäische Parteien erstmals mit EU-weiten Spitzenkandidaten an; ein einheitliches Wahlrecht und europäische Wahllisten werden in der Kommission und im EP diskutiert. Der politische Konkurrenzkampf beginnt, sich aus den geschlossenen nationalen Kontexten zu lösen: Sozialdemokraten, Grüne, EVP-Konservative, Liberale und Linke sind bereits seit vielen Jahren in europäischen Parteien organisiert. Obwohl oder gerade weil die Entwicklung der EU in eine Richtung geht, die von der politischen Rechten abgelehnt wird, ergeben sich neue politische Erfolgchancen: Alle rechten europäischen Parteien nehmen aus ihrer jeweiligen Perspektive für sich in Anspruch, die maßgebliche nationale Opposition zur herrschenden EU-Integrationspolitik zu sein. Soziale und ökonomische Konflikte, die mit dem Integrationsprozess einhergehen, werden aufgenommen (insbesondere die multiple Krise der Währungsunion), behauptete oder tatsächliche demokratische Defizite der EU angeprangert. Die rechten Europaparteien inszenieren sich als Verteidiger der nationalen Demokratien, der europäischen „Kulturvölker“ oder des christlichen Abendlandes. Die Konstruktion von Bedrohungsszenarien und Sündenböcken – „EU-Eliten“, „Kommunisten“, Islam, „Globalisten“, „Ultraliberale“, Homosexuelle, USA, „Finanzkapital“, „kriminelle Roma“, „Masseneinwanderung“, Türkei-Beitritt, Israel – erscheint besonders in der Wirtschaftskrise potentiell erfolgversprechend, wenn große Teile der europäischen Bevölkerung sozial absteigen oder von Abstieg bedroht sind.⁴³² Dabei kann – auch wenn vereinzelt rassistische oder anderweitig diskriminierende Positionen von Abgeordneten der ECR-Fraktion geäußert werden – eine relativ klare Trennlinie zwischen der nationalkonservativen Politik der ECR/AECR und der von Ressentiments dominierten Politik von AENM, EAF und EFD-Fraktion gezogen werden.

EP-Abgeordnete sind wichtige Akteure in den rechten europäischen Parteien, was sich etwa daran erkennen lässt, dass sich die jeweiligen Vorsitze mehrheitlich aus diesen rekrutieren.

⁴³² Zum Zusammenhang von sozialen Risikofaktoren, Alter und Geschlecht sowie politischen Wahlentscheidungen vgl.:

Arzheimer, Kai: Electoral Socialology – Who Votes for the Extreme Right and Why – and When? In: Uwe Backes und Patrick Moreau, The Extreme Right in Europe – Current Trends and Perspectives, Göttingen 2012, S. 34-50.

Zum Zusammenhang von ablehnenden Haltungen gegenüber EU-Integration und Zuwanderung vgl.: Braun, Daniela, Seher, Nicole, Tausendpfund, Markus, Wolsing, Ansgar: Einstellungen gegenüber Immigranten und die Zustimmung zur Europäischen Integration - Eine Mehrebenenanalyse. In: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapiere – Working Papers, Nr. 136, 2010.

Die Abgeordneten kennen sich aus der täglichen Zusammenarbeit im EP und können auf Erfahrung mit der Arbeit in internationalen Kontexten zurückgreifen. Dies gilt umso mehr für die Personalpolitik der kleineren europäischen Parteien AENM und EAF. Je kleiner eine europäische Partei ist und je marginaler das politische Spektrum, das sie vertritt, desto schwieriger wird es sich für sie gestalten, über mehrere Legislaturperioden hinweg bestehen zu bleiben. Verlieren eine oder mehrere Parteien ihre Sitze im EP, in nationalen oder regionalen Parlamenten, kann dies zur Folge haben, dass die offiziellen Anerkennungskriterien nicht länger erfüllt werden und EU-Finanzmittel wegfallen. Der Zugang zu Finanzmitteln der EU wird somit zum strategischen Selbstzweck: Über die EU-finanzierten Strukturen werden neue Verbündete geworben und finanziell sowie politisch unterstützt, um langfristig den Erhalt der europäischen Parteien zu sichern. Über die europäischen Parteien werden inhaltliche und strategische Erfolgsrezepte ausgetauscht, um bei Wahlen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene erfolgreich zu agieren – teilweise sogar mit globalen Partnern (die AECP mit der Republican Party/USA; die AENM mit Issaikai/Japan). Auch direkte Wahlkampfhilfe wird geleistet, so etwa mit Bruno Gollnisch (FN.fr) Auftritt bei einer öffentlichen Kundgebung Jobbiks gegen den Vertrag von Trianon. Insbesondere an den Beispielen AENM und EAF wurde gezeigt, wie im strategischen Austausch die Nutzung moderner Massenkommunikationsmittel gefördert wird, etwa in Form von *YouTube*-Videokanälen, *Facebook*-Auftritten oder *Twitter*. Parteinaher Stiftungen, ab 2013 möglicherweise auch für die AENM, produzieren Materialien und führen Veranstaltungen durch, die stets einen gemeinsamen Nenner betonen (müssen). Insgesamt entsteht so eine eigenwillige Dynamik: Ihr Resultat ist die Europäisierung der Parteien der rechten EU-Gegner.

5.2 Zusammenarbeit ohne Konflikte? Europäische Parteien als flexible Kooperationsgeflechte

Im Jahr 2007 war die ITS-Fraktion nach nicht einmal einjährigem Bestehen an ihren inneren Widersprüchen gescheitert. Rechte Parteien scheinen auf unterschiedliche Weise daraus gelernt zu haben. Die Jobbik-Abgeordnete Krisztina Morvai (Jo.hu) etwa musste die EAF gleich nach ihrer Gründung verlassen, da die FPÖ in Österreich einen Imageschaden befürchtete. Gleichzeitig entdeckten FPÖ und Vlaams Belang die EAF als Möglichkeit, sich behutsam den Parteien in der EFD, vor allem der UKIP und der Lega Nord, anzunähern, mit denen einige EAF-Parteien gern eine neue EP-Fraktion nach 2014 gründen würden. Ob eine solche Zusammenarbeit in der UKIP mehrheitsfähig wäre, ist jedoch zweifelhaft. Die Kooperation mit den teilweise offen rassistisch agierenden Abgeordneten der Lega Nord führte bereits zu Austritten aus der EFD bzw. der UKIP. Außerdem begründeten UKIP-Abgeordnete Austritte damit, die Mitwirkung in einer europäischen Struktur wie der EFD konterkariere die zentrale Position der Partei, die Forderung nach dem sofortigen Austritt aus der EU. Die EAF stellt gewissermaßen bereits eine Antwort auf diese Konfliktpotentiale dar. Der UKIP-Abgeordnete Godfrey Bloom (UKIP.uk) kann in der Europapartei mit anderen EU-Gegnern zusammenarbeiten, ohne dass die UKIP als Partei Mitglied werden müsste. Abgeordnete des Front National, Bruno Gollnisch (FN.fr) und Marine Le Pen (FN.fr), die unterschiedliche Flügel ihrer Partei repräsentieren, sind in verschiedenen europäischen Parteien aktiv, er als Präsident der AENM, sie als Vizepräsidentin der EAF. So können sie ihre verschiedenen politischen Linien – Le Pens gemäßigtere und Gollnischs radikalere – nebeneinander auf EU-Ebene vertreten.

Wie sehr sich gleichzeitig die Strukturen AENM, EAF und EFD-Fraktion überlappen, zeigt die parlamentarische Zusammenarbeit im EP. Während zwar in der EAF die Kooperation zwischen Jobbik und FPÖ von den Österreichern abgelehnt wurde, funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten dieser Parteien im EP gut; mehrfach wurden gemeinsam Entschließungsanträge eingereicht. Das Gleiche gilt insgesamt für die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten aus dem NI-Spektrum und aus der EFD-Fraktion. Es wurde dargestellt, dass es sowohl in der Gruppe der NI-Rechten als auch in der EFD weitgehende, aber nicht geschlossene, Übereinstimmung in der Ablehnung der

europäischen Integration gibt. Im Einzelnen sind die Positionen in den verschiedenen Politikfeldern – etwa in der Wirtschafts-, der Umwelt- oder der Außenpolitik – häufig divergent, was auch die Statistik zur Abstimmungskohäsion in Abbildung 4 zeigt. Wirtschaftliche Protektionisten (Lega Nord, Jobbik, Front National) stehen Befürwortern des Freihandels (UKIP, Danks Folkeparti, PVV) gegenüber; während sich einige Parteien gegen Atomkraft (FPÖ, Jobbik, Vlaams Belang) aussprechen oder auf umweltfreundliche Technologien setzen, behaupten andere (Front National, BNP), hinter den globalen Konferenzen gegen Klimawandel sei eine Weltverschwörung zur Einführung einer globalen Diktatur am Werk. FPÖ und Vlaams Belang sehen in der GASP ein potentiell Instrument zur Abwehr von Einwanderern, UKIP und BNP lehnen europäische Außenpolitik grundsätzlich ab. Jedoch konnte gezeigt werden, dass die Übereinstimmung in drei Bereichen besonders hoch ist, und zwar sowohl zwischen Parteien der NI-Rechten als auch zwischen diesen und denen der EFD: In der Politik gegen Minderheiten wie den Roma, gegen Einwanderern und gegen einen Beitritt der Türkei zur EU. Die letzteren beiden Themen wurden zur Kooperation innerhalb des NI-Lagers (z. B. FPÖ, British National Party, Front National und Jobbik gegen den Türkei-Beitritt) sowie zwischen NI- und EFD- Parteien (z. B. FPÖ und Vlaams Belang mit den EFD-Parteien Danks Folkeparti, Lega Nord und Laikos Orthodoxos Synagermos gegen Einwanderung) genutzt.

5.3 AENM: Europäischer Rettungsanker für völkisch-nationalistische Traditionalisten?

Die AENM vereint völkische Nationalisten wie Teile des Front National, Jobbik und BNP sowie nicht im EP vertretene Parteien wie die italienische Fiamma Tricolore, das Movimiento Social Republicano aus Spanien und die schwedische Nationaldemokraterna. Sie ist ideologisch verhältnismäßig homogen und hat ein inhaltlich klares gemeinsames Programm. Ihre acht EP-Abgeordneten gehören keiner Fraktion an. Die AENM wurde gegründet, um die nationale politische Isolierung der Mitgliedsparteien auf europäischer Ebene zu durchbrechen und auf zukünftigen europäischen Wahllisten kandidieren zu können. Der Zugang zu EU-Finanzmitteln ermöglicht auch die Unterstützung neuer Mitglieder, um mittelfristig den offiziellen Status als europäische Partei zu bewahren. Die Europapartei soll helfen, im „*battle for the soul of nationalism*“ (Nick Griffin, BNP.uk) gemeinsame politische Antworten auf die Konkurrenz durch neue nationalistische Bewegungen wie die zwar antiislamischen, aber pro-Israelischen Defence Leagues zu finden. Die nationalprotektionistische und antiimperialistische Politik der AENM-Parteien ist das radikalste rechte Gegenkonzept zur herrschenden Politik in der EU, das im EP vertreten wird. Die EP-Abgeordneten prangern das internationale Finanzkapital, den Neoliberalismus der EU, die Kriege der USA und Israels an. Einwanderung und Multikulturalismus werden als Herrschaftsinstrumente einer von Kommunisten unterwanderten EU-Kommission bezeichnet. Als alternatives Wertesystem wird die völkische soziale Gemeinschaft und lokale Wirtschaft und Landwirtschaft im Einklang mit der Natur (Jobbik) propagiert. Maßnahmen gegen den Klimawandel gelten den Vertretern der British National Party und des Front National wiederum als Vorwand zur Einführung einer links-grünen totalitären Weltregierung. Die AENM-Vertreterinnen und Vertreter sind für die meisten Parteien in der EFD-Fraktion, die versuchen, sich eine zivilere Erscheinung zu geben, nicht anschlussfähig.

5.4 Das „europäische Paradigma“ der ECR/AECR: Nation plus Binnenmarkt

Eine hohe programmatische Übereinstimmung weist auch die nationalkonservative und neoliberale AEER auf. Ihre inhaltliche Grundlage stellt die bereits im März 2009 verabschiedete Prague Declaration dar. Die AEER hat mit der ECR als einzige rechte europäische Partei neben der EVP eine kongruente Fraktion im EP. Die Abstimmungsstatistik der ECR im EP zeigt, dass sie im Vergleich zur EFD eine hohe innere politische Übereinstimmung aufweist, wenngleich diese nicht so hoch ist wie etwa bei der EVP (vgl. Abb. 4, Kapitel 4). In der aktuellen Krisensituation vertreten die europäische Partei AEER und ihre EP-Fraktion ECR das wirkmächtigste rechte Gegenmodell zum von der EVP und PES/S+D dominierten EU-Integrationskurs. Die fortschreitende föderale Integration der EU hat 2009 zur formalen Abspaltung der Conservative Party und der ODS von den Konservativen der EVP geführt. AEER-Parteien stellen im Januar 2013 die Regierungen in zwei EU-Mitgliedsstaaten, in Tschechien und Großbritannien. Die antiföderalen Konservativen suchen demonstrativ die Nähe zur amerikanischen Republican Party und anderen Partnern in der „Anglosphäre“. Die in der „eurorealistischen“ Fraktion ECR vorherrschenden politischen Motive sind radikaler Neoliberalismus und die Erhaltung nationaler Souveränität, vor allem in den Bereichen Außenpolitik, Beschäftigung und Soziales. In den Augen der ECR sollte der Einfluss von Kommission und Parlament zugunsten des Rates beschnitten werden. Die EU soll sich zurück zu einem Staatenbund entwickeln, bei gleichzeitiger Liberalisierung des Binnenmarktes. Vor allem die osteuropäischen ECR-Parteien haben ein Interesse daran, die Osterweiterung voranzutreiben, um die Marktschranken in dieser Richtung zu beseitigen. Die ECR/AEER unterstützt eine Kampagne gegen mögliche EU-eigene Steuern, die im Rahmen der neuen EBI durchgeführt werden soll. Mit New Direction verfügt die AEER über einen hochkarätig besetzten und gut vernetzten Think Tank, mit dessen Unterstützung die politischen Inhalte der Reagan/Thatcher-Ära auf europäischer Ebene vertreten und Kontakte zu industriellen Lobbyverbänden gepflegt werden. Fraktionschef Jan Zahradil von der ODS bezeichnet die Rückkehr zu einer EU der Nationalstaaten als neues „europäisches Paradigma“, welches das föderalistische Programm der beiden großen Parlamentsfraktionen, EVP und S&D, ablösen müsse. Dem Grundsatzprogramm der Prague Declaration haben sich die kleineren Parteien in der ECR weitgehend angeschlossen. Abweichungen voneinander bestehen in der Frage der Kürzung des EU-Haushalts; insbesondere die polnischen Delegationen äußern ein Interesse an gleichbleibend hoher finanzieller Unterstützung aus der EU und einer Angleichung der Agrarförderung zwischen neuen und alten Mitgliedsstaaten. Der mögliche Türkei-Beitritt zur EU ist für die ECR/AEER kein sonderlich relevantes Thema; aus wirtschaftlichen und geostrategischen Gründen wird er tendenziell befürwortet. Ressentiment-bestimmte und diskriminierende Weltanschauungen lassen sich bei einzelnen Parteien und Abgeordneten finden, sind aber nicht, wie bei AENM, EAF, EFD und NI-Rechten, vorherrschende Themen. Um 2009 den Austritt aus der EVP verwirklichen und eine eigene Fraktion gründen zu können, haben sich die Conservatives und die ODS jedoch mit Parteien eingelassen, in denen diskriminierende Politik Programm ist. Abgeordnete der polnischen PiS und der PjN befürworteten öffentlich die Todesstrafe, polemisierten vor dem Hintergrund einer christlich-nationalistischen Ideologie gegen Homosexuelle oder das angeblich durch die EU geförderte „Weltbürgertum“. Zwischenzeitlich wechselten die vier Abgeordneten Ziobro, Cymański, Kurski und Włosowicz (vorher PiS.pl, jetzt SP.pl) wegen zu wenig Spielraum für ihre radikalen Positionen in der ECR zur EFD. Derk Jan Eppink von der Lijst Dedecker äußerte sich rassistisch gegenüber Roma. Völkische Positionen werden von Valdemar Tomaševski, dem Abgeordneten der Minderheitenpartei LLRA, eingenommen, der auf seiner Webseite mit dem martialischen Slogan „Gott, Ehre, Vaterland“ wirbt. Den Themen Migration und Multikulturalismus stehen die Nationalkonservativen skeptisch gegenüber: Einwanderung soll den jeweiligen nationalen Interessen entsprechend von den Mitgliedsstaaten selbst reguliert oder gestoppt werden. Insbesondere die Dominanz der Conservative Party sorgt jedoch dafür, dass antihumanistische Ressentiments kein bestimmendes Merkmal der gemeinsamen Politik darstellen. Die Abgeordneten Deva und Karim (CP.uk) setzten sich gegen Menschenrechtsverletzungen durch die EU-Agentur

FRONTEX gegenüber Einwanderern und für die Rechte von Roma ein. Auch die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in anderen Mitgliedstaaten wurde insbesondere von Abgeordneten der Conservative Party befürwortet und gefordert.

5.5 EFD-Fraktion und EAF: Wie die Politik des Ressentiments salonfähig wird

Die fraktionsüberschreitende Zusammenarbeit zeigt, dass zwischen der EFD-Fraktion und den fraktionslosen Rechten (zum Teil ehemalige ITS-Parteien) im Hinblick auf die rechte Ideologie keine klare Trennlinie gezogen werden kann. EFD-Parteien wie Laikos Orthodoxos Synagermos, Dansk Folkeparti, Lega Nord oder Slovenská Národná Strana verbreiten ebenso xenophobe und chauvinistische Parolen wie die NI-Abgeordneten der FPÖ, Vlaams Belangs oder Jobbiks. Die TAG des EFD-Abgeordneten Messerschmidt (DF.dk) lässt sich dabei als neuer und teilweise auch erfolgreicher strategischer Versuch werten, ein zentrales Thema der Rechtspopulisten, den Türkei-Beitritt zur EU, unter das seriöse Label „des Europäischen Parlaments“ zu stellen. Zudem zeigt das rechte Netzwerkprojekt EAF, dass EFD-Mitglieder offen mit Front-National-, FPÖ-, und Vlaams-Belang-Abgeordneten sowie nicht im EP vertretenen Parteien wie der schwedischen Sverigedemokraterna oder den Bürgern in Wut aus Deutschland zusammenarbeiten. Die EAF repräsentiert ein breites Spektrum nationalistischer Parteien, von der FPÖ und dem Front National über UKIP bis hin zu einer maltesischen Sozialdemokratin. Sie besitzt kein ausformuliertes Programm, das über die Ablehnung einer föderalen EU hinausgeht. Die gemeinsame Arbeit konzentriert sich auf die Ablehnung von EU-Integration, Türkei-Beitritt und Einwanderung. Der mit EU-Finanzmitteln professionell gestaltete öffentliche Auftritt des Netzwerkprojektes EAF zeigt, wie Teile der völkischen Rechten versuchen, auf EU-Ebene salonfähig zu erscheinen und neue Partner zu finden. Je stärker die EFD (auch als mit der EAF verbundene Fraktion) von den demokratischen Fraktionen im politisch EP einbezogen wird, desto mehr erscheinen Rassismus, Nationalismus und völkische Gesellschaftskonzepte als vertretbare Positionen im demokratischen Spektrum der europäischen Politik. Zu berücksichtigen ist dabei auch die Signalwirkung der Einbindung rechter Parteien auf europäischer Ebene auf die politischen Kulturen der Herkunftsstaaten der entsprechenden Parteien. Die gegenwärtige Praxis im EP, die EFD als großenteils gewöhnliche Fraktion zu behandeln und sie in gemeinsame Entschließungsanträge der Fraktionen einzubeziehen, ist daher aus humanistischer und demokratischer Perspektive kaum vertretbar. Dass die von der EAF angekündigte Bürgerinitiative gegen einen Türkei-Beitritt erfolgreich sein könnte, ist zu bezweifeln. Der kritische Punkt liegt in der Anschlussfähigkeit des Themas für verschiedene Ressentiments und Bedrohungsszenarien. Nicht zuletzt durch die EU-Finanzierung stehen der EAF Mittel zu Verfügung, um im kommenden europäischen Wahlkampf auf eine Anti-Türkei-Kampagne zu setzen und sie multimedial zu organisieren. Eine solche Kampagne würde sich nicht nur gegen den Staat und die Regierung der Türkei, sondern gegen Migranten, Muslime und demokratische Pluralität überhaupt richten. Mit der Sozialdemokratin Sharon Ellul-Bonici verfügt die EAF über eine Generalsekretärin, die Kampagnenerfahrung aus verschiedenen Anti-EU-Projekten mitbringt. Fatal wäre es, sollte es der EAF tatsächlich gelingen, Kontakte mit EU-Gegnern aufzubauen, die ursprünglich nicht im rechten Spektrum angesiedelt sind, aber in der EU-Kritik genug Gemeinsamkeit für eine Kooperation sehen – etwa aus dem eigentlich linken Parteienspektrum. Ein Gegenrezept ist die politische und mediale Offenlegung der von den EFD-Parteien transportierten Ressentiments und ihr weitestmöglicher Ausschluss von der Zusammenarbeit mit den Fraktionen des EP, die mehrheitlich einem demokratischen Humanismus verpflichtet sind.

5.6 Die rechte Geschichtspolitik der REHG

Die Gruppe REHG fällt in dieser Studie insofern aus dem Rahmen, als dass sie ein Projekt (national-) konservativer Abgeordneter überwiegend aus der EVP ist. Ihr Ziel, die Zusammenführung europäischer Geschichtsnarrative unter dem Ideologem Totalitarismus, soll offiziell dem Integrationsprozess dienen, befördert jedoch die Gefahr der Geschichtsfälschung und der Schaffung neuer gesellschaftlicher Konflikte. Problematisch am Programm der REHG ist nicht die von ihr forcierte Aufarbeitung der Verbrechen, die unter den verschiedenen staatssozialistischen Regimen begangen wurden und auch nicht das Bemühen, diesen Teil der gesamteuropäischen Geschichte auch im westeuropäischen Geschichtsgedächtnis zu verankern. Dies umfasst das Gedenken an die Opfer von Verbrechen des Stalinismus ebenso wie den Umgang mit vormaligen Tätern in den jungen parlamentarischen Demokratien. Problematisch ist, dass hier versucht wird, mithilfe politischer Mittel eine bestimmte Interpretation der Geschichte durchzusetzen (Gleichsetzung von „Kommunismus“ und Nationalsozialismus) und im gesamteuropäischen Geschichtsgedächtnis zu verankern. Dieser Ansatz der REHG erscheint aus wissenschaftlicher und demokratischer Sicht sowohl ungeeignet als auch gefährlich in mehrerlei Hinsicht. Wissenschaftlich ist dieser Totalitarismus-Ansatz falsch, weil die Zielsetzung von vorneherein darin besteht, eine Gleichsetzung verschiedener Ereignisse zu erreichen, anstatt sich diesem komplexen Themengebiet ergebnisoffen zu nähern. Erst dadurch eröffnete sich die Möglichkeit einer präzisen und unvoreingenommenen Erfassung der Fakten. Der Wille, politisch eine bestimmte Interpretation als „*true history*“ (REHG) vorzugeben, indem etwa Geschichtsbücher in diesem Sinne umgeschrieben werden, wiederholt ein Merkmal der geschlossenen weltanschaulichen Systeme, deren Erbe vorgeblich überwunden werden soll. Die dogmatische Geschichtsinterpretation blendet unpassende Erkenntnisse aus, etwa wenn missliebige Fakten (z.B. Verstrickung anti-sowjetischer Nationalhelden in den Holocaust) konservative oder nationalistische Geschichtsnarrative infrage stellen. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass die Geschichtsinterpretation auf Grundlage der weltanschaulichen Schablone „*Totalitarismus*“ neue Konflikte generiert, wenn Opfergruppen unterschiedlicher, teilweise auch miteinander verwobener Ereignisse gegeneinander aufgewogen werden sollen („*Holocaust, Gulag, Katyn, Goli otok*“: „*evaluated on the same scale*“). Im schlimmsten Fall werden so neue antisemitische oder gegen andere Minderheiten gerichtete Ressentiments gefördert, wie dies etwa bei den Gedenkmärschen für die baltischen SS-Batallione im Jahr 2012 zu beobachten war. Eine weitere Gefahr für die demokratische Kultur in der EU ist, dass sich diese nationalkonservative Geschichtspolitik in der Ausgestaltung des EP-Projekts „*Haus der europäischen Geschichte*“ durchsetzen könnte.

Verwendete Abkürzungen

EVP	Europäische Volkspartei	
CDU.de	Christlich Demokratische Union	Deutschland
CSU.de	Christlich Soziale Union	Deutschland
Fi.hu	Fidesz	Ungarn
IL.ee	Isamaaliit	Estland
PO.pl	Platforma Obywatelska	Polen
PS.lv	Pilsoniskā Savienība	Lettland
TS.lt	Tėvynės Sąjunga – Lietuvos krikščionys demokratai	Litauen
UMP.fr	Union pour un Mouvement Populaire	Frankreich
S&D	Sozialisten und Demokraten	
La.uk	Labour Party	Vereinigtes Königreich
PL.mt	Partit Laburista	Malta
ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	
Grüne/EFA	Grüne/Europäische Freie Allianz	
GUE/NGL	Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke	
FmEU.dk	Folkebevægelsen mod EU	Dänemark
ECR	European Conservatives and Reformists	
CP.uk	Conservative Party	Vereinigtes Königreich
CSR.it	Conservatori Social Riformatori	Italien
CU.nl	ChristenUnie	Niederlande
LD.be	Lijst Dedecker	Belgien
LLRA.lt	Lietuvos Lenkų Rinkimų Akcija	Litauen
MDF.hu	Magyar Demokrata Fórum	Ungarn
ODS.cz	Občanská demokratická strana	Tschechische Republik
PiS.pl	Prawo i Sprawiedliwość	Polen
PJN.pl	Polska Jest Najważniejsza	Polen
TB/LNNK.lv	Tēvzemei un Brīvībai/LNNK	Lettland
EFD		
DF.dk	Dansk Folkeparti	Dänemark
IAI.it	Io amo l'Italia	Italien
LaOS.gr	Laikos Orthodoxos Synagermos	Griechenland
LN.it	Lega Nord	Italien
MPF.fr	Mouvement pour la France	Frankreich
P.fi	Perussuomalaiset	Finnland
SGP.nl	Staatkundig Gereformeerde Partij	Niederlande
SNS.sk	Slovenská národná strana	Slowakei
TiT.lt	Partija Tvarka ir teisingumas	Litauen
UKIP.uk	United Kingdom Independence Party	Vereinigtes Königreich
NI		
At.bg	Ataka	Bulgarien
BNP.uk	British National Party	Vereinigtes Königreich
BZÖ.at	Bündnis Zukunft Österreich	Österreich
FPÖ.at	Freiheitliche Partei Österreichs	Österreich
Jo.hu	Jobbik	Ungarn
NDP.bg	Национал-демократична партия (National-Demokratische Partei)	Bulgarien

PRM.ro	Partidul România Mare	Rumänien
PVV.nl	Partij voor de Vrijheid	Niederlande
VB.be	Vlaams Belang	Belgien
Ehem. Fraktionen		
EVP/ED	Europäische Volkspartei/Europäische Demokraten	bis 2009
ITS	Identität, Tradition, Souveränität	bis 2007
UEN	Union für ein Europa der Nationen	bis 2009
Parteien nicht im EP		
BIW.de	Bürger in Wut	Deutschland
FN.be	Front National du Belgique	Belgien
FT.it	Fiamma Tricolore	Italien
MSR.es	Movimiento Social Republicano	Spanien
ND.se	Nationaldemokraterna	Schweden
PNR.pt	Partido Nacional Renovador aus Portugal	
SD.se	Sverigedemokraterna	Schweden
VP.fi	finnische Vapauspuolue – Suomen tulevaisuus	
KPÖ.at	Kommunistische Partei Österreichs	Österreich
Europäische Parteien, Stiftungen, Gruppierungen		
AECR	Alliance of European Conservatives and Reformists	
AENM	European Alliance of National Movements	
EAF	European Alliance for Freedom	
EFF	European Foundation for Freedom	
ND	New Direction – The Foundation for European Reform	
PES	Party of European Socialists	
REHG	Reconciliation of European Histories Group	
TAG	Turkey Assessment Group	
MER	Movement for European Reform	2006-2009
Institutionen und EU-Begriffe		
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst	
EBI	Europäische Bürgerinitiative	
EFSF	Europäische Finanzstabilitätsfazilität	
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	
EP	Europäisches Parlament	
EPP	Europäische Politische Parteien	
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus	
EU	Europäisches Parlament	
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments	
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen	
NATO	North Atlantic Treaty Organisation	
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	
Weitere Abkürzungen		
BDI	Bund der Deutschen Industrie	
COP 17	17. Klimakonferenz der Vereinten Nationen vom 28.11. bis 09.12.2011 in Durban/Südafrika	

EDL	English Defense League	
ICLA	International Civil Liberties Alliance	
KMU	Kleine und mittelständische Unternehmen	
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender	
SDA	Security & Defence Agenda	
ILGA	International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association	
GDI	Gross Domestic Income	

Abbildung 5: Zuordnung der nationalen rechten Parteien zu Europaparteien und Fraktionen im EP

(Quelle: Eigene Darstellung; Stand: Januar 2012)

Europapartei	AECR – Alliance of European Conservatives and Reformists	AENM – European Alliance of National Movements	EAF – European Alliance for Freedom (hauptsächlich Einzelmitgliedschaften)	Nicht in Europapartei oder nicht personell mit solcher verbunden
EU-Parlamentsfraktion				
ECR – Fraktion European Conservatives and Reformists Group	<ul style="list-style-type: none"> - Conservative Party (UK) - Občanská Demokratická Strana (CZ) - Prawo i Sprawiedliwość (PL) - Polska Jest Najważniejsza (PL) - Lijst Dedecker (BE) - Magyar Demokrata Fórum (HU) - ChristenUnie (NL) - Tēvzemei un Brīvībai/LNNK (LV) - Lietuvos Lenkų Rinkimų Akcija (LT) 			
EFD – Fraktion Europe of Freedom and Democracy Group			<ul style="list-style-type: none"> - Godfrey Bloom (United Kingdom Independence Party, UK) - Rolandas Paksas / Juozas Imbrasas (Tvarka ir Teisingumas, LT) - Fiorello Provera (Lega Nord, IT) (?*) 	<ul style="list-style-type: none"> - Dansk Folkeparti (DK) - Mouvement pour la France (FR) - Perussuomalaiset (FI) - Laikos Orthodoxos Synagermos (GR) - Slovenská Národná Strana (SK) - Staatskundig Gereformeerde Partij (NE) - Io amo l'Italia (IT)
NI – Non Inscrits Fraktionslose Parteien (hier aufgeführt nur jene aus dem rechten Spektrum)		<ul style="list-style-type: none"> - Jobbik (HU) - Front National (FR) - British National Party (UK) - Nationaldemokratische Partei (BG) 	<ul style="list-style-type: none"> - Marine Le Pen (Front National, FR) - Franz Obermayr / Andreas Mölzer (FPÖ, AT) - Philip Clayes (Vlaams Belang, BE) <p>[Krisztina Morvai (Jobbik, HU)]**</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ataka (BG)*** - Partidul România Mare (RO) - Partij voor de Vrijheid (NL) - Bündnis Zukunft Österreich (AT)
Nicht im EU-Parlament	<ul style="list-style-type: none"> - Alternativ Demokratesch Reformpartei (LU) - Sjálfstæðisflokkurinn (IS) 	<ul style="list-style-type: none"> - Fiamma Tricolore (IT) - Movimiento Social Republicano (ES) - Front National (BE) - Nationaldemokraterna (SE) - Partido Nacional Renovador (PT) - Svoboda (UA) 	<ul style="list-style-type: none"> - Torsten Groß (Bürger in Wut, DE) - Kent Ekeröth (Sverigedemokraterna, SE) - Sharon Ellul-Bonici (Labour Party, MT) 	

*Status unklar; **ausgeschieden; ***EP-Delegation aufgelöst